

Korrigierte Version
(Textpräzisierungen auf Seiten 290 und 295)

DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023

285 Editorial von Marcel Fratzscher

288 Bericht von den DIW-Konjunkturforscher*innen

DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft kämpft sich aus der Winterrezession



289

Weltwirtschaft erholt sich schleppend –
Schwellenländer liefern Wachstumsimpulse



305

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturelle Belebung
nach schwachem Winterhalbjahr

322 Interview mit Timm Bönke und Geraldine Dany-Knedlik



326 Bericht von Timm Bönke, Geraldine Dany-Knedlik und Laura Pagenhardt

Neues DIW-Modell kann Einkommensverteilung
am aktuellen Rand vorhersagen – Ungleichheit
dürfte in diesem Jahr leicht zunehmen

334 Kommentar von Johannes Geyer

Erwerbsminderungsrente:
Nach der Reform ist vor der Reform



Die Kohlenwirtschaft in der Tschechoslowakei



Mit einer Förderung von rd. 21 Mill. t Steinkohle im Jahre 1952 steht die Tschechoslowakei zur Zeit rangmäßig an der siebenten Stelle der steinkohlenfördernden Länder Europas (ohne UdSSR); in der Braunkohlenförderung nimmt sie mit einer Förderung von rd. 32 Mill. t unter den braunkohlenfördernden Ländern, den zweiten Platz ein. Die Vorräte an Steinkohlen werden nach dem derzeitigen Stand bis zu 2000 m Tiefe auf etwa 10 Mrd. t, die Braunkohlevorräte auf etwa 12 bis 3 Mrd. t geschätzt. Hinsichtlich der Kohlenarten verfügt die Tschechoslowakei über Kohlen fast aller Inkohlungsgrade, jüngste Erdbraunkohle, Hartbraunkohle und die verschiedenen Zwischenglieder der Steinkohle bis zum Anthrazit.

Aus dem Wochenbericht Nr. 24 vom 12. Juni 1953

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

90. Jahrgang 15. Juni 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch; Dr. Charlotte Bartels

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze;
Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de

Telefon: +49 781 639 67 20

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

Die Stimmung ist schlechter als die wirtschaftliche Lage

Von Marcel Fratzscher

Der Schock angesichts der Rezession im Winterhalbjahr sitzt tief. Die tatsächliche wirtschaftliche Lage in Deutschland ist jedoch besser als die gegenwärtige Stimmung. Denn die deutsche Wirtschaft hat sich als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen, was die Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine und der Energiekrise betrifft. Das eigentliche Problem ist ein anderes: Die mit der derzeitigen wirtschaftlichen Schwächephase einhergehenden Lasten sind sehr ungleich verteilt – sie treffen vor allem Menschen mit geringen Einkommen hart. Dies dürfte der Hauptgrund dafür sein, dass das DIW Berlin in seiner neuesten Konjunkturprognose – die wir Ihnen, liebe Leser*innen, in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts präsentieren möchten – auch für das Jahr 2023 insgesamt ein leichtes Schrumpfen der Wirtschaft um 0,2 Prozent voraussagt. Zwar wird es im Jahresverlauf langsam wieder bergauf gehen, zu einem Wirtschaftswachstum wird es im Jahresdurchschnitt aber erst im kommenden Jahr reichen, wenn das Bruttoinlandsprodukt wieder um mehr als ein Prozent steigen dürfte.

Im Herbst 2022 gingen viele Prognosen noch von einer tiefen Rezession für den zurückliegenden Winter aus. Die Sorge um einen Gasmangel und damit verbundene Produktionsstopps in der Industrie waren weit verbreitet. Diese Sorgen haben sich nicht bewahrheitet, vor allem weil die Politik in Deutschland mit großen Unterstützungsprogrammen half und ein hohes Maß an Energiesicherheit gewährleistet werden konnte. Auch viele deutsche Unternehmen, vor allem in der Industrie, haben sich resilient und anpassungsfähig gezeigt. Zudem hat die Öffnung der Wirtschaft Chinas und anderer Länder nach der Pandemie einen positiven Nachfrageimpuls auch für die deutsche Wirtschaft gesetzt.

Die relativ milde Rezession im Winter verdeckt jedoch die Tatsache, dass vor allem Menschen mit geringen Einkommen besonders stark getroffen wurden und die Kosten

der Rezession sehr ungleich verteilt sind. Wir erleben eine höchst unsoziale Rezession. Der wichtigste Grund für die wirtschaftliche Schwäche ist der schwache private Konsum, vor allem von Menschen mit geringen Einkommen. Die Inflation von knapp sieben Prozent im Jahr 2022 in Kombination mit schwachen Lohnentwicklungen bedeuteten einen erheblichen Reallohnverlust für viele Menschen. Menschen mit geringen Einkommen werden durch hohe Energiekosten und Nahrungsmittelpreise besonders stark getroffen, da sie einen viel höheren Anteil ihres monatlichen Einkommens für diese Dinge aufbringen müssen. Die Tatsache, dass 40 Prozent der deutschen Haushalte keine oder kaum Ersparnisse haben, um Einkommenseinbußen auszugleichen, bedeutet, dass viele ihren Konsum deutlich reduzieren mussten. Die private Konsumschwäche dürfte auch 2023 der dominante Grund für die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands sein.

Deutschland ist im Euroraum mit am stärksten von deutlichen Rückgängen der Realeinkommen betroffen, sodass auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hinter der im Euroraum insgesamt zurückliegt. Während der stärkste Wachstumsimpuls in diesem und nächsten Jahr global betrachtet von den Schwellenländern, allen voran in Asien, kommt, hinkt Europa hinterher.

Deutschlands Exporte erweisen sich dagegen als recht stabil. Gerade die großen Industriekonzerne waren und sind in der Lage, höhere Kosten an ihre Kund*innen weiterzugeben, globale Lieferketten neu aufzubauen und zum Teil sogar Gewinne zu erhöhen. Dagegen leiden eher kleinere Unternehmen in den Dienstleistungssektoren und die Bauwirtschaft unter der Inflation und dem schwachen privaten Konsum.

Anders als es das dominante Narrativ in der deutschen Öffentlichkeit nahelegt, ist die Finanzpolitik alles andere

als expansiv. Durch das Auslaufen vieler Unterstützungsmaßnahmen bremst die Finanzpolitik die Wirtschaftsleistung Deutschlands spätestens im kommenden Jahr etwas. Der deutsche Staat gehört zu den großen Gewinnern der hohen Inflation, die die Steuereinnahmen sprudeln lässt und dazu führt, dass auch in diesem Jahr die Staatsschuldenquote (also das Verhältnis von Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung) signifikant sinken wird (wie auch im Jahr 2024). Die deutlich gesunkenen Energiekosten bedeuten, dass der Staat wohl nur noch recht wenig Geld für die Gas- und Strompreisbremse aufbringen müssen. Anders als häufig kolportiert, trägt der deutsche Staat durch seine Finanzpolitik nicht zur Inflation bei, sondern bremst die Wirtschaftsentwicklung sogar. Durch das Inflationsausgleichsgesetz nimmt die Bundesregierung in diesem Jahr knapp 14 Milliarden Euro weniger an Einkommensteuern ein. Dies wirkt sich jedoch kaum positiv auf die Wirtschaftsleistung aus, da der größte Teil dieser Gelder den Spitzenverdiener*innen zugutekommt. Menschen mit geringen Einkommen erhalten davon wenig bis nichts – obwohl sie es viel dringender gebrauchen könnten.

Die Finanzpolitik muss aufpassen, nicht dauerhaft zur Bremse für die deutsche Wirtschaft und die notwendige wirtschaftliche und ökologische Transformation zu werden. Unsere Konjunkturprognose für 2024 sagt voraus, dass die Bundesregierung die Schuldenbremse wohl auch ohne Ausgabenkürzungen einhalten können, auch da die im Vergleich zu früheren Jahren noch immer hohe Inflation zu deutlichen Steuermehreinnahmen führen wird.

Daher sollte sich die Finanzpolitik neu orientieren, mit zwei klaren Prioritäten: Erstens sollte sie Menschen mit geringen Einkommen direkt über Transferzahlungen entlasten, um ihnen ihren Lebensstandard sichern zu helfen. Dazu gehört beispielsweise auch die Auszahlung des Klimageldes, das die Bundesregierung im Koalitionsvertrag zwar versprochen hat, aber noch immer schuldig bleibt. Zweitens sollte die

Politik bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen. Der Bedarf an Investitionen für die wirtschaftliche und ökologische Transformation ist enorm. Der beste Weg für die Politik sind nicht weitere Subventionen oder ein niedriger Industriestrompreis für einige wenige Branchen, sondern weniger politische Unsicherheit, ein Abbau von Bürokratie und deutlich mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung. Diese Gelder sind durch verschiedene Sondervermögen vorhanden, es muss jedoch auch der politische Wille da sein, diese Gelder für notwendige öffentliche Investitionen zu mobilisieren.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen noch eine Neuheit vorstellen, die wir mit dieser Konjunkturprognose einführen: Ein neu entwickeltes Prognosemodell erlaubt es uns im DIW Berlin ab sofort, Einschätzungen zur Verteilung und damit zur Ungleichheit der Arbeitseinkommen abhängig Beschäftigter bis zum aktuellen Rand zu geben. Während bisherige Analysen in der Regel zwei Jahre zuvor enden, weil entsprechende Daten auf Haushaltsebene erst mit größerer zeitlicher Verzögerung vorliegen, gibt das neue Schätzmodell Auskunft darüber, wie sich die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung auf die Einkommensungleichheit auswirkt. Die ersten Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Ungleichheit nach der Corona-Pandemie wieder leicht gestiegen ist und auch in diesem Jahr etwas zunehmen wird.

Dies verdeutlicht einmal mehr: Menschen mit geringen Einkommen muss gezielter als bisher geholfen werden. Sie leiden unter der hohen Inflation besonders. Und wenn ihre nominalen Einkommen nun langsamer steigen als die der Top-Verdiener*innen, verstärkt das den Druck zusätzlich – mit entsprechend negativen Folgen für die Betroffenen sowie Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt. Mit unserem neuen Echtzeit-Ungleichheits-Indikator ist die Politik fortan noch besser informiert und kann gezielter gegensteuern. Das sollte sie nun auch tun.

DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft kämpft sich aus der Winterrezession

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft ist nach Rezession im Winter auf Erholungskurs – 2023 dürfte sie dennoch leicht um 0,2 Prozent schrumpfen, 2024 dann um solide 1,5 Prozent wachsen
- Unsicherheit über Lohn- und Preisentwicklung löst sich nach und nach auf: Inflation wird wohl auf 5,9 Prozent in diesem und 2,5 Prozent im nächsten Jahr sinken, Reallöhne steigen
- Risiko der Inflation ist aber nicht vollends gebannt – verharrt sie oberhalb der prognostizierten Werte, würde sich Erholung von privatem Konsum und Wirtschaft insgesamt verzögern
- Wachstum der Weltwirtschaft um voraussichtlich 3,5 Prozent und 4,1 Prozent wird in erster Linie von Schwellenländern gestützt, fortgeschrittene Volkswirtschaften hinken hinterher
- Neues DIW-Prognosemodell erlaubt Analyse von Ungleichheit der Arbeitseinkommen abhängig Beschäftigter bis zum aktuellen Rand – Verteilung dürfte 2023 etwas ungleicher werden

Getragen vom Konsum privater Haushalte wird die deutsche Wirtschaft 2024 solide wachsen

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITATE

„Weniger stark steigende Preise, zunehmende Realeinkommen und höhere Konsumausgaben dürften der Schlüssel für die konjunkturelle Erholung sein.“ — T. Bönke —

„Das Inflationsrisiko ist nicht vollends gebannt – eine weiterhin hohe Inflation und nochmals anziehende Zinsen könnten die Erholung abwürgen.“ — G. Dany-Knedlik —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit T. Bönke & G. Dany-Knedlik
www.diw.de/mediathek

DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft kämpft sich aus der Winterrezession

Von Timm Bönke, Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Hella Engerer, Pia Hüttl, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz, Theresa Neef, Laura Pagenhardt, Werner Roeger, Marie Rulli re, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Nach der leichten Rezession im Winter ist die deutsche Wirtschaft mittlerweile auf Erholungskurs. Zwar haben der Krieg in der Ukraine, die Rekordinflation und die befürchtete Gasmangellage ihre Spuren hinterlassen und die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Ein drastischer Wirtschaftseinbruch blieb aber aus. Mit einer lediglich leichten Rezession im Winterhalbjahr, also zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit rückläufigem Bruttoinlandsprodukt (um 0,5 und 0,3 Prozent), kam sie glimpflich davon. So konnten ein milder Winter sowie die entschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen wie die Strom- und Gaspreisbremse die wirtschaftlichen Verwerfungen der Energiekrise abmildern. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft auch im Gesamtjahr 2023 leicht schrumpfen wird, um 0,2 Prozent. Diese Zahl verdeckt jedoch, dass es derzeit wieder leicht aufwärts geht – die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs. Im ersten Vierteljahr dominierten noch die hohe Inflation und die Unsicherheit, ob und wie schnell sich die Teuerung verlangsamen würde. Auch konnten viele Menschen nicht absehen, wie sich ihre Löhne entwickeln würden. Nun löst sich die Unsicherheit aber nach und nach auf: Die Preise steigen deutlich langsamer als noch zuletzt und erste größere Tarifabschlüsse, beispielsweise bei der Post und im öffentlichen Dienst, lassen die Arbeitnehmer*innen auch in anderen Branchen hoffen. Spätestens ab der zweiten Jahreshälfte dürfen die realen Einkommen erstmals seit drei Jahren wieder steigen. Davon profitiert der private Konsum, der zum Jahresauftakt noch die Achillesferse der deutschen Wirtschaft und maßgeblich dafür verantwortlich war, dass sie in die Rezession rutschte.

Das Risiko Inflation ist aber nicht vollends gebannt. Verharrt sie deutlich oberhalb der hier prognostizierten Werte von 5,9 Prozent in diesem und 2,5 Prozent im nächsten Jahr, könnte sich die wirtschaftliche Erholung deutlich verzögern – zumal die Europäische Zentralbank dann wohl gezwungen wäre, die Zinsen noch weiter zu erhöhen als bereits unterstellt. Das würde vor allem die Investitionen, die bereits deutlich unter dem aktuell hohen Zinsniveau leiden, weiter dämpfen. Wenn alles gut geht, wird der private Konsum die deutsche Wirtschaft aber auch im nächsten Jahr tragen, die dann um solide 1,5 Prozent wachsen dürfte. Die Erholung der deutschen Wirtschaft hängt derzeit mehr von heimischen Faktoren ab als vom Außenhandel. Zwar werden die Exporte „Made in Germany“ vor allem im kommenden Jahr wieder zulegen, die Importe aber ebenso, sodass der Außenhandel insgesamt kaum zum Wirtschaftswachstum beiträgt beziehungsweise dieses sogar dämpft. Dass sich die Ausfuhren nicht dynamischer entwickeln, liegt daran, dass die fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem Jahr langsamer wachsen. So erhält sich die Wirtschaft im Euroraum nur nach und nach von der Energiekrise, wenngleich die Situation in den meisten Mitgliedstaaten etwas besser ist als in Deutschland. In den USA kündigt sich für die zweite Jahreshälfte 2023 eine merkliche Abkühlung an. Das weltwirtschaftliche Wachstum – die Prognose sagt für dieses Jahr 3,5 Prozent und für das kommende Jahr 4,1 Prozent voraus – wird neben China auch von anderen Schwellenländern gestützt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bremsen hingegen hohe Inflationsraten und steigende Zinsen die wirtschaftliche Erholung.

Weltwirtschaft erholt sich schleppend – Schwellenländer liefern Wachstumsimpulse

Eine kräftige Wirtschaftsexpansion in den Schwellenländern hat der Weltwirtschaft zu Jahresbeginn Aufschwung verliehen. In China holten nach Abkehr von der Null-Covid-Politik vor allem die privaten Haushalte verpassten Konsum nach, so dass die Wirtschaft im ersten Quartal 2023 um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal wuchs. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dämpfen weiterhin starke Verteuerungen von Gütern und Dienstleistungen sowie ein hohes Zinsniveau die Kauf- und Investitionstätigkeit der privaten Haushalte und Unternehmen. So expandierte die Wirtschaft vielerorts nur zaghaft und schrumpfte in einigen Ländern sogar. Der Euroraum rutschte laut neuesten Zahlen überraschend in eine technische Rezession – zeigte also negative Wachstumszahlen in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen. Auch in den Vereinigten Staaten kühlte die Wirtschaft weiter ab und verzeichnete einen Zuwachs von lediglich 0,3 Prozent. Besser lief es in Japan, wo das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,7 Prozent zulegte. Das lag wohl vor allem an den vergleichsweise moderaten Verbraucherpreissteigerungen und der weiterhin expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Insgesamt erhöhte sich das Weltwirtschaftswachstum im ersten Quartal 2023 um 1,6 Prozent. Im vierten Quartal 2022 hatte das Plus nur bei 0,5 Prozent gelegen (Abbildung 1).

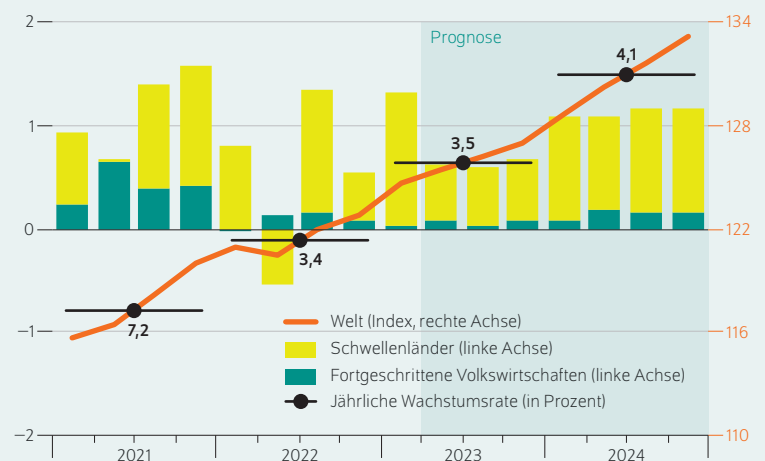
Im laufenden zweiten Quartal wird die Weltwirtschaft wieder etwas an Schwung verlieren. Zum einen steckt der Einkaufsmanagerindex für China seit drei Monaten in Folge an der Expansionsschwelle fest, während die Konsumentenzyklus im letzten verfügbaren Monat (März) schon wieder an Momentum verloren hat. Gleichzeitig dürfte es weiterhin nur geringe Wachstumsimpulse aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften geben; darauf deutet die vielerorts verhaltene Entwicklung der Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsätze hin. Angesichts anhaltend hoher Inflationsraten, der vielerorts zunehmend restriktiven Geldpolitik sowie den geopolitischen Unsicherheiten trübte sich die Stimmung vieler Unternehmer*innen zuletzt ein. Die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe haben sich in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften verschlechtert und liegen größtenteils unterhalb der Expansionsschwelle von 50. Auch die Dienstleister*innen blickten weniger zuversichtlich auf die künftige Entwicklung. Die Stimmung der Konsument*innen hellte sich zuletzt zwar etwas auf. Da die Verbraucherpreissteigerungen nur allmählich zurückgehen, ist ihre Stimmung aber noch deutlich schlechter als zu Beginn des vergangenen Jahres.

Auch im laufenden Quartal dürfte die Last der noch starken Teuerung und hohen Zinsen zu einem verhaltenen Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften führen: In den meisten Schwellenländern ist mit einer kräftigen Erholung zu rechnen, obgleich Chinas Nachholeffekte wieder etwas abflauen dürften. Der Euroraum wird wohl

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse); Index 2015 Q1 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird hauptsächlich von den Schwellenländern getragen.

um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal expandieren. Im Vereinigten Königreich, wo der Anstieg der Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr bereits einen erheblichen Teil der privaten Haushalte näher an das Existenzminimum brachte, dürfte das BIP nur ein Wachstum von 0,1 Prozent im laufenden Quartal verzeichnen. In den Vereinigten Staaten wird die Wirtschaft trotz kontraktiver Geldpolitik und Unruhe im Bankensektor um 0,2 Prozent ähnlich leicht expandieren. Dafür ausschlaggebend sind wohl vor allem die historisch gute Arbeitsmarktlage und über die Corona-Pandemie kumulierte zusätzliche Ersparnisse, die den Konsum stützen. Da die Zuwächse bei den Verbraucherpreisen nur langsam zurückgehen, bleibt die Geldpolitik in vielen Volkswirtschaften zunächst restriktiv. Die Preise für Erdöl und Erdgas sind seit den Höchstständen im vergangenen Sommer deutlich gesunken (Kasten 1). Gleichzeitig sind in der Europäischen Union dank dem eher milden Winter und den energetischen Sparanstrengungen von Unternehmen und Haushalten die Füllstände der Gasspeicher höher als üblich. Jedoch wird 2023 die Teuerung vielerorts immer noch sehr deutlich über den Zielwerten der jeweiligen Notenbanken liegen. Vor diesem Hintergrund haben die Zentralbanken der meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihre Leitzinsen in den vergangenen Monaten weiter schrittweise erhöht. Die straffere Geldpolitik hat allerdings

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen die folgenden Annahmen über den weiteren Verlauf von Leitzinsen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen zugrunde (Tabelle). Sie wurden auf Basis der bisherigen Entwicklung, Preisen an den Terminmärkten sowie Schlussständen zum Stichtag dieser Prognose am 25. Mai 2023 getroffen. Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt ihre aufgrund der anhaltend hohen Inflationsraten begonnene Straffung der Geldpolitik fort. Nachdem der Hauptrefinanzierungssatz bereits auf 3,75 Prozent angehoben wurde, dürfte die EZB die Leitzinsen weiter in gemäßigtem Tempo erhöhen. In dieser Prognose werden drei weitere Zinsschritte mit jeweils 0,25 Prozentpunkten angenommen, die den Leitzins Ende 2023 auf 4,5 Prozent steigen lassen. Zuletzt verlor die Inflation bereits an Dynamik und die Zinserhöhungen scheinen erste Spuren in der Realwirtschaft zu hinterlassen. Es ist damit zu rechnen, dass die EZB als Reaktion auf die fallende Verbraucherpreisinflation im Euroraum zum Ende des Jahres 2024 eine Zinswende einleiten wird.

Im Einklang mit der Erhöhung der Leitzinsen wird bis zum Jahresende 2023 mit einem weiteren, wenn auch weniger starken Anstieg der Geldmarktzinsen gerechnet, bevor diese im weiteren Prognosezeitraum leicht sinken. Auch die Finanzierungsbedingungen werden im Zuge der strafferen Geldpolitik restriktiver. Die Renditen für Staatsanleihen sind infolge der Leitzinserhöhungen der EZB im Laufe des vergangenen Jahres stark angestiegen. Auch für die Kapitalmarktzinsen ist im Prognosezeitraum nur mit leichten Rückgängen zu rechnen.

Infolge der Straffung der Geldpolitik in der Eurozone hat der Euro gegenüber dem US-Dollar zuletzt deutlich aufgewertet. Für den Prognosezeitraum wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar auf dem zum Datenschluss erreichten Niveau von 1,09 US-Dollar pro Euro verbleibt.

Der Preis für Brent-Rohöl ist nach einem Anstieg in der ersten Jahreshälfte 2022 wieder gesunken. Ausgehend von Brent-Öl-Futures werden leichte Preissenkungen für den Prognosezeitraum

im März dazu beigetragen, dass einzelne Banken in den USA – darunter die Silicon Valley Bank und die Regionalbank First Republic – in Schieflage gerieten. Im Euroraum ist es bislang zu keinen Problemen bei Geschäftsbanken gekommen. In Japan blieben die Leitzinsen bislang unverändert, obwohl die Inflation deutlich über der Zielmarke lag. Im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Teuerung jedoch auch niedriger und weniger in der Breite angekommen. Generell verlangsamten die straffere Geldpolitik und die Unsicherheiten im Bankensektor wohl die Erholung auf den großen Aktienmärkten.

Im weiteren Verlauf der Prognose dürften die Inflationsraten aufgrund von rückläufigen Energie- und Nahrungsmittelpreisen weiter abklingen. Es ist jedoch damit zu rechnen,

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2022	2023	2024
EZB-Leitzins	Prozent	0,6	3,8	4,5
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,7	3,6	3,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	2,3	3,0	2,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,7	2,4	2,0
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,05	1,09	1,09
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	98,6	77,9	72,8
Gaspreis	Euro/MWh	133,9	40,3	46,8

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte

Quelle: Europäische Zentralbank, Eures Exchange, Deutsche Bundesbank, Federal Reserve, Intercontinental Exchange (ICE), CME Group, DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

erwartet. Im Durchschnitt des Jahres 2023 dürfte der Preis bei 77,9 US-Dollar pro Barrel liegen, bevor er im Jahr 2024 auf durchschnittlich 72,8 US-Dollar sinkt.

Die Großhandelspreise für Gas (TTF) haben ihre Höchststände vom Sommer 2022 ebenfalls überwunden und sinken seit September vergangenen Jahres kontinuierlich, so dass sich ein Jahresdurchschnitt von 133,9 Euro für 2022 ergibt. Für das laufende Jahr wird von weiteren Preisrückgängen ausgegangen, die einen durchschnittlichen Gaspreis von 40,3 Euro je Megawattstunde nahelegen. Im kommenden Jahr wird mit einem Preis von 46,8 Euro je Megawattstunde gerechnet.

Der Krieg in der Ukraine birgt erhöhte politische und wirtschaftliche Risiken. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Konflikt im Prognosezeitraum andauern wird und die westlichen Sanktionen gegenüber Russland bestehen bleiben. Menschen werden weiterhin vor dem Krieg in der Ukraine in die EU fliehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Geflüchteten in diesem Jahr zunimmt, wenn auch in verlangsamtem Tempo.

dass die Kernraten vor allem in den Vereinigten Staaten und in der Europäischen Union aufgrund stark wachsender Nominallöhne auf einem hohen Niveau verharren. Die Reallöhne sind derzeit auf einem sehr niedrigem Niveau und sinken teilweise noch. Mit dem Abflachen der Verbraucherpreisteuerung und anziehenden Nominallöhnen dürften die Reallöhne vielerorts bis Ende 2024 zwar an das Vor-Pandemie-Niveau anknüpfen. Mit einer Kompensation der Reallohnverluste ist aber bis zum Prognosehorizont nicht zu rechnen.

Auch in vielen Schwellenländern ist die Geldpolitik restriktiv ausgerichtet, obgleich die meisten weniger von der Energiekrise betroffen waren als viele fortgeschrittene Volkswirtschaften. In Indien, Brasilien und Mexiko dürften die Zinsen

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Europa												
Europäische Union	5,4	3,6	0,8	1,6	2,9	9,2	7,0	3,8	7,0	6,1	6,1	6,2
Euroraum	5,3	3,5	0,5	1,3	2,6	8,4	5,7	2,8	7,7	6,7	6,7	6,7
ohne Deutschland	6,4	4,1	0,7	1,2	2,4	9,0	5,6	3,0	9,2	8,1	8,1	8,2
Frankreich	6,8	2,6	0,6	1,3	2,1	5,9	5,5	2,7	7,9	7,3	7,3	7,4
Italien	7,0	3,8	0,9	0,8	1,9	8,7	6,9	3,2	9,5	8,1	8,0	8,2
Spanien	5,5	5,5	1,9	1,4	3,0	8,3	4,2	2,8	14,8	12,9	12,9	12,8
Niederlande	4,9	4,5	0,7	1,0	2,8	11,6	6,0	3,8	4,2	3,5	3,7	3,9
Vereinigtes Königreich	7,6	4,1	0,3	0,7	2,6	9,1	7,6	3,7	4,5	3,7	4,0	4,8
Schweiz	4,2	2,1	0,7	1,5	0,6	2,8	2,4	1,4	5,1	4,3	4,2	4,4
Mittel- und Osteuropa	6,1	4,7	1,3	3,1	4,7	13,5	12,4	8,0	3,9	4,5	4,6	4,7
Türkei	11,6	5,4	2,7	3,3	19,6	72,3	45,5	41,1	12,0	10,5	10,2	10,1
Russland ¹	4,6	−1,6	−1,1	1,0	6,7	13,8	6,3	5,5	4,8	3,9	3,6	3,5
Amerika												
USA	5,9	2,1	1,2	1,3	4,7	8,0	4,0	2,0	5,4	3,6	3,9	4,2
Mexiko	4,9	3,1	2,4	1,9	5,7	7,9	5,6	3,8	4,1	3,3	3,1	3,4
Brasilien	5,3	3,0	0,9	1,6	8,3	9,3	4,5	4,2	13,5	9,5	8,8	8,7
Asien												
Japan	2,2	1,0	1,4	1,3	−0,2	2,5	2,4	2,0	2,8	2,6	2,6	2,5
Südkorea	4,1	2,6	1,3	2,4	2,5	5,1	2,7	2,3	3,6	2,9	3,0	3,2
China	8,8	3,0	5,3	5,2	0,9	2,0	2,3	2,3	5,1	5,6	5,5	5,4
Indien	8,7	6,6	5,0	6,7	5,1	6,7	4,7	4,2	7,8	7,6	7,3	7,2
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	5,3	2,4	0,8	1,1	3,8	7,3	4,4	2,0	5,7	4,6	4,7	4,8
Schwellenländer	8,2	3,8	4,5	5,0	7,1	9,2	3,6	4,0	6,5	6,3	6,1	6,1
Welt	7,2	3,4	3,5	4,1	6,5	9,2	4,3	4,4	6,3	5,9	5,8	5,8
Nachrichtlich:												
Exportgewichtet ²	5,8	2,6	1,4	1,8								
BIP in US-Dollar gewichtet ³	6,7	2,8	2,6	3,4								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr über das Jahr 2022 aus deStatis.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar über 2021–2024.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus IMF World Economic Outlook für die Jahre 2021–2024 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2022 verwendet. MOE besteht aus: Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

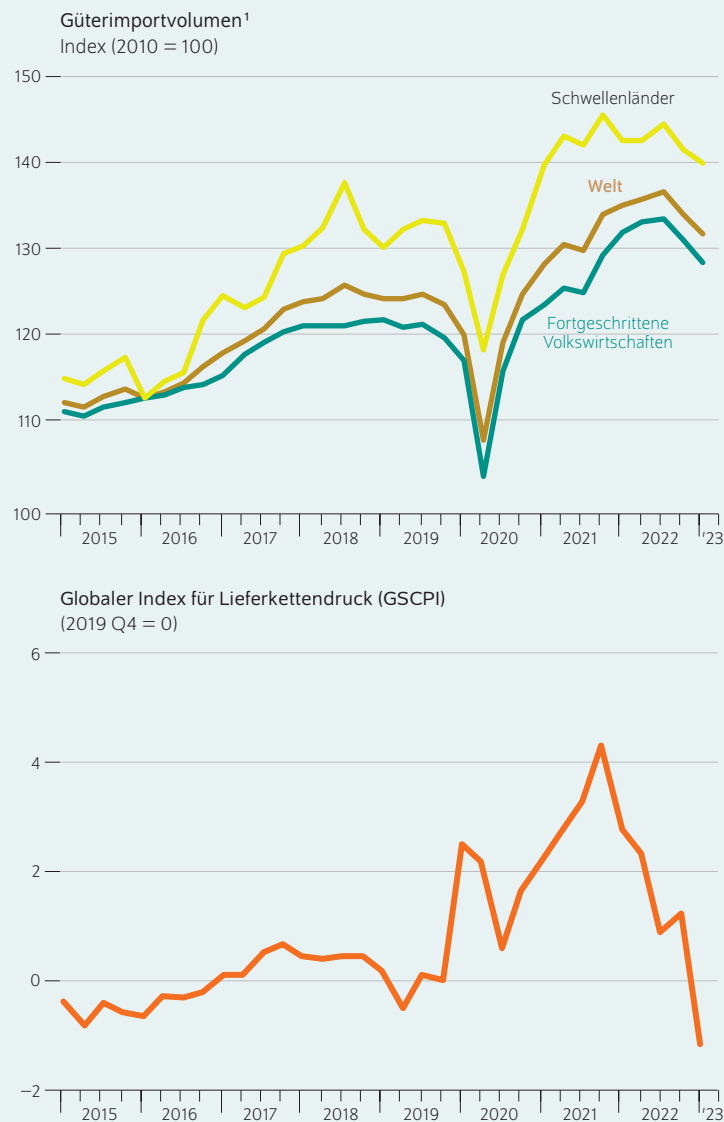
aber allmählich ihren Höhepunkt erreicht haben. In China kam es bislang zu keinem Teuerungsschub, da bis vor Kurzem die Null-Covid-Politik und die schwelenden Immobilienkrise auf der Binnennachfrage lasteten. Die Öffnung dürfte aber demnächst die Inflation etwas steigen lassen.

Für den Prognosezeitraum sind zwar finanzpolitische Impulse zu erwarten, aber insgesamt dürfte die Finanzpolitik nur leicht expansiv ausgerichtet sein. Zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Energiekrise wurden im vergangenen Winter, insbesondere in Europa, umfangreiche finanzpolitische Maßnahmen beschlossen. Diese sind zu einem Großteil bereits bei den Unternehmen und privaten Haushalten angekommen. Zudem sind einige Unterstützungsmaßnahmen, die während der Corona-Pandemie

beschlossen wurden, ausgelaufen. Stimulierende Effekte auf die Konjunktur gehen wohl von mittelfristig ausgerichteten Investitionspaketen aus, die in der EU (NextGenerationEU) und den USA (Inflation Reduction Act sowie andere Infrastrukturmaßnahmen) beschlossen wurden, um insbesondere die ökologische Transformation zu beschleunigen. Des Weiteren einigten sich Anfang Juni Demokraten und Republikaner, die Schuldengrenze in den Vereinigten Staaten anzuheben und wendeten damit einen Zahlungsausfall auf US-amerikanische Schultitel ab. Im Fiskaljahr 2024, das im Oktober dieses Jahres beginnt, sollen viele der ungebundenen Staatsausgaben in etwa konstant bleiben. Da also wesentliche Bereiche fiskalischer Ausgaben von den Kürzungen ausgenommen sind, dürfte der Effekt auf die Konjunktur begrenzt sein.

Abbildung 2

Indikatoren zum Welthandel



¹ CPB World Trade Monitor, Einfuhr in Volumen, saisonbereinigt.

Anmerkung: Letzte Beobachtungen März 2023.

Quellen: CPB Word Trade Monitor; Federal Reserve Bank of New York.

© DIW Berlin 2023

Die Auflösung der globalen Lieferkettenstörung stärkt den internationalen Warenhandel.

Angesichts der nur langsam abnehmenden Verbraucherpreis-inflation, einer restriktiven Geldpolitik und geringen finanzpolitischen Impulsen wird die Weltwirtschaft ihre gegenwärtige Schwächephase nur langsam hinter sich lassen. Das Weltwachstum 2023 dürfte zum Großteil von den Zuwächsen in den Schwellenländern getragen werden. Diese

werden wohl in diesem Jahr um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen, verglichen mit mageren 0,8 Prozent der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. 2024 dürfte die Dynamik auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften etwas zulegen. Zuträglich dafür ist vielerorts die günstige Lage auf den Arbeitsmärkten. Die Beschäftigung legt in vielen Ökonomien weiterhin zu. Die meisten Menschen müssen sich momentan keine Sorgen um einen Arbeitsplatzverlust machen. Mit anziehenden Reallöhnen vor allem im nächsten Jahr wird auch die Kaufkraft der Haushalte gestärkt. Investitionen dürften vor allem von finanzpolitischen Maßnahmen wie den in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beschlossenen mittelfristig ausgerichteten Investitionspaketen angeregt werden.

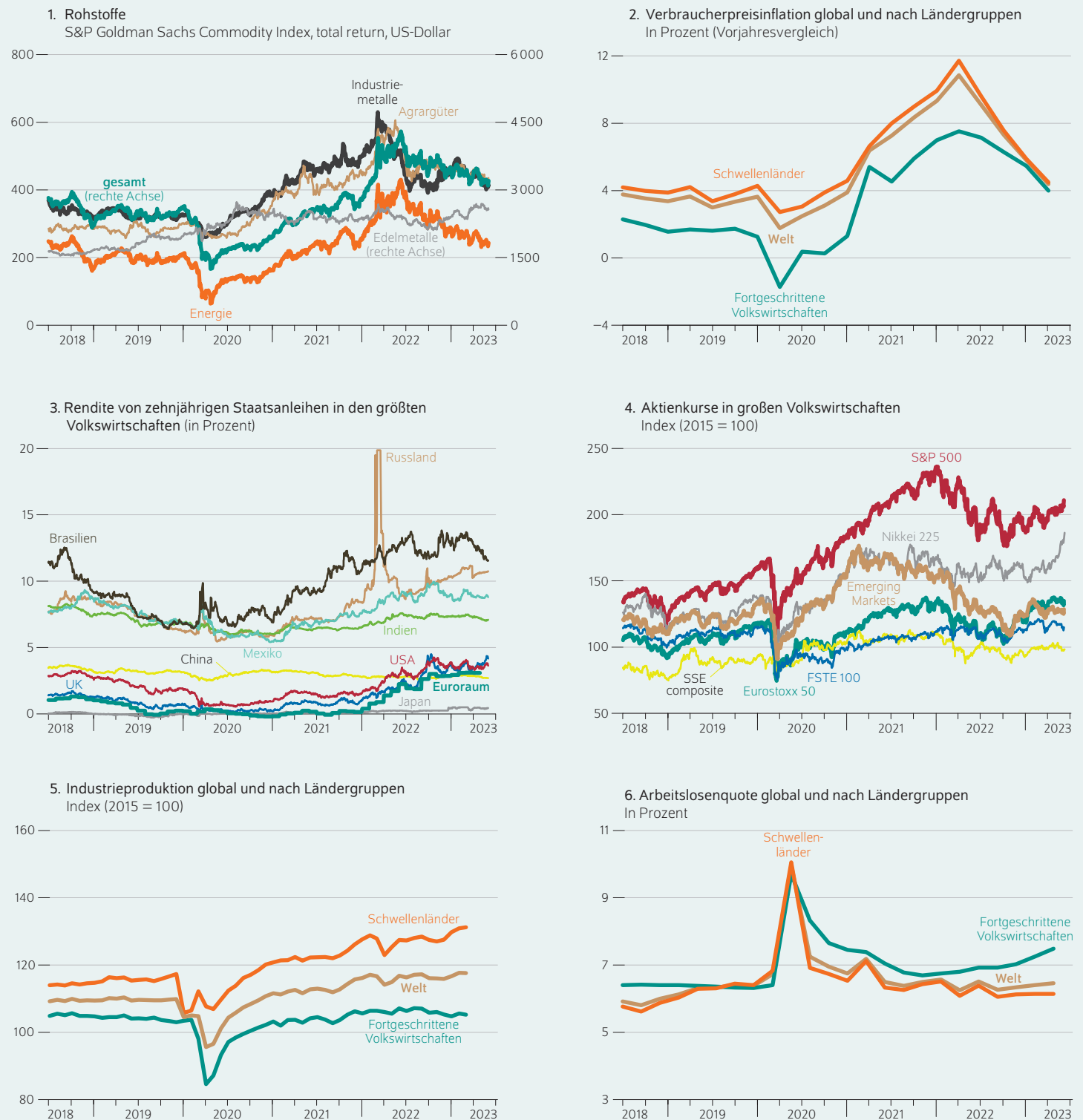
Der Welthandel wird weiterhin mit soliden Raten expandieren. Immerhin haben sich die Lieferengpässe, die in den vergangenen Jahren auftraten, deutlich entspannt (Abbildung 2). Des Weiteren kommt es wegen der Sanktionen gegen Russland auch zu sich verändernden Handelsströmen: Der chinesische und türkische Handel mit Russland gewinnt an Bedeutung, während der europäische Handel mit Russland zum Erliegen gekommen ist (Kasten 3).

Alles in allem dürfte die Weltwirtschaft 2023 mit einer Wachstumsrate von 3,5 Prozent rechnen. 2024 wird sie wohl dank der stärkeren Binnennachfrage in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften um 4,1 Prozent zulegen (Abbildung 3, Tabelle 1).

Dieser Prognose liegen mehrere Unsicherheitsfaktoren zugrunde. Ein Risiko besteht darin, dass vor allem die Inflationsraten auf einem hohen Niveau verharren, zum Beispiel aufgrund stärker ausfallender Nominallohnsteigerungen als angenommen oder nochmals ansteigender Rohstoffpreise, so dass die Zentralbanken zu deutlich restriktiveren Maßnahmen gezwungen werden könnten. Dies könnte Verwerfungen auf den Finanzmärkten auslösen, die die Tragfähigkeit der Schulden der privaten und öffentlichen Haushalte gefährden und somit zu realwirtschaftlichen Einbußen führen könnten. Ein zusätzlicher Risikofaktor ist die weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine, was die geopolitische Unsicherheit und die Rohstoffpreise wieder stärker ansteigen lassen könnte. Das Risiko geopolitischer Krisen oder sogar bewaffneter Konflikte ist auch in anderen Regionen der Welt erhöht. So schwelen etwa in Asien weiterhin Konflikte rund um Taiwan und die koreanische Halbinsel. In diesem Zusammenhang sind auch die politischen Spannungen zwischen China und den westlichen Ländern, insbesondere den USA, zu erwähnen. Gleichzeitig setzt das G7-Kommuniqué im Mai 2023 aber ein erstes Zeichen, das zu einer Entspannung beitragen könnte. Die G7 will China demnach wirtschaftlich nicht schaden oder behindern, was den Welthandel wieder stärker beleben könnte, als in der vorliegenden Prognose unterstellt ist.

Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen 2. Juni 2023 (Abbildungsteil 1); 31. März 2023 (Abbildungsteil 2); 30. Mai 2023 (Abbildungsteil 3); 2. Juni 2023 (Abbildungsteil 4); 31. März 2023 (Abbildungsteil 5); 31. März 2023 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; Macrobond..

Euroraum rutscht in technische Rezession

Der Euroraum hat die Energiekrise und die stark steigende Inflation im vergangenen Winterhalbjahr zwar besser überwunden als erwartet, die Wirtschaft in der Währungsunion schrumpfte aber im Schlussquartal 2022 sowie im ersten Quartal 2023 marginal um 0,1 Prozent. Somit rutscht die Eurozone in eine technische Rezession – zeigt also negative Wachstumsraten in zwei Folgequartalen auf. Dieser schwache Jahresauftakt lässt sich vor allem mit einem Rückgang der Investitionen und des Staatskonsums erklären.

Die Nachfrage wurde auch stark durch Lagerstände bedient, was zu einem negativen Beitrag des Lagerbestandes führte. Auch ein Abbau der Lagerbestände, um die Nachfrage zu bedienen, hat einen negativen Beitrag. Somit fordern die durch die hohe Inflation verursachten Reallohnverluste und eine restriktivere Geldpolitik ihren Tribut und der Euroraum durchläuft eine technische Rezession. Ein positiver

Außenbeitrag verhinderte, dass die Wirtschaft noch weiter schrumpfte.

Aktuelle Frühindikatoren zeigen auch weiterhin ein durchwachsendes Bild für den Euroraum. So hat sich das Konsumentenvertrauen zwar von dem starken Einbruch zu Beginn des Kriegs in der Ukraine erholt, jedoch blickt ein Großteil der Verbraucher*innen weiterhin pessimistisch auf die aktuelle Lage. Die Einkaufsmanagerindizes erholten sich um die Jahreswende weitaus deutlicher, aber die Lage trübte sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe wieder ein. Die Dynamik im Dienstleistungssektor verlor ebenfalls an Fahrt, dennoch verblieb der Gesamtindex im Mai mit 53,3 Punkten im Expansionsbereich.

Die Industrieproduktion zeigte sich insgesamt robuster als erwartet und war im Schlussquartal 2022 und ersten Quartal 2023 nur leicht rückläufig. Darüber hinaus erweist sich der Arbeitsmarkt weiterhin als sehr robust. Die Beschäftigung im Euroraum wuchs im ersten Quartal 2023 überraschend stark um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal, während die Arbeitslosenquote im April auf ein neues Allzeittief von 6,5 Prozent fiel. Alles in allem dürfte der Euroraum nach rückläufigen Expansionsraten im ersten Quartal 2023 leicht um 0,2 Prozent zulegen.

Nach einem schwachen ersten Halbjahr 2023 wird die Konjunktur im Euroraum im weiteren Prognosezeitraum voraussichtlich wieder in Fahrt kommen. Gestiegene Zinsen und eine hohe Kerninflation sowie die daraus resultierenden sinkenden Reallöhne lasten wohl weiterhin auf der wirtschaftlichen Erholung vor allem im Jahr 2023. Vor diesem Hintergrund wird der Euroraum in den Jahren 2023 und 2024 wohl eine moderat negative Produktionslücke¹ aufweisen, die den Inflationsdruck voraussichtlich eindämmt. Ende 2024 dürften die Wachstumsraten wieder leicht über den langfristigen Trend steigen und damit die Produktionslücke allmählich schließen.

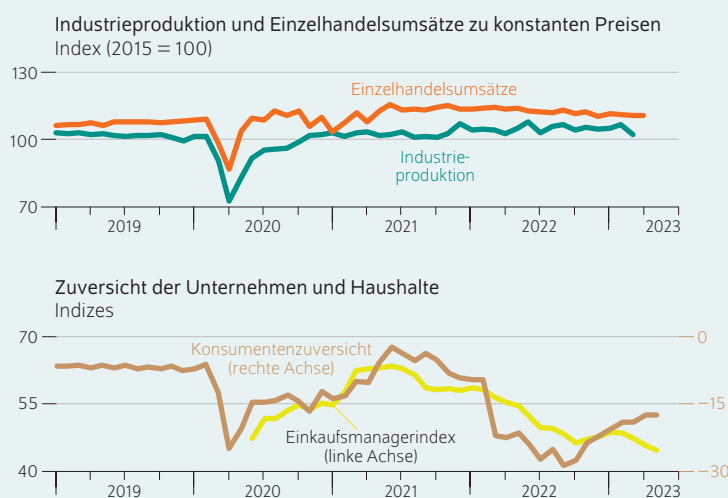
Wegen des Kriegs in der Ukraine, der Rekordinflation und den befürchteten Energieengpässen ließ das historisch eingebrochene Konsumentenvertrauen im vergangenen Herbst noch eine tiefe Rezession erwarten. Dank der fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen in zahlreichen Mitgliedstaaten, einer hohen Substituierbarkeit und Einsparpotenzials im Energieverbrauch von Konsument*innen und Firmen² sowie eines milden Winters fiel die Rezession milder aus als erwartet. Obwohl der Einzelhandel im vergangenen Winterhalbjahr schwächelte, erwies sich der breite private Konsum als kräftiger, als das Konsumentenvertrauen erwarten ließ. Dieses hat sich bis Mai 2023 wieder etwas stabilisiert, wenn auch noch auf niedrigem Niveau (Abbildung 4).

Abbildung 4

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



	2021	2022	Prognose 2023	2024
BIP-Wachstum (Prozent)	5,3	3,5	0,5	1,3
Inflationsrate (Prozent)	2,6	8,4	5,7	2,8
Arbeitslosenrate (Prozent)	7,7	6,7	6,7	6,7



Anmerkung: Letzte Beobachtungen April 2023 (Einzelhandelsumsätze); März 2023 (Industrieproduktion); Mai 2023 (Abbildungsteil unten).

Quellen: Markit; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

¹ Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen AMECO – ECFIN annual macroeconomic database (2023). [Potential Gross Domestic Product at Constant Prices] (online verfügbar).

² Vgl. Rüdiger Bachmann et al. (2022): What if? The economic effects for Germany of a stop of energy imports from Russia. Wirtschaftsdienst 102, 251–255.

Dabei war die Binnennachfrage einiger Länder stärker betroffen. Während sie in Italien und den Niederlanden im Winterhalbjahr wuchs, konnten Frankreich und vor allem Spanien nur dank eines positiven Außenbeitrags auch positive BIP-Wachstumszahlen ausweisen. Insbesondere die Situation in Spanien fällt, verglichen mit Frankreich, Italien und den Niederlanden, mit einer schwachen Entwicklung seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine aus der Reihe. Sowohl die Investitionen als auch der private Konsum sind seit Mitte 2022 rückläufig und liegen nun weit abgeschlagen um fünf Prozent unter dem Niveau des vierten Quartals 2019. Dementsprechend lag Spaniens Inflationsrate im Mai 2023 bei vergleichsweise niedrigen 3,2 Prozent, nach 4,1 Prozent im April.

Die Binnennachfrage dürfte im Prognosezeitraum allmählich wieder anziehen. So wird die weiterhin robuste Lage auf den Arbeitsmärkten die Konjunktur im Euroraum wohl stützen. In den meisten EU-Mitgliedstaaten lag die Beschäftigung zuletzt leicht über dem langfristigen Potenzialniveau. Daher dürfte die Arbeitslosenquote in den meisten Mitgliedstaaten nur geringfügig steigen. Lediglich in Spanien ist noch eine Unterauslastung zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquoten werden sich daher über den Prognosehorizont wieder dem Potenzial annähern, aber weit unter dem Vorkrisenniveau bleiben.

Obwohl sinkende Energie- und Strompreise die Energieinflation zurückgehen lassen, dürften die Kerninflation (Verbraucherpreisinflation ohne Energie und Lebensmittel) und die Lebensmittelinflation nur langsam fallen. Im Verlauf des Jahres 2023 wird sich die Kerninflation wohl aufgrund des ausgelasteten Arbeitsmarktes in den meisten Mitgliedsländern der Währungsunion hartnäckig auf hohem Niveau halten. Die Lohnsteigerungen dürften ausreichen, im Verlauf des Jahres ein Reallohnwachstum einzuleiten. Innerhalb des Prognosehorizonts dürfte das Wachstum der Nominallöhne weiter anziehen, jedoch werden die Reallohnzuwächse nicht den Wachstumspfad von vor der Pandemie erreichen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2023 auf 5,7 Prozent sinken und im Jahr 2024 dann 2,8 Prozent betragen.

Die Konjunktur im Euroraum wird im laufenden Jahr wohl nicht vom Wachstum wichtiger Handelspartner profitieren können. Aus den USA, Japan und Südkorea ist mit keiner großen Nachfrage zu rechnen, wenngleich der Außenbeitrag im Euroraum leicht positiv bleibt. Obwohl China nach der Abkehr der Null-Covid-Strategie wieder den Wachstumskurs einschlägt, dürfte die Währungsunion davon nur begrenzt Impulse erwarten, da sich der Aufschwung zunächst auf die Binnennachfrage konzentriert. Im Jahr 2024 werden jedoch die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach Nordamerika und dem größeren asiatischen Raum wieder in Schwung kommen.

Die EZB verfolgt weiterhin entschlossen ihren Kurs der Inflationsbekämpfung, indem sie den Hauptrefinanzierungssatz Anfang Mai um 25 Basispunkte auf 3,75 Prozent anhob. Die Turbulenzen im Bankensektor der USA und der Schweiz

bewirkten im Euroraum keinen größeren Finanzmarktstress, ließen die EZB im März aber von einer genauen Forward Guidance abrücken. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die EZB noch weitere Zinsschritte gehen wird, um ihr Mandat der Preisstabilität mit einer mittelfristigen Inflation von zwei Prozent zu erreichen (Kasten 1).

Der bisherige Kurs der EZB zur Eindämmung der Inflation zeigt trotzdem erste Wirkung, wie langsam sinkende längerfristige Inflationserwartungen nahelegen. Der Realzins – also der Nominalzins abzüglich der Inflationserwartungen – erreicht damit ein höheres und schrittweise restriktiveres Niveau, das die Kerninflation langsam eindämmen dürfte. Die Zinsen lasten auf dem privaten Konsum, der Investitionstätigkeit und dem Bau. Dass die zu diesem Zeitpunkt erwarteten langfristigen Realzinsen jedoch nicht restriktiv genug wirken, um die Inflation im Euroraum maßgeblich zu senken, dürfte angesichts des robusten Arbeitsmarktes über den Prognosezeitraum ein wesentliches Risikoszenario darstellen. In diesem Fall sähe sich die EZB zu einer strikteren Zinspolitik gezwungen.

Die Finanzpolitik bleibt eine Stütze der binnenwirtschaftlichen Aktivität. So dürften finanzpolitische Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsländer im Zuge der Energiekrise den privaten Verbrauch und die Unternehmensinvestitionen stützen. Letztere werden auch durch die finanzpolitische Reaktion der EU auf die Corona-Krise begünstigt (Kasten 2). In einigen Ländern werden Instrumente wie Energiepreisdckel dank fallender Energiepreise weniger zum Tragen kommen müssen, was den finanzpolitischen Spielraum entlasten sollte. Die Fiskalpolitik vieler Mitglieder der Eurozone bleibt jedoch trotz des Inflationsdrucks und der restriktiven Geldpolitik expansiv, insbesondere infolge der Verlängerung bestimmter Energiestützungsmaßnahmen (zum Beispiel in Frankreich und Spanien).

Weitere finanzpolitische Maßnahmen, die bereits in Kraft getreten oder geplant sind, dürften den privaten Konsum und die Investitionen in der kurzen Frist unterstützen (etwa Abschaffung einer Produktionssteuer in Frankreich, Reduzierung der Mehrwertsteuer auf die Grundnahrungsmittel in Spanien, Reduzierung der Einkommensteuer für gezielten Gruppen in Spanien und Italien). Des Weiteren wird der Arbeitsmarkt durch die Rentenreform in Frankreich, eine Erleichterung der befristeten Beschäftigung in Spanien und Italien sowie Anreize für die Beschäftigung von Jugendlichen in Italien langfristig gestärkt.

Durch die nur allmählich zunehmenden Realeinkommen der Haushalte und steigende Zinsen durchläuft der Euroraum im laufenden Jahr 2023 eine Schwächephase, erholt sich allerdings über das Jahr 2024 mit leicht ansteigenden Raten. So ist mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent in diesem Jahr und 1,3 Prozent im nächsten Jahr zu rechnen (Abbildung 4).

Kasten 2

Die Umsetzung des NextGenerationEU-Programms

Die Europäische Union (EU) hat im Juli 2020 das NextGenerationEU-Programm (NGEU) verabschiedet. Ziel ist es, die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern und dabei den ökologischen und digitalen Wandel der betroffenen Volkswirtschaften zu fördern.

Der NextGenerationEU-Fonds wurde mit einem Volumen von insgesamt 807 Milliarden Euro ausgestattet und stellt damit das größte Konjunkturprogramm dar, das jemals aus dem EU-Haushalt finanziert wurde. Es ergänzt den langfristigen Haushalt der Europäischen Union in Höhe von rund 1,2 Billionen Euro. Das NGEU-Programm soll wesentlich durch die Ausgabe von Anleihen der EU-Kommission im Namen der EU am Kapitalmarkt finanziert werden. Die Mitgliedstaaten haften gemeinschaftlich für Schulden des Fonds.

Das zentrale Element des Fonds ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), die im Februar 2021 in Kraft trat und für die 724 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Die finanzielle Unterstützung wird in Zuschüsse (338 Milliarden Euro) und Darlehen (386 Milliarden Euro) zur Unterstützung von Reformen und Investitionen

aufgeteilt.¹ Die ARF-Mittel sollen zwischen 2021 und 2026 in jährlichen Tranchen ausgeschüttet werden.² Um Mittel aus dem Fonds zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten der Kommission einen Erstattungsantrag vorlegen, in dem dargelegt wird, wie weit die Realisierung der Reformprojekte fortgeschritten ist. Die Kommission bewertet dann, ob die Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht wurden, um die Auszahlung freizugeben.

Nach dem jetzigen Stand der bewilligten Mittel dürften absolut gesehen Spanien und Italien mit jeweils knapp 70 Milliarden Euro die höchsten Zahlungen erhalten. Italien wird zusätzlich ein Darlehen von fast 123 Milliarden Euro erteilt. Relativ zur Wirtschaftsleistung³ sind Griechenland und Rumänien mit 16,68 Prozent beziehungsweise 12,15 Prozent die am stärksten Begünstigten, gefolgt von Kroatien (11,01 Prozent).

Rund ein Drittel der gewährten Mittel sind bereits ausgezahlt. Abgesehen von der Vorfinanzierung, die für die meisten Länder ab 2021 erfolgte, erhielt nur Spanien im Jahr 2021 eine erste Auszahlung in Höhe von zehn Milliarden Euro. Am 31. Mai 2023 waren bereits 153,4 Milliarden Euro (inklusive Vorfinanzierungen) ausgezahlt worden, was 21 Prozent des Gesamtvolumens der ARF entspricht.⁴

Abbildung 1

Bestandsaufnahme des bereits im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität ausgezahlten Betrags

In Milliarden Euro; Prozent



Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen der Institute. Daten zum 31. Mai 2023.

© DIW Berlin 2023

Der Betrag, den die Europäische Kommission bereits im Rahmen der ARF gezahlt hat, weicht in den einzelnen Mitgliedsstaaten stark voneinander ab.

Die Umsetzung von Reformen und Investitionen und damit einhergehende Auszahlungen schreiten jedoch in den Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran (Abbildung 1). Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat bislang nur eine erste Auszahlung, fünf Länder hingegen schon zwei Auszahlungen erhalten (Kroatien, Griechenland, Italien, Portugal und die Slowakei). Spanien hat im April 2023 sogar schon eine dritte Runde Fördermittel eingestrichen und somit schon die Hälfte der angedachten Fördermittel bekommen (37 Milliarden Euro). Absolut gesehen erhielt Italien mit fast 67 Milliarden Euro (29 Milliarden Euro als Zuschüsse und 38 Milliarden Euro als Darlehen) den bislang höchsten Betrag. Im Gegensatz dazu haben fünf Länder nur eine Vorfinanzierung erhalten (Belgien, Deutschland, Estland, Finnland und Luxemburg). Weitere fünf Länder warten noch auf die Auszahlung, nämlich Schweden, die Niederlande, Irland, Polen und Ungarn – bei den beiden letztgenannten aufgrund des Streits mit der Europäischen Union über die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit.

¹ Die restlichen Mittel des NGEU-Programms werden im Rahmen verschiedener bereits bestehender EU-Programme an die EU-Mitgliedstaaten ausgezahlt.

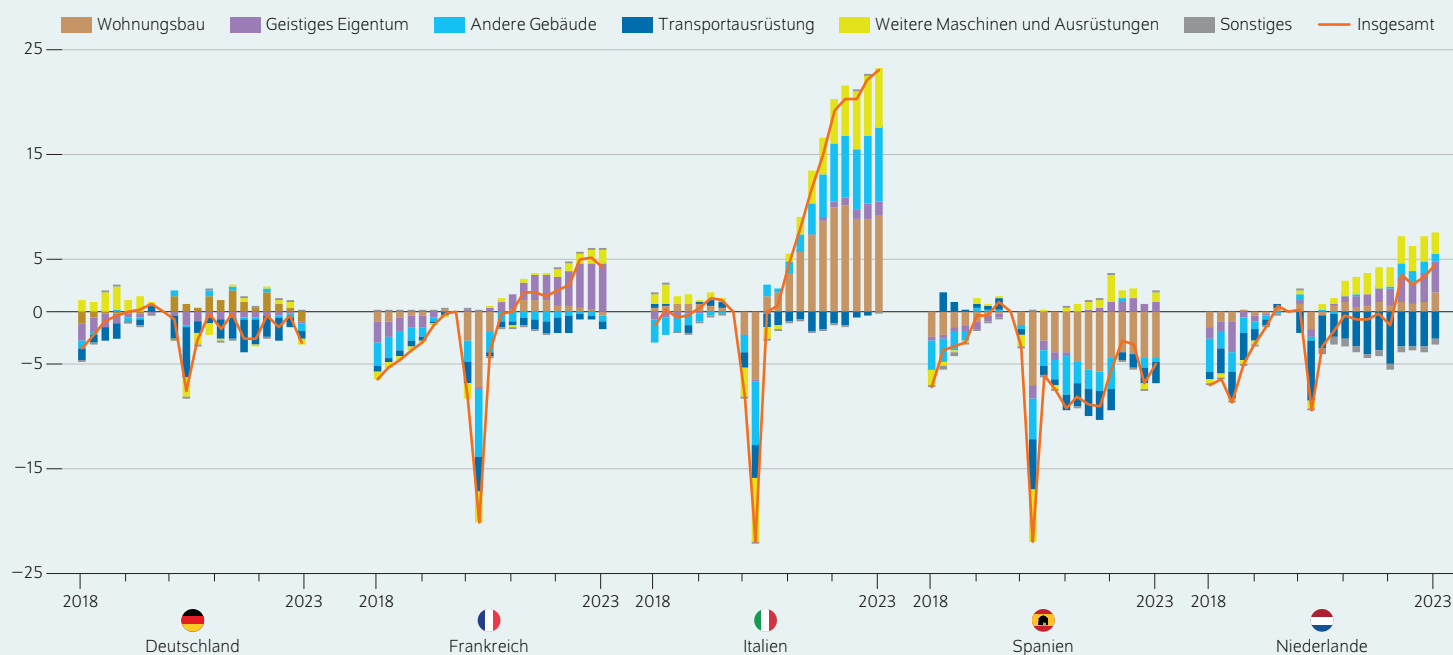
² Vgl. für weitere Details zum NGEU-Programm Gutachten der Gemeinschaftsdiagnose: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Herbst 2021 (online verfügbar).

³ Basierend auf den 2021 BIP-Daten.

⁴ Der Rat der EU hat den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen der 27 Mitgliedsstaaten für einen Betrag von knapp über 500 Milliarden Euro zugestimmt, das heißt 70 Prozent der gesamten ARF-Mittel. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass nur wenige Länder (Italien, Griechenland, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und Zypern) bisher Interesse an einem Darlehen bekundet haben, weil für die meisten Länder die Aufnahme von Krediten über die EU voraussichtlich keine Finanzierungsvorteile bietet. Legt man nur diese 500 Milliarden zu Grunde, sind bereits 31 Prozent der Mittel ausgezahlt.

Abbildung 2

Beiträge zum Bruttoanlageinvestitionswachstum im Euroraum Index (2019 Q4 = 100)



Quelle: Eurostat; Berechnungen der Institute.

© DIW Berlin 2023

Im Euroraum begünstigt die finanzpolitische Reaktion der EU auf die Pandemie die Investitionen, insbesondere im Baugewerbe und in Forschung und Entwicklung.

Wie sich die EU-Auszahlungen auf die Volkswirtschaften auswirken, ist aufgrund der Unterschiede zwischen den damit finanzierten Programmen schwer abzuschätzen. Der EZB zufolge könnte das NGEU-Programm das reale BIP der Eurozone ab 2022/2023 durch fiskalische Anreize um etwa 0,5 Prozent und 2026 insgesamt um rund 1,5 Prozent im Vergleich zu einem kontrafaktischen Szenario ohne NGEU-Investitionen erhöhen.⁵ Öffentliche Investitionen würden die Aktivität kurzfristig stützen, während Strukturreformen ihre Wirkung längerfristig entfalten würden.

In einigen der wirtschaftlich größten Länder des Euroraums⁶ haben die ARF-Mittel den Bruttoanlageinvestitionen Schwung verliehen. Nach einem coronabedingten Einbruch und einer anschließenden deutlichen Erholung lag das Investitionswachstum über dem Vorkrisentrend,⁷ wobei Deutschland eine Ausnahme bildete. Das NGEU-Programm unterstützt insbesondere Investitionen in

geistiges Eigentum/Forschung und Entwicklung sowie Baugewerbe, was sich in der Analyse auch widerspiegelt (Abbildung 2). Der Anteil der Investitionen in geistiges Eigentum ist in Frankreich, den Niederlanden und in geringerem Maße in Spanien deutlich gestiegen, während Bauinvestitionen in Italien stark zum Wachstum der Anlageinvestitionen beigetragen haben.⁸ Die Auszahlung der restlichen beantragten Mittel in den kommenden vier Jahren dürfte die Konjunktur der EU, insbesondere die Anlageinvestitionen, stützen.

⁵ Vgl. Krzysztof Bankowski et al. (2022); The economic impact of next generation EU: A euro area perspective, EZB Occasional Paper, No 291 (online verfügbar).

⁶ Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande, gemessen an ihrem BIP 2021 in US-Dollar.

⁷ Geschätzt für den Zeitraum 2014–2019.

⁸ Im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Krise heben die Beiträge des Investitionswachstums insbesondere ein größeres Gewicht der Investitionen hervor, die von den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen unterstützt werden (insbesondere Bauinvestitionen, Investitionen in geistiges Eigentum/F&E).

USA: Abkühlung der Konjunktur setzt sich fort

In den Vereinigten Staaten ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2023 nur um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen (annualisiert 1,3 Prozent). Der private Konsum legte zwar um fast ein Prozent zu, die höhere Nachfrage wurde aber wohl auch über einen starken Lagerabbau der privaten Unternehmen bedient. Bei den Wohnungsbauinvestitionen setzt sich die Talfahrt fort. Vom Außenhandel kamen im ersten Quartal positive Impulse für die US-Wirtschaft; die Exporte zogen stärker an als die Importe.

Im zweiten Quartal 2023 dürfte sich die Expansionsdynamik der US-Wirtschaft weiter abschwächen. Besonders der private Konsum wird wohl die Konjunktur weniger stützen, darauf deutet die gedämpfte Entwicklung bei den Einzelhandelsumsätzen hin. Zudem ist die Stimmung der Konsument*innen weiterhin trüb. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen verschlechtern sich wegen der höheren

Zinsen, was die Investitionsneigung belastet. Die Unternehmen sind pessimistischer geworden: Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie ist im Mai wieder leicht unter die Expansionsschwelle von 50 gefallen (Abbildung 5).

Weil sich der Konsum weiter abschwächt und die Unternehmensinvestitionen stagnieren, dürfte die US-Wirtschaft im zweiten Halbjahr sogar leicht schrumpfen. Die Lage am Arbeitsmarkt ist gegenwärtig zwar noch äußerst gut. Frühindikatoren deuten aber auf eine schrittweise Abkühlung hin. Während der Pandemie zurückgelegte zusätzliche Ersparnisse gehen insbesondere bei Haushalten mit niedrigen Einkommen zur Neige.³ Auch die Probleme im Bankensektor werden noch ein wenig auf der US-Wirtschaft lasten. Die Kreditvergabe dürfte sich etwas stärker verringern, als dies durch die Zinserhöhungen ohnehin zu erwarten war. Daher werden sich die Unternehmensinvestitionen wohl weiter schwach entwickeln. Die nachlassende Binnenkonjunktur dämpft auch die Importe. Da aufgrund der schwächelnden Weltwirtschaft auch die Exporte nur moderat zulegen dürften, wird das Handelsbilanzdefizit aber nur leicht zurückgehen. Über das Jahr 2024 dürften dann die Investitionen wieder etwas anziehen. Auch der Konsum wird wieder stärker zur Expansionsdynamik beitragen.

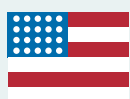
Von der Wirtschaftspolitik gehen kaum positive Impulse für die US-Konjunktur aus. Die parteiübergreifende Einigung zur Anhebung der Schuldenobergrenze sieht leichte Kürzungen im Bereich der ungebundenen Ausgaben vor. Für den Prognosezeitraum dürften die konjunkturellen Auswirkungen wohl gering ausfallen. Spürbare positive konjunkturelle Effekte sind immerhin von dem im Sommer 2022 beschlossenen Inflation Reduction Act zu erwarten, mit dem Investitionen für Klimaschutz-Technologien gefördert werden sollen.

Die Geldpolitik ist seit dem Frühjahr 2022 rasch restriktiver geworden. Die Inflation hat sich zwar auch angesichts sinkender Energie- und Lebensmittelpreise schrittweise reduziert. Aber die Kerninflation verharrt in einem Bereich, der deutlich über dem durchschnittlichen Zwei-Prozent-Ziel der Federal Reserve liegt. Die Zinsen werden vor diesem Hintergrund wohl im Juni noch einmal um 25 Basispunkte angehoben, dürften dann aber bis Herbst 2023 konstant bleiben. Danach ist mit leichten Zinssenkungen zu rechnen, so dass die Inflation im laufenden Jahr mit vier Prozent zwar noch deutlich erhöht sein wird, im Jahr 2024 aber auf zwei Prozent sinken dürfte.

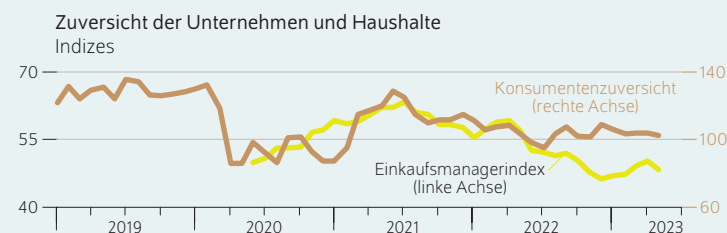
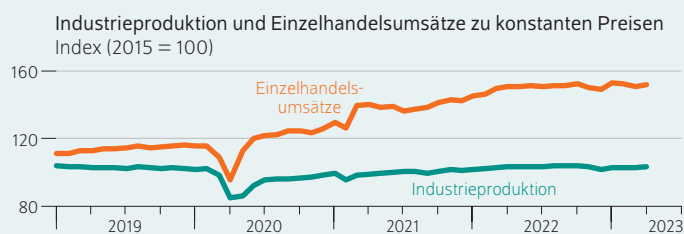
Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 1,2 Prozent wachsen. Im Jahr 2024 ist mit einem etwas dynamischeren Wirtschaftswachstum zu rechnen, der Zuwachs dürfte 1,3 Prozent betragen (Abbildung 5).

Abbildung 5

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



	2021	2022	Prognose 2023	2024
BIP-Wachstum (Prozent)	5,9	2,1	1,2	1,3
Inflationsrate (Prozent)	4,7	8,0	4,0	2,0
Arbeitslosenrate (Prozent)	5,4	3,6	3,9	4,2



Anmerkung: Letzte Beobachtungen April 2023 (oberer Abbildungsteil oben); Mai 2023 (Abbildungsteil unten).

Quellen: Markit; The Conference Board; Federal Reserve; U.S. Census Bureau; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

³ Vgl. Hamza Abdelrahman und Luiz E. Oliveira, L.E. (2023): The Rise and Fall of Pandemic Excess Savings, FRBSF Economic Letter (online verfügbar).

Vereinigtes Königreich: Anhaltende Wachstumsprobleme

Die Wirtschaft im Vereinigten Königreich hat sich im ersten Quartal 2023 mit 0,1 Prozent schwach entwickelt. Getragen wurde das Wachstum vor allem von anziehenden Unternehmensinvestitionen, der private Verbrauch stagnierte hingegen. Zudem stieg die Lagerhaltung, während der Außenbeitrag negativ war. Im laufenden Quartal dürfte die Wirtschaft nur leicht expandieren. Zwar blieb die befürchtete technische Rezession aus, jedoch belastet die immer noch sehr hohe Teuerung die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Inflationsraten des Vereinigten Königreichs übersteigen die Raten anderer entwickelter Volkswirtschaften. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Preise seit September jeweils im zweistelligen Bereich gestiegen. Ursache dafür war vor allem die starke Verteuerung von Nahrungsmitteln und Energie. Zwar fiel die Inflationsrate im April auf 8,7 Prozent, da Energiepreise deutlich nachgaben. Die Kerninflationsrate zog allerdings leicht an und lag im April bei 6,8 Prozent. Die Stimmung der Verbraucher*innen hellte sich im Zuge der fallenden Energiepreise bis zuletzt auf, in den Einzelhandelsumsätzen, die sich nur schleppend entwickelten, schlug sich dies allerdings nicht nieder. Auch der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist durchgewachsen und verbleibt mit 47 Punkten im Mai unter der Expansionschwelle von 50. Die Industrieproduktion legte mit 0,75 Prozent im März etwas schwungvoller im Vergleich zu den bisherigen Wintermonaten zu.

Starke Lohnzuwächse von sechs Prozent im ersten Quartal und eine nur graduelle abflauende Inflation dürften zu ersten Reallohnzuwächsen gegen Ende des Jahres führen. Die Folge ist wohl eine schleppende Erholung des privaten Verbrauchs. Die anhaltend hohe Inflation und eine entsprechend restriktive Geldpolitik dürfte die Investitionen dämpfen. Die Zentralbank reagierte mit kräftigen Zinsschritten und erhöhte zuletzt im Mai 2023 die Zinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent. Über den Prognosezeitraum wird die Inflation wohl den beobachteten Trend fortsetzen und 2023 auf 7,6 Prozent und 2024 auf 3,7 Prozent sinken. Somit dürfte auch gegen Ende des Prognosehorizontes das Inflationsziel von zwei Prozent noch nicht erreicht werden.

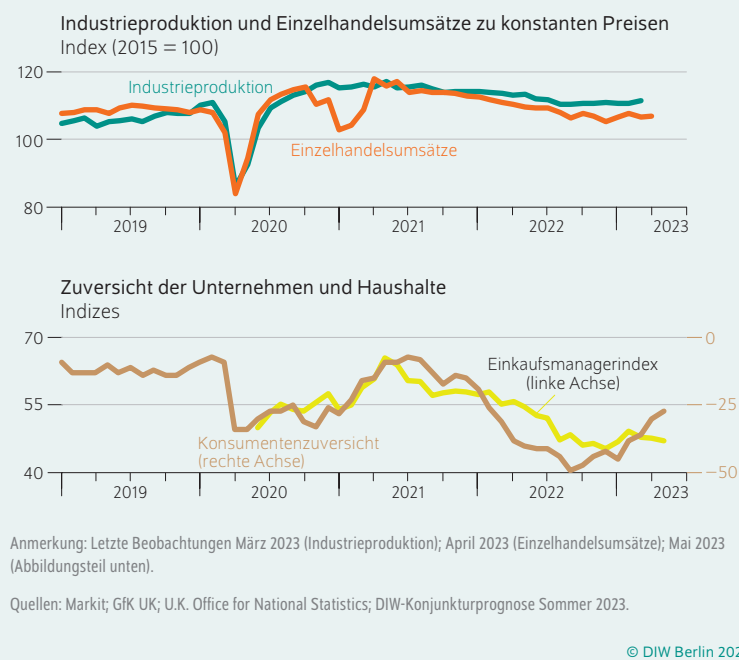
Die Finanzpolitik wird die britische Konjunktur wohl nur leicht stützen. So beinhaltet der im März beschlossene Haushaltsplan für das Frühjahr eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und der Investitionsschwäche. Um das Arbeitskräfteangebot auszuweiten, wurden Reformen bei Kinderbetreuung, Renten, Invaliditäts- und allgemeinen Kreditleistungen sowie Kompetenzzentren durchgeführt. Sie dürften allerdings aufgrund einer verzögerten Umsetzung erst ab 2027 greifen und das Angebot um rund 60 000 Personen erhöhen.⁴ Die wichtigste Reform zur Stützung der Unternehmensinvestitionen ist die Einführung vorübergehender Kapitalfreibeträge zur Deckung der Kosten

⁴ Vgl. Office for Budget Responsibility (2023) Economic and Fiscal Outlook, March, 2023 (online verfügbar).

Abbildung 6

UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2021	2022	Prognose	
			2023	2024
BIP-Wachstum (Prozent)	7,6	4,1	0,3	0,7
Inflationsrate (Prozent)	2,6	9,1	7,6	3,7
Arbeitslosenrate (Prozent)	4,5	3,7	4,0	4,8



für Investitionen in Anlagen und Maschinen, die zwischen 2023 und 2024 sowie 2025 getätigt werden. Die Effekte dieser Maßnahmen dürften in den Jahren 2023 bis 2024 mit jeweils 0,1 Prozentpunkten nur leicht zum BIP-Wachstum beitragen. Die ausländische Nachfrage wird in den Folgequartalen wohl aufgrund der graduellen weltwirtschaftlichen Entwicklung moderat ausfallen und erst im Jahr 2024 wieder an Fahrt aufnehmen, was die britischen Exporte stützen dürfte.

Wegen der anhaltenden Belastung der Haushalte durch die hohen Preise und der angespannten Situation am Arbeitsmarkt dürfte die britische Wirtschaft auch im zweiten Quartal 2023 nur schwach wachsen. Ab der zweiten Jahreshälfte ist mit einem leicht stärkeren Aufschwung zu rechnen, wobei die wirtschaftliche Aktivität im Vereinigten Königreich wohl auch bis Ende 2024 durch geringes Wachstum geprägt sein wird. Somit ist mit einer schwachen Erholung von 0,3 Prozent im Jahr 2023 und einem leichten Plus von 0,7 Prozent im Jahr 2024 zu rechnen (Abbildung 6).

Lohnschub kann japanische Inflation aufrechterhalten

Japans Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal 2023 um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona wurden im Oktober 2022 endgültig aufgehoben. So öffnete Japan zum Beispiel seine Grenzen wieder für ausländische Reisende. Die Konsumentenstimmung verbesserte sich zwar leicht, aber die Investitionsbereitschaft der japanischen Unternehmen schwächelt weiterhin, obwohl Lieferengpässe kaum noch eine Rolle spielen.

Im weiteren Prognosezeitraum expandiert die japanische Wirtschaft voraussichtlich in moderatem Tempo. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Öffnung Chinas auch Japans Auslandsnachfrage und damit das Wirtschaftswachstum positiv beeinflussen. Nach einem eher schwachen Jahresauftakt wird sich die Erholung des privaten Verbrauchs im

weiteren Prognoseverlauf fortsetzen. Nicht nur die zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen, sondern auch eine verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften die Einkommen der Haushalte stärken und die Binnennachfrage ankurbeln. Die Arbeitslosenquote verändert sich dabei kaum – von voraussichtlich 2,6 Prozent im Jahr 2023 auf 2,5 Prozent im Jahr 2024.

Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten beschleunigt, wobei sie hauptsächlich auf die Weitergabe der gestiegenen Importpreise zurückzuführen ist. Die Kerninflation (Inflation ohne frische Lebensmittel) lag 2022 auf dem höchsten Stand seit vier Jahrzehnten (2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). In diesem Jahr könnte die Inflation weiterhin auf diesem Niveau verharren, bevor sie bis Ende 2024 allmählich auf zwei Prozent sinkt, sofern die Importpreise nachgeben. Gleichzeitig zeigen japanspezifische Faktoren aber Risiken für die Inflation im Prognosezeitraum: Die verzögerten Auswirkungen der Wechselkursabwertung, die Wiedereröffnung der Grenzen, Zweitrundeneffekte der importierten Inflation und ein höher als erwartetes Lohnwachstum könnten die Teuerung antreiben. Dabei hat eine der wichtigsten Gewerkschaften des Landes in jährlichen Verhandlungen sehr große Lohnerhöhungen durchgesetzt, wodurch sich der Druck auf die Zentralbank erhöht, langsam aus ihrer ultraakkommodativen Geldpolitik auszusteigen. In den vergangenen Monaten hat die Zentralbank weiterhin im großen Umfang japanische Staatsanleihen gekauft und hält mit Stand Ende April fast 80 Prozent der ausstehenden zehnjährigen Staatsanleihen des Landes. Diese Käufe haben die Liquidität auf dem Anleihen-Markt verringert und die Renditekurve verzerrt. Kazuo Ueda, der neue Chef der Zentralbank seit April 2023, könnte einen Politikwechsel einleiten, auch wenn er bis zuletzt den ultraexpansiven geldpolitischen Kurs weiterführt.

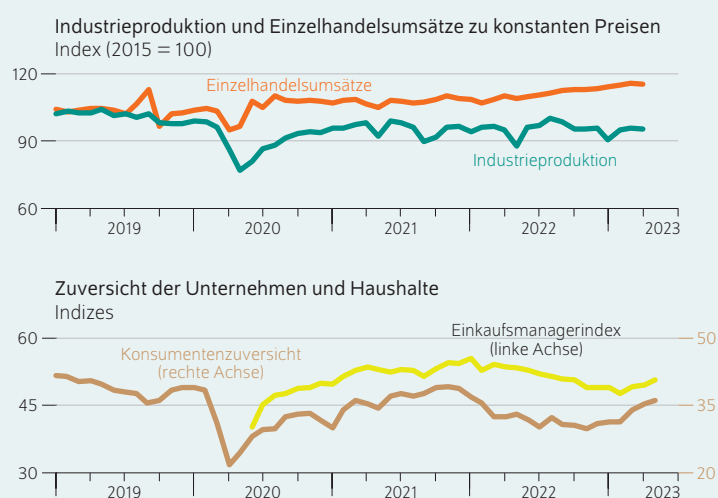
Der Yen stieg Ende 2022 gegenüber dem Dollar auf ein Sechsmonatshoch – ein Anzeichen auf eine Korrektur der bisherigen Unterbewertung des Yen. Die Zentralbank intervenierte im September und Oktober 2022 das erste Mal seit 1998, um den Wechselkurs des Yen zu stützen, was sich positiv auf die japanischen Exporte auswirken dürfte.⁵

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um 1,4 Prozent zulegen. Im Jahr 2024 wird sich die Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von 1,3 Prozent wohl noch etwas stärker erholen. Rückenwind bekommt sie dabei von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Erwähnenswert ist dabei auch die lang erwartete Annäherung Japans und Südkoreas Anfang 2023, die eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder fördern (Abbildung 7).

Abbildung 7

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2021	2022	Prognose 2023	2024
 BIP-Wachstum (Prozent)	2,2	1,0	1,4	1,3
Inflationsrate (Prozent)	-0,2	2,5	2,4	2,0
Arbeitslosenrate (Prozent)	2,8	2,6	2,6	2,5



Anmerkung: Letzte Beobachtungen April 2023 (Abbildungsteil oben); Mai 2023 (Abbildungsteil unten).

Quellen: Markit; The Conference Board; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

⁵ Eine solche Intervention wurde durch einen Verkauf von US-Dollar realisiert, was zu einer Aufwertung des Yen führte.

China: Wirtschaftsaufschwung dank Abkehr von Null-Covid-Politik

Dank dem Ende aller Covid-19-Beschränkungen im Dezember 2022 und dem raschen Rückgang der Krankheitsfälle ist die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr im ersten Quartal um starke 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Dabei kurbeln Konsumausgaben, die während der Pandemie unter anderem wegen umfangreicher Quarantäne-Maßnahmen nicht möglich waren (sogenanntes revenge shopping), als auch die neugewonnene Reisefreiheit der Bevölkerung die Binnennachfrage an. Gleichzeitig trüben aber fallende Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe im April 2023 die Aussicht. Daher bleibt die Nachfrage nach deutschen Industriegütern zunächst gedämpft. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Quartal 2023 um 0,9 Prozent zulegen; über das Jahr werden die Wachstumsraten wohl ähnlich verlaufen.

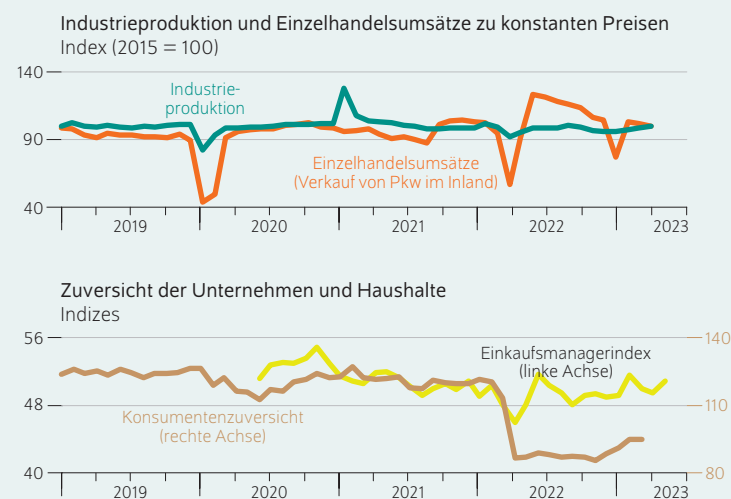
In diesem und im kommenden Jahr wird die chinesische Wirtschaft voraussichtlich solide Zuwächse verzeichnen, wenngleich die Wachstumsraten geringer ausfallen dürften als noch vor der Pandemie. China verzeichnet sehr niedrige Inflationszahlen, die auf die bis vor kurzem geltenden Null-Covid-Strategie und eine schwelende Immobilienkrise zurückzuführen sind. Die Verbraucherpreisinflation fiel auf 0,1 Prozent im April, gegenüber 0,7 Prozent im März. Im März hat die Zentralbank weitere Liquidität zur Verfügung gestellt und den Mindestreservesatz gesenkt – alles in allem Signale, die Marktzinsen zu senken. Die wichtigsten Leitzinsen der Zentralbank wurden jedoch im vergangenen Monat unverändert gelassen. Über den Prognosehorizont dürfte die Inflationsrate im Zuge der wirtschaftlichen Erholung des Binnenmarktes weiter leicht ansteigen. Sie wird in diesem und im kommenden Jahr jeweils 2,3 Prozent betragen. Auf der fiskalischen Seite umfassten die wichtigsten Maßnahmen der chinesischen Regierung eine Reihe von Steuer- und anderen Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie vorangegangene Infrastrukturinvestitionsprojekte, die das Potenzialwachstum Chinas langfristig anheben dürften. Auch für den Immobiliensektor haben die Behörden die Unterstützungsmaßnahmen kontinuierlich verstärkt, die dringend benötigte Umstrukturierung der hochverschuldeten Bauträger kommt aber weiterhin nur langsam voran.

In diesem und im kommenden Jahr dürfte Chinas Wirtschaft jeweils um 5,3 Prozent und um 5,2 Prozent wachsen und damit annähernd den Zielvorgaben der Regierung entsprechen, die im vergangenen Jahr verfehlt wurden. Unter dem Strich verlief der Jahresauftakt stärker als erwartet – trotz schwacher Außenhandelsnachfrage. Bis Ende 2023 dürften auch die Exporte Richtung fortgeschrittene Volkswirtschaften wieder anziehen, während jetzt schon Exporte Richtung Russland aufgrund der westlichen Sanktionen an Bedeutung gewonnen haben. Einige mittelfristige Risiken sind zu bedenken. Zum einen könnte der Wirtschaftsaufschwung von kurzer Dauer sein, da sich der Immobiliensektor langsamer erholt als erwartet. Viele Bauträger sind

Abbildung 8

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2021	2022	Prognose	
			2023	2024
BIP-Wachstum (Prozent)	8,8	3,0	5,3	5,2
Inflationsrate (Prozent)	0,9	2,0	2,3	2,3
Arbeitslosenrate (Prozent)	5,1	5,6	5,5	5,4



Anmerkung: Letzte Beobachtungen April 2023 (Abbildungsteil oben); März 2023 (Konsumentenindex); Mai 2023 (Einkaufsmanagerindex).

Quellen: Markit; The Conference Board; China National Bureau of Statistics; China Association of Automobile Manufacturers; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

noch hoch verschuldet und die Nachfrage stagniert weiterhin. Zum anderen besteht die Gefahr eines weiteren Ausbaus der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft unter Präsident Xi Jinping, der im März 2023 für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt wurde. Das kann den Investitionsappetit ausländischer Firmen zügeln und somit langfristig das Potenzialwachstum Chinas senken. Gleichzeitig kann die engere Zusammenarbeit zwischen Russland und China aufgrund der Beziehungen zum Westen weiter verschlechtern. Dabei kann das Kommuniqué der G7-Länder aber als ein Zeichen in Richtung Entspannung der schwierigen Handelssituation interpretiert werden (Abbildung 8).⁶

⁶ Dabei haben die G7-Länder unterstrichen, dass „ein wachsendes China, das sich an die internationalen Regeln hält, von globalem Interesse wäre.“ Vgl. Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G7 von Hiroshima vom 20.5.2023 (online verfügbar)

Mittelost- und südosteuropäische Länder: Hohe Teuerung lastet auf privatem Verbrauch

Das Bruttoinlandsprodukt der mittel- und osteuropäischen Länder legte im Gesamtjahr 2022 deutlich zu. Nach einem zumeist noch geringen oder sogar rückläufigen Wachstum im Schlussquartal 2022, das insbesondere auf einem schwachen privaten Verbrauch beruhte, stieg die Wirtschaftsleistung im Auftaktquartal 2023 wieder. Dies deutet indes noch keinen dynamischen Aufschwung im laufenden Jahr an.

So entwickeln sich die Einzelhandelsumsätze in den meisten Ländern zumeist noch verhalten. Auch wenn sich die Konsumentenzuversicht, die im Herbst 2022 in der Region einen Tiefpunkt erreichte, im Frühjahr 2023 weiter verbesserte und die Lage am Arbeitsmarkt gut ist, wird der private Verbrauch im weiteren Verlauf wohl zunächst noch von der hohen Teuerungsrate belastet bleiben. Die Preise in der

Region steigen unterschiedlich stark, von derzeit 25 Prozent in Ungarn bis 14 Prozent in Tschechien, wo traditionell eine eher konservative Geldpolitik vorherrscht. Die Teuerungsraten dürften im weiteren Verlauf zwar sinken, aber bis Ende des Prognosezeitraums die jeweiligen Zielvorgaben der nationalen Zentralbanken von zwei bis vier Prozent noch nicht erfüllen.

Auf einen zunächst gedämpften Wachstumskurs deutet zudem der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe hin. Der Index unterschreitet in Polen und Tschechien die Expansionsschwelle und war im April rückläufig. Die Auftragslage hat sich zuletzt sogar verschlechtert. Dies betrifft auch die Aufträge aus dem Ausland. Die verhaltende Auslandsnachfrage spiegelt sich vorübergehend in einer verminderten Außenhandelsaktivität der Region wider. Einzelne Länder müssen zudem nach dem Rückgang beziehungsweise Stopp russischer Energielieferungen ihre Energieversorgung diversifizieren. Darüber hinaus werden Sanktionen in den Handelsbeziehungen mit Russland eine weitere Verlagerung von Handelsströmen nach sich ziehen. Die Länder in der Region haben im Zuge der angespannten Lage auf den Energiemärkten und gestiegenen Energiekosten teilweise die Energieausgaben für den privaten Sektor gedeckelt, so dass die öffentlichen Haushalte vorübergehend Mehrausgaben zu schultern haben. Weitere Mehrausgaben entstehen durch die teilweise hohe Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine. Allein Polen hat seit Kriegsbeginn 1,6 Millionen Ukrainer*innen aufgenommen, denen vorübergehend finanzielle Unterstützung gewährt wird.⁷ Auch die Verteidigungsausgaben werden wohl weiter steigen. Abgesehen von Ungarn haben die mittelosteuropäischen Länder angesichts ihrer vergleichsweise geringen öffentlichen Verschuldung perspektivisch noch finanzielle Spielräume. Im Konflikt um Rechtsstaatlichkeit hat die Europäische Kommission für Polen und Ungarn Mittelzuweisungen eingefroren. Im Falle von Polen sind 35,4 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufonds blockiert.⁸ Anfang Juni hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die polnische Justizreform gegen EU-Recht verstößt. Ein Einlenken der polnischen Regierung und eine Lösung des Konflikts zeichnen sich derzeit nicht ab.

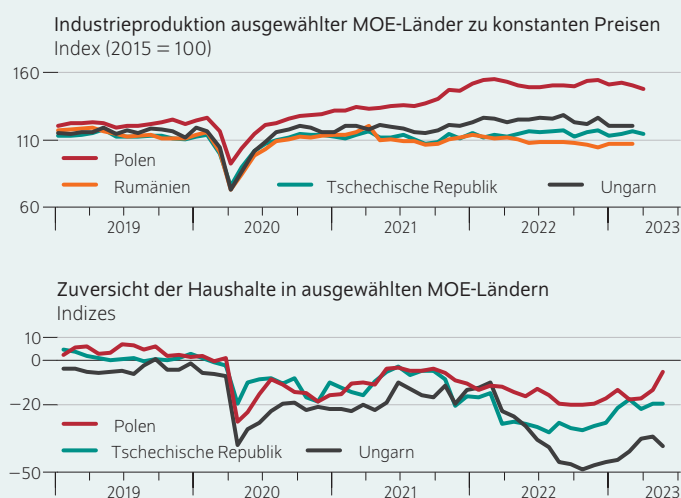
Das Bruttoinlandsprodukt in den mittel- und osteuropäischen Ländern dürfte sich mit einem Zuwachs von 1,2 Prozent im Jahr 2023 zunächst schwach entwickeln. Im Folgejahr ist eine Erholung mit einem Wachstum von 3,1 Prozent zu erwarten (Abbildung 9).

Abbildung 9

Mittel- und Osteuropa auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



	2021	2022	Prognose 2023	2024
BIP-Wachstum (Prozent)	6,1	4,7	1,3	3,1
Inflationsrate (Prozent)	4,7	13,5	12,4	8,0
Arbeitslosenrate (Prozent)	3,9	4,5	4,6	4,7



Anmerkung: Letzte Beobachtungen März 2023 (Abbildungsteil oben, Ungarn und Rumänien); April 2023 (Abbildungsteil oben, Polen und Tschechische Republik); Mai 2023 (Abbildungsteil unten).

Quellen: Nationale statistische Ämter; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

⁷ Grundsätzlich erhalten die Geflüchteten in Polen Unterstützung in Form von Einmalzahlungen und Kindergeld. Die Unterbringung wird für eine Übergangszeit finanziert. Danach müssen sich die Geflüchteten an den Kosten beteiligen. Sie haben die Möglichkeit zu arbeiten. Ein Großteil der Geflüchteten hat einer Studie zufolge Arbeit gefunden, die aber nicht ihrer ursprünglichen Qualifikation entspricht. Vgl. TVP Word (2023); Nearly 80 % of Ukraine refugees in Poland are employed: survey (online verfügbar).

⁸ Dies entspricht insgesamt fünf Prozent des polnischen BIP (2022). Die Mittel sollten ursprünglich von 2021 bis 2023 ausgezahlt werden.

Kasten 3

Russlands offizielle statistische Berichterstattung

Russland hat mit Beginn des Kriegs in der Ukraine die statistische Berichterstattung eingeschränkt. Zudem ist die Glaubwürdigkeit der veröffentlichten Daten zu hinterfragen. Im Folgenden werden offizielle Daten zur wirtschaftlichen Lage vorgestellt und mit alternativen Daten kontrastiert.

Die offiziellen Daten zeichnen das Bild eines Einbruchs der Wirtschaftsleistung nur direkt nach Kriegsbeginn gefolgt von einer „Normalisierung“ bis zum Schlussquartal. Nach offiziellen Angaben des russischen statistischen Amtes ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,6 Prozent gesunken. Zurückzuführen ist dies den Angaben zufolge auf das starke Minus im zweiten Quartal von 4,6 Prozent im Vergleich zum Auftaktquartal, als der Krieg in der Ukraine begann. In der Folge kam es im zweiten Quartal zu einer starken Kontraktion der Exporte und in etwas geringerem Ausmaß der Importe. Im Inland war der private Verbrauch rückläufig. In den Folgequartalen ist nach diesen Angaben die Wirtschaftsleistung um jeweils 0,5 Prozent gestiegen, auch der private Verbrauch hat zugelegt. Dabei sind zunächst die Importe und im Schlussquartal auch die Exporte wieder gestiegen (Abbildung).

Außenhandel im Spiegel der Statistik

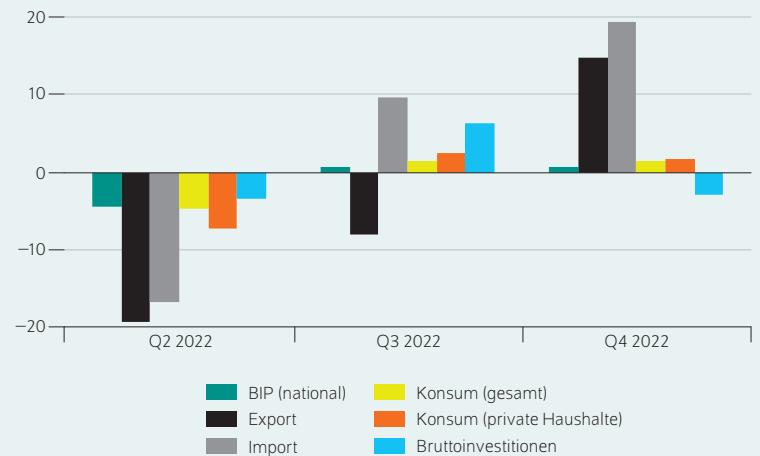
Aus der offiziellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in konstanten Preisen und saisonbereinigt ergibt sich ein Rückgang zunächst der Importe, der offenbar direkt nach Kriegsbeginn noch im Februar 2022 einsetzte. Zeitlich versetzt im zweiten Quartal kam es mit der Ausweitung von Sanktionen auch zu einem Rückgang der Exporte. Bereits im Laufe des Sommers kehrt sich der Trend um, wobei die Importe zum Jahresende fast wieder das Vorjahresniveau erreichen. Die Exporte blieben etwas unter dem vorherigen Niveau. Diese Entwicklung würde die Annahme unterstützen, dass Russland die Umgehung von Handelssanktionen (teilweise) gelungen ist.

Die Entwicklung des unbereinigten, nominalen russischen Außenhandels wurde bereits im Jahr 2022 anhand von Spiegelstatistiken nachgezeichnet.¹ Die russische Zentralbank stellte erst im Frühjahr 2023 wieder Daten zur Zahlungsbilanz (Balance of Payments, BoP) zur Verfügung. Der Vergleich von BoP-Daten und Spiegelstatistiken zeigt: Der Tracker, der 37 wichtige Handelspartner umfasst, unterzeichnet den Handel im Vergleich zu den BoP-Daten naturgemäß, aber nur leicht. Er bestätigt insbesondere den Verlauf der Importe. Bei den Exporten zeigen die noch vorläufigen BoP-Daten im ersten Quartal 2023 einen stärkere Abwärtsdynamik als der Tracker.

Anhand von Spiegelstatistiken wurde auch die Änderung der Struktur des russischen Außenhandels nachgebildet. Vor allem aufgrund der drastisch reduzierten Energielieferungen an die EU

¹ Vgl. Zsolt Darvas et al. (2023): Russian foreign trade tracker. Bruegel data tracker (online verfügbar) sowie Heli Simola: The shift in Russian trade during a year of war. Bank of Finland (BOFIT), Policy Paper No. 9 (online verfügbar).

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt der Russischen Föderation, Komponenten der Verwendungsseite
Veränderung zum jeweiligen Vorquartal in Prozent


Quelle: Rosstat 2023

© DIW Berlin 2023

In der offiziellen russischen Berichterstattung zeigen die verwendungsseitigen Komponenten des BIP nur im ersten Quartal einen deutlichen Rückgang.

ist die Rolle von Ländern wie China und Indien, die zusätzliche Mengen an Mineralöl aus Russland mit Abschlägen erhalten, gestiegen. Auch der Anteil der Türkei und der GUS-Länder hat zugenommen. Bei den russischen Importen hat sich ebenfalls die regionale Handelsstruktur zugunsten asiatischer Lieferanten verändert. Zusammen ergeben Spiegelstatistiken und russische BoP-Daten einen grundsätzlich ähnlichen Verlauf von Exporten und Importen und eine deutliche regionale Verschiebung des Handels hin zu nichtsanktionierenden Drittstaaten. Allerdings erfassen auch die Spiegelstatistiken nicht die Lieferströme, die auf die Umgehung von Sanktionen ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund relativiert sich die Aussagekraft der veröffentlichten Außenhandelsdaten. Es steht sogar zu vermuten, dass die offiziell gemeldeten Daten der Zahlungsbilanz nicht zufällig den Daten der Spiegelstatistiken entsprechen beziehungsweise diese sogar widerspiegeln.

Binnenwirtschaftliche Entwicklung

Ein alternativer Tracker für die binnenwirtschaftliche Entwicklung bestätigt zwar den in der offiziellen Berichterstattung gemeldeten Rückgang des BIP nach Kriegsbeginn, nicht aber die „Normalisierung“ in den Folgequartalen, insbesondere nicht des privaten Verbrauchs.² Der sichtbar gedämpfte private Konsum korrespondiert

² Adrian Schmith und Hanna Sakhno (2023): The recession in Russia deepens: Evidence from an alternative tracker of domestic economic activity (online verfügbar).

Fortsetzung Kasten 3

dabei mit dem Rückgang von Importen. Für die Unternehmenstätigkeit zeigt der Tracker eine nur vorübergehende Stabilisierung im Sommer 2022 und eine Verschlechterung im weiteren Verlauf. Laut den Autoren könnte sich hier ein zunehmender Effekt der Sanktionen zeigen. Zudem dürfte sich die durch die Teilmobilisierung verringerte Zahl an Arbeitskräften negativ auf die Produktionskapazitäten auswirken.

Allerdings zeigt die offizielle Statistik ein eher optimistisches Bild des Arbeitskräfteangebots. So ist auffallend, dass offiziell nur eine vorübergehende Abnahme der Erwerbspersonen vor allem im September 2022 gemeldet wird, also im Zuge der Teilmobilisierung. Danach und insbesondere im ersten Quartal 2023 nimmt die Zahl der Beschäftigten um etwa eine halbe Million zu. Dieser Zuwachs ist nur teilweise auf einen Rückgang der als arbeitslos gemeldeten Erwerbspersonen zurückzuführen, so dass neue Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eingetreten sein müssen. Gleichzeitig ist aber eher davon auszugehen, dass immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und sich die Lage am Arbeitsmarkt zunehmend anspannt.³ Hierzu trägt auch die gestiegene Abwanderung insbesondere junger Russen ins Ausland bei. Umgekehrt werden

mit dem Abzug ausländischer Unternehmen zwar grundsätzlich die dort bislang beschäftigten russischen Arbeitskräfte freigesetzt. Dies dürfte aber erst mit Verzögerung wirksam werden, da ausländische Unternehmen teilweise russische Mitarbeiter*innen weiterbeschäftigt und sogar Gehalt gezahlt haben.

Der Rückzug ausländischer Unternehmen verursacht in einzelnen Branchen erhebliche Produktionsausfälle. So dürfte der starke Rückgang der PKW-Produktion auch darauf zurückzuführen sein, dass ausländische Automobilkonzerne ihre Produktion an russischen Standorten eingeschränkt haben. Insgesamt haben nach Angaben der russischen Zentralbank im Zeitraum von März 2022 bis März 2023 ausländische Investoren 36 Milliarden US-Dollar abgezogen.⁴ Produktionsrückgänge bei zivilen Gütern werden von russischen Produzenten wohl kaum rasch kompensiert werden können. Hinzu kommt die Umstellung der Produktion von zivilen auf militärische Zwecke und die Ausweitung der Rüstungsindustrie, was der Berichterstattung allenfalls teilweise unterliegen dürfte, aber rein rechnerisch die gesamtwirtschaftliche Produktion steigert.

³ Hierzu passen auch Meldungen des britischen Verteidigungsministeriums, wonach staatlich unterstützte russische Medien und Unternehmensgruppen das Wirtschaftsministerium ersucht haben, eine Sechs-Tage-Woche offenbar ohne zusätzlichen Lohn einzuführen, 28. Mai 2023.

⁴ Russland Zentralbank: Ausländische Investoren ziehen 36 Mrd. US-Dollar ab. Handelsblatt, Liveblog zum Ukrainekrieg vom 29.05.2023 um 8.38 Uhr

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturelle Belebung nach schwachem Winterhalbjahr

Die deutsche Konjunktur präsentierte sich Ende des vergangenen Jahres zunächst deutlich robuster als noch im Herbst erwartet worden war, trotz Rekordinflation. Dennoch ging die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr in beiden Quartalen zurück; Deutschland befand sich in einer leichten Rezession. Dass das Bruttoinlandsprodukt auch im ersten Quartal 2023 weiter zurückging, lag vor allem am privaten Konsum, der um 1,2 Prozent einbrach. Die positiven Beiträge des Außenhandels, der Ausrüstungsinvestitionen sowie die zu Jahresbeginn unerwartet starken Bauinvestitionen konnten diesen Rückgang nicht wettmachen, so dass das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des Jahres in Summe um 0,3 Prozent zurückging (Abbildung 10).

Der bestimmende Faktor war im ersten Vierteljahr die weiterhin hohe Inflation der Verbraucherpreise und die Unsicherheit, ob und wie schnell sich die Teuerung verlangsamen würde. Zwar verringerte sich der Preisauftrieb der Energiekomponente bereits seit letztem Herbst, aber der im vergangenen Jahr durch die Energiekrise ausgelöste Preisschock hatte sich zu Jahresbeginn in sämtlichen Wirtschaftsbereichen niedergeschlagen und die Preise auf breiter Front steigen lassen. Die Preise für Nahrungsmittel nahmen zudem im ersten Quartal noch einmal kräftig zu, was viele Verbraucher*innen zusätzlich Kaufkraft kostete – insbesondere Haushalte mit geringen bis durchschnittlichen Einkommen, die einen höheren Anteil davon für Lebensmittel aufwenden müssen.

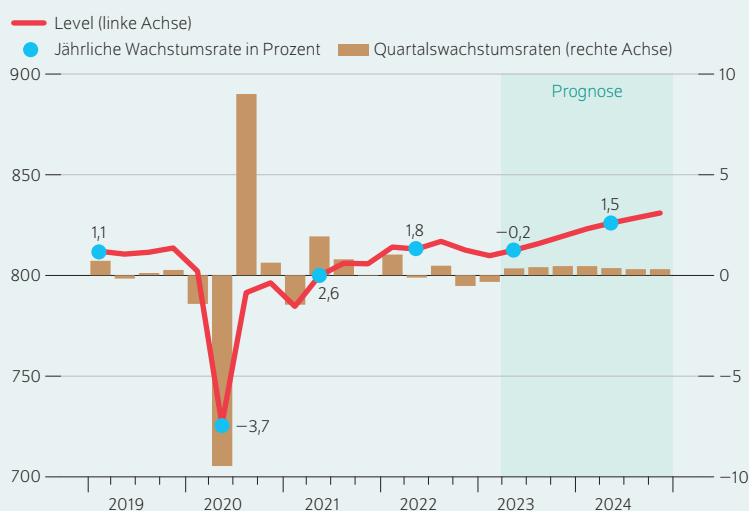
Die Löhne konnten nicht mit den starken Zuwächsen der Verbraucherpreise mithalten – vor allem deshalb sind die Realeinkommen erneut gesunken. Zudem bestanden größere Unsicherheiten über die künftige Lohnentwicklung. Beides hat den privaten Konsum stark belastet. Staatliche Entlastungsmaßnahmen wie die Strom- und Gaspreibremse konnten den privaten Verbrauch zwar stützen, aber den Rückgang nicht vollständig auffangen.

Positive Impulse kamen im ersten Quartal hingegen vom Außenhandel und den Investitionen. Die nach wie vor hohen Auftragsbestände konnten dank der Entspannung der Lieferketten verstärkt abgearbeitet werden und stützten somit die heimische Produktion, die im ersten Quartal zulegen konnte. Neben der Bauproduktion stieg insbesondere auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Vor allem die energieintensiven Wirtschaftszweige konnten von den zurückgehenden Energiepreisen profitieren.

Im laufenden zweiten Quartal dürfte sich der private Konsum wieder erholen, wenn auch nur behutsam, denn die Preisanstiege und Lohnzuwächse dürften sich ungefähr die Waage halten (Abbildung 11). Die Unsicherheiten sowohl über die weitere Entwicklung der Löhne als auch der Inflation

Abbildung 10

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2023, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Die deutsche Wirtschaft wird bereits im zweiten Quartal 2023 wieder wachsen.

haben sich gegenüber dem Jahresbeginn deutlich verringert. So liegen mittlerweile erste Tarifabschlüsse mit deutlichen Lohnsteigerungen vor und ein kontinuierlicher Rückgang der Inflationsraten ist, vor allem aufgrund der weiter nachlassenden Teuerung der Energie und Nahrungsmittel sowie der Basiseffekte,⁹ absehbar. Beides dürfte die Konsumzurückhaltung aus dem Winterhalbjahr größtenteils auflösen.

Kleine positive Beiträge dürften zudem vom Außenhandel kommen. Zwar werden die Exporte voraussichtlich mit robusten Raten zulegen, aber mit anziehendem privaten Verbrauch werden wohl auch die Importe wieder steigen. Dagegen gehen von den Investitionen leicht dämpfende Effekte aus. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal mit 0,3 Prozent wohl wieder deutlich ausgeweitet werden (Tabelle 2).

Die Erholung des privaten Verbrauchs wird sich in der zweiten Jahreshälfte wohl weiter fortsetzen. Maßgeblich dafür ist, dass die Verbraucherpreisinflation im Jahresverlauf weiter

⁹ Der Vorjahresvergleich bezieht sich mittlerweile auf Monate, in denen die Preise infolge des Krieges in der Ukraine bereits im vergangenen Jahr stark gestiegen waren.

Abbildung 11

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2023, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	1,4	0,2	1,2	-1,7	-1,2	0,3	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6	0,5
Öffentliche Konsumausgaben	0,8	0,4	-1,1	0,2	-4,9	2,0	0,7	0,5	0,0	-0,3	-0,4	-0,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-1,2	1,3	-2,6	3,0	-1,0	-0,2	0,3	0,4	0,6	0,8	0,7
Bauten	3,5	-3,1	-1,0	-3,2	3,9	-1,8	-1,0	-0,2	0,4	0,6	0,7	0,8
Ausrüstungen	1,8	1,1	5,4	-3,6	3,2	-0,5	0,6	1,1	0,4	0,7	1,0	0,6
Sonstige Investitionen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,1	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,3	0,7	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,1	0,6	0,9	-1,0	-1,0	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,7	-0,4	0,5	0,7	0,1	0,0	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Export	0,3	0,6	1,5	-1,3	0,4	0,5	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8
Import	0,4	2,3	2,5	-2,4	-0,9	0,4	0,9	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	1,3	-0,6	1,4	-1,1	0,9	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	-0,1	0,8	-0,3	2,0	-0,1	0,4	0,4	0,5	0,6	0,5	0,4
Baugewerbe	1,3	-2,6	-1,8	-2,8	6,1	-1,5	-0,8	-0,1	0,0	0,2	0,3	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,0	-1,7	2,9	-2,6	0,1	0,8	0,8	0,9	0,8	0,6	0,6	0,5
Unternehmensdienstleister	1,7	0,5	-0,1	0,0	-0,4	0,4	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	2,4	-1,4	3,1	-0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

spürbar zurückgehen dürfte. Die Verlangsamung der Energie- und Nahrungsmittelinflation hat sich deutlich in Preisindizes wie Produzenten- und Importpreisen niedergeschlagen, die nur noch sehr schwach gestiegen oder bereits wieder gefallen sind. Diese Entwicklung wird sich, zusammen mit den Basiseffekten, weiter auf die Verbraucherpreise übertragen und die Inflation merklich verlangsamen. Gleichzeitig wird die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen annahmegemäß weiter erhöhen, um der nach wie vor vergleichsweise hohen Verbraucherpreisinflation im Euroraum zu begegnen (Kasten 1). Die Kerninflationsrate dürfte aufgrund der steigenden Löhne und des dadurch entfaltenen Preisdrucks indes langsamer zurückgehen als die Inflation insgesamt. War der Preisauftrieb im vergangenen Jahr durch Nahrungsmittel und insbesondere Energie weitestgehend importiert, dürften nun die Preissteigerungen der anderen Komponenten des Warenkorbs die Inflation insgesamt antreiben.

Mit den sinkenden Inflationsraten, den bereits vereinbarten Lohnsteigerungen und Inflationsausgleichsprämien in vielen Branchen sowie bevorstehenden weiteren kräftigen Lohnsteigerungen in Branchen mit auslaufenden Tarifverträgen dürften die realen Einkommen ab der zweiten Jahreshälfte erstmals wieder mit soliden Raten steigen. Der private Konsum wird dann wieder stärker zur wirtschaftlichen Expansion beitragen (Tabelle 3). Zwar dämpft der Außenhandel leicht, da die Importe zum Jahresende stärker steigen

werden als die Exporte, und auch die Bauinvestitionen entwickeln sich aufgrund hoher Baupreise und stark gestiegener Hypothekenzinsen schwach. Doch die insgesamt robuste inländische Verwendung stützt die anziehende konjunkturelle Dynamik. Dabei kommt die Wertschöpfung insbesondere aus den Dienstleistungsbereichen. Die Dynamik in der Industrie dürfte in der zweiten Jahreshälfte eher schwach sein, wie die sich eintrübenden Frühindikatoren andeuten. Die Geschäftsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Auftragseingänge und Produktionsaktivität haben sich zuletzt eingetrübt (Abbildung 12). Dazu kommt, dass die Bauproduktion nach dem Zwischenhoch im ersten Quartal den Abwärtstrend des vergangenen Jahres fortsetzen dürfte.

Auch im Jahr 2024 wird der private Konsum die wirtschaftliche Erholung wohl maßgeblich tragen, obgleich der private Verbrauch im Vergleich zum laufenden Jahr wohl wieder etwas an Dynamik verlieren wird. Verhalten positive Beiträge kommen dann auch von den Investitionen, da sich sowohl die Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen im Jahresverlauf leicht erholen werden. Der Außenhandel hingegen dürfte im Zuge robust steigender Importe die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts erneut eher dämpfen.

Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2023 aufgrund des schwachen Winterhalbjahres preisbereinigt um 0,2 Prozent zurückgehen und im nächsten Jahr dann um solide 1,5 Prozent steigen. Aufgrund der

Kasten 4

Produktionspotenzial

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.¹ Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.²

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der 2021 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (mittleres Szenario zwischen „moderater Wanderungssaldo“ und „hoher Wanderungssaldo“) fortgeschrieben.³ Diese Projektion geht von einem Anstieg der Nettozuwanderung auf 335 000 Personen im Jahr 2023 aus, bevor diese Zahl bis Ende 2026 wieder langsam zurückgeht. Diese Annahme muss infolge der hohen Zuwanderung Geflüchteter im Jahr 2022, vor allem aus der Ukraine, angepasst werden. Denn im Jahr 2022 erreichte die Nettozuwanderung eine Rekordhöhe seit 1950 und betrug knapp 1,46 Millionen Personen.⁴ Unter diesen Bedingungen wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland insgesamt noch bis zum Jahr 2024 zunehmen, danach aber im Zuge der Alterung allmählich sinken. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwander*innen und den Nicht-Erwerbszuwander*innen werden die Werte aus

dem Ausländerzentralregister angesetzt.⁵ Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend zu einer gewichteten Quote zusammengefasst. Angefangen mit 74,5 Prozent im Jahr 2021 geht sie über die mittlere Frist zurück. Auch die natürliche Erwerbslosenquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2023 bei 3,2 Prozent und geht 2025 auf 2,9 Prozent zurück. Auf diesem Niveau bleibt sie bis 2027.

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens dürfte bis 2027 bei –0,4 Prozentpunkten liegen. Bis 2023 wird sie hauptsächlich durch die wachsende Erwerbsbevölkerung getrieben, danach durch einen Abwärtstrend bei der Arbeitszeit. Die Partizipationsquote geht bis 2027 zurück. Außerdem wird auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2024 bis 2027 einen negativen Wachstumsbeitrag leisten. Alles in allem dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2027 damit einen Wachstumsbeitrag von durchschnittlich –0,2 Prozentpunkten leisten.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von 0,4 Prozentpunkten und der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,5 Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotenzial bis 2027 um jahresdurchschnittlich 0,7 Prozent zunehmen wird, wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken werden (Tabelle).

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nr. 420.

² Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36, 715–736 (online verfügbar).

³ Statistisches Bundesamt (2021): Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035.

⁴ Statistisches Bundesamt (2023): Tabelle „Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland, Zugezogene, Fortgezogene und Saldo. Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2022“ (online verfügbar).

⁵ Rund 90 Prozent der aus der EU Zugewanderten sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-EU-Zuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt – Genesis-Online.

Tabelle

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte				
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Tausend	in Tausend	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2017	44 251	39 978	1 389	3 023	70 114	50	3 026	100
2022	45 573	41 665	1 340	3 255	71 429	53	3 870	119
2027	45 868	42 028	1 346	3 403	74 187	55	4 410	130
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2022/2017	0,93	1,23	–0,74	1,24	0,31	1,05	4,18	2,89
2027/2022	0,16	0,22	0,11	1,11	0,95	0,84	3,32	2,23

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

Tabelle 3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge ¹		
	2022	2023	2024
Konsumausgaben	2,7	-1,2	1,5
Private Haushalte	2,4	-0,6	1,4
Staat	0,3	-0,6	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,0	0,2
Bauten	-0,2	-0,2	0,0
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,4	0,4	0,0
Inländische Verwendung	3,1	-0,7	1,8
Außenbeitrag	-1,3	0,5	-0,2
Exporte	1,6	0,4	1,5
Importe	2,9	-0,1	1,7
Bruttoinlandsprodukt ²	1,8	-0,2	1,5

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Rezession hat sich die Produktionslücke zuletzt nach unten ausgeweitet. Bis zum Ende des kommenden Jahres dürfte sie zwar wieder abnehmen, aber noch nicht geschlossen sein (Kasten 4). Die Inflation wird in diesem Jahr im Schnitt wohl 5,9 Prozent betragen. 2024 wird sie dann noch bei jahresdurchschnittlich 2,5 Prozent liegen und zum Ende des Jahres wieder in etwa die Zielmarke der EZB von zwei Prozent erreichen (Tabelle 4). Die Energiekomponente wird die Inflation insgesamt bereits dämpfen, während die Kernrate wohl noch länger hoch bleibt; sie dürfte im Jahresdurchschnitt 2023 bei 5,6 Prozent und 2024 bei 2,8 Prozent liegen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig und dürfte die konjunkturelle Erholung stützen. Die Nachfrage nach Personal ist zuletzt wohl etwas zurückgegangen, aber aus Mangel an qualifizierten Arbeitskräften dürften die Unternehmen in vielen Bereichen ihren Personalbestand halten und in einigen Branchen wie Information und Kommunikation, Unternehmensdienstleistungen und Gesundheit die Erwerbstätigkeit ausbauen.

Nur von einigen der umfangreichen finanzpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Energiekrise dürften deutliche positive Impulse für die weitere konjunkturelle Entwicklung ausgehen. Viele Maßnahmen wie die Strom- und Gaspreisbremse dürften den Großteil ihrer Wirkung bereits entfaltet haben. Es ist damit zu rechnen, dass die Staatsausgaben über den Prognosezeitraum moderater als in den Jahren zuvor ansteigen werden, da pandemiebedingte Programme und Maßnahmen aus den Entlastungspaketen im Rahmen der Energiekrise auslaufen.

Insgesamt dürfte das Defizit in diesem und im kommenden Jahr auf 2,4 und 1,4 Prozent in Relation zum nominalen BIP sinken.

Das größte Risiko für die deutsche Konjunktur bleibt eine anhaltend hohe Inflation. Dadurch könnten die realen Einkommen erst später wieder steigen, was die Erholung des privaten Konsums verlangsamen und die konjunkturelle Erholung somit gefährden oder zumindest verzögern würde. Zudem könnte, sollte dies für den gesamten Euroraum gelten, die Geldpolitik in diesem Fall mittels restriktiverer Maßnahmen gegensteuern, was weitere negative Folgen für die Realwirtschaft hätte.

Arbeitsmarkt weiterhin robust

Nachdem sich der Beschäftigungsaufbau in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres etwas verlangsamt hatte, war das erste Quartal 2023 trotz konjunktureller Abschwächung von mehr Dynamik geprägt. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um durchschnittlich 51700 Personen pro Monat auf insgesamt 45,9 Millionen Beschäftigte (Abbildung 13). Der Großteil dieses Anstiegs dürfte auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückgehen. Doch auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten setzte ihren seit Mitte des letzten Jahres andauernden Aufwärtstrend fort. Dagegen ging die Zahl der Selbstständigen weiter zurück, wenngleich mit abgeschwächter Dynamik. Insgesamt dürfte die positive Beschäftigungsentwicklung auf die in zahlreichen Branchen nach wie vor hohe Nachfrage nach Fachkräften zurückzuführen sein.

Parallel zum kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau steigt seit Mitte des vergangenen Jahres die Zahl der Arbeitslosen.¹⁰ Überwiegend liegt dies an der erstmaligen Erfassung ukrainischer Geflüchteter – so nahm seit Juni 2022 die Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II stark zu. Zum Jahresende kam dieser Zuwachs zum Erliegen und die Zahl stagnierte im ersten Quartal dieses Jahres auf einem Niveau von 1,7 Millionen Personen. Dass die saisonbereinigte gesamte Arbeitslosenzahl seit Jahresbeginn leicht um 51000 auf 2,57 Millionen Personen (Stand Mai) gestiegen ist, ist somit zu einem größeren Teil der konjunkturabhängigen Zahl der Arbeitslosen in der Arbeitsförderung (nach SGB III) zuzuschreiben.

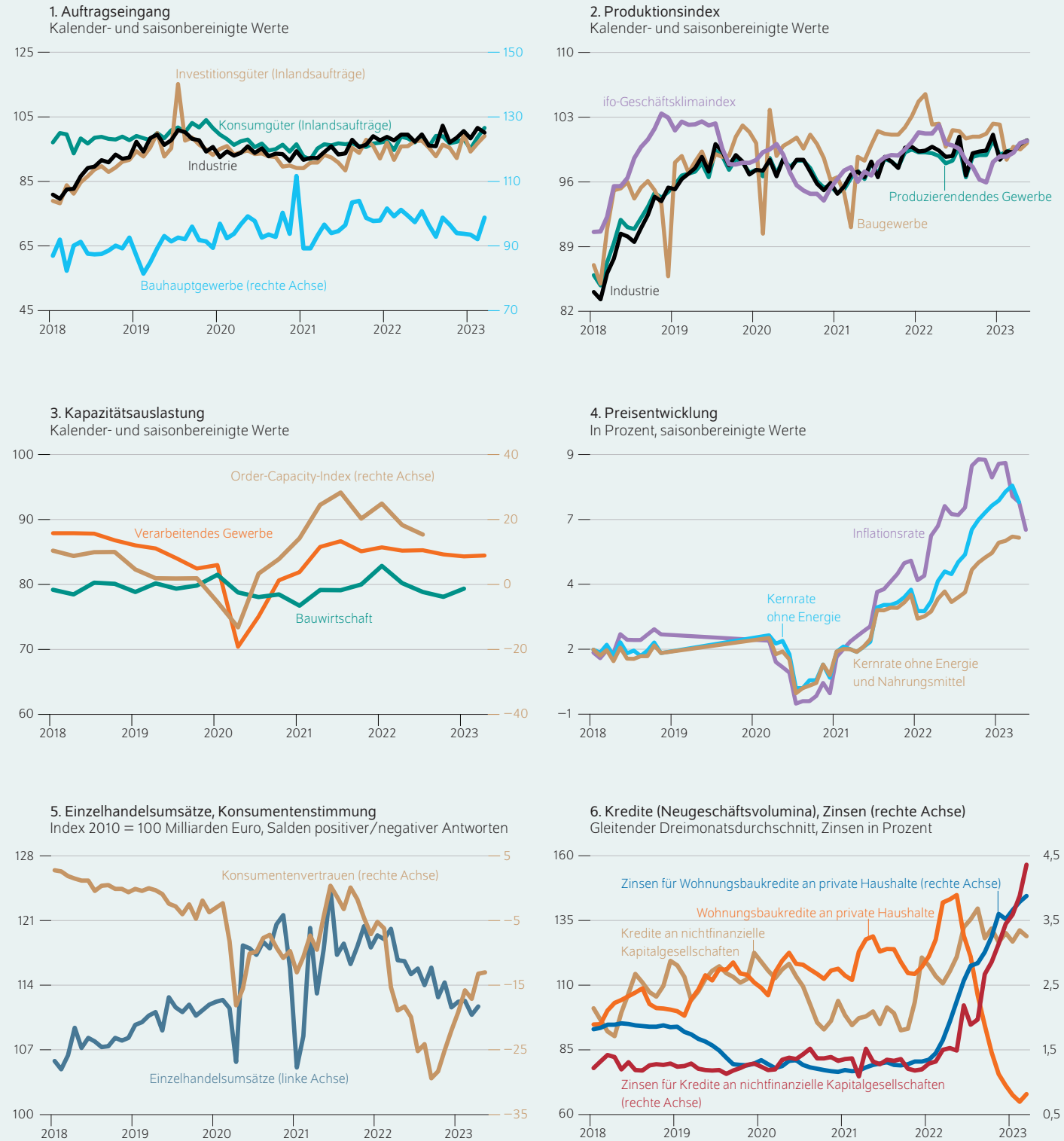
Frühindikatoren deuten im laufenden Quartal auf eine leichte Abschwächung der Beschäftigungsdynamik hin: So fiel laut ifo-Beschäftigungsbarometer die Einstellungsbereitschaft im Dienstleistungsgewerbe im Mai im Vergleich zum Vormonat deutlich – die Beschäftigungserwartungen im Handel waren schon seit März negativ und verschlechterten sich weiter. In der monatlichen Betrachtung wird deutlich, dass die konjunkturelle Abschwächung sich im März

¹⁰ Ein simultaner Anstieg der Arbeitslosenzahl und der Erwerbstätigenzahl ist möglich, wenn die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt zunimmt, zum Beispiel durch höhere Partizipationsraten oder Zuwanderung. Vor allem letzterer Effekt treibt die aktuellen Entwicklungen, auch hinsichtlich des Erwerbstätigenzuwachses.

Abbildung 12

Konjunkturindikatoren für Deutschland

In Prozent (jeweils zum Vorquartal)



Quellen: Statistisches Bundesamt (1), (2), (4), (5); Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung (3); ifo-Institut (2), (3); GfK (5); Deutsche Bundesbank (3), (6).

in einem leichten Rückgang der ausschließlich geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer*innen im Vergleich zum Vormonat geäußert hat. Dieser wird sich wohl auch im laufenden Quartal fortsetzen. Aufgrund des weiterhin ausgeprägten Fachkräftemangels ist allerdings nicht davon auszugehen, dass der Beschäftigungsaufbau in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zum Erliegen kommt. Wahrscheinlich ist jedoch, dass deren Wachstum und somit auch das der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt im laufenden Quartal zunächst schwächer ausfällt. Bis Ende 2024 wird sich zunehmend der negative Effekt der demografischen Alterung auf das Erwerbspersonenpotenzial auswirken. Zwar kann dieser Effekt durch Zuwanderung zunächst noch ausgeglichen werden, im späteren Prognoseverlauf dürfte sich das Wachstum der Erwerbstätigenzahl dann aber deutlich abschwächen.

Im Zuge des schwachen Jahresauftakts dürfte die konjunkturabhängige Arbeitslosigkeit im Frühjahr und Sommer 2023 weiter leicht steigen. Mit einsetzender Erholung ist jedoch damit zu rechnen, dass dieser Anstieg ab Herbst abklingt und die registrierte Arbeitslosenzahl im Jahr 2024 wieder rückläufig sein wird. Im aktuellen Jahr ist somit ein Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,3 auf 5,6 Prozent zu erwarten.¹¹ Im kommenden Jahr dürfte diese dann wieder auf 5,5 Prozent sinken (Tabelle 5).

Reallöhne schließen langsam auf

Trotz stark steigender Verbraucherpreisinflation sind die Tarifverdienste im vergangenen Jahr nominal nur um 2,2 Prozent gestiegen. Deutlich stärker erhöhten sich die nominalen Effektivverdienste, also die tatsächlich von den Arbeitgeber*innen gezahlten Bruttoverdienste, und zwar um 4,1 Prozent. Grund für die hohe Lohndrift¹² dürfte der Abbau der Kurzarbeit, die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns sowie die Auszahlung nicht tariflich festgelegter Inflationsausgleichsprämien gewesen sein.

Vor dem Hintergrund hoher realer Einkommensverluste der Arbeitnehmer*innen fielen die Tarifabschlüsse wichtiger Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie Ende letzten Jahres und des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen im laufenden Jahr höher aus als in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres: Neben deutlichen tabellenwirksamen Tariflohnsteigerungen wurde auch die Maximalsumme von 3000 Euro steuer- und abgabenfreier Sonderzahlungen zum Ausgleich der Inflation voll ausgeschöpft. Mit nur allmählich sinkender Teuerung und anhaltenden Arbeitsangebotsknappheiten dürften weitere Branchen nachziehen; dabei ist mit weiterhin erheblichen Tariflohnsteigerungen im laufenden und kommenden Jahr zu

¹¹ Hier schlägt sich in Teilen der Effekt des statistischen Überhangs nieder: Da die Zahl der registrierten Arbeitslosen zum Jahresende 2022 auf einem höheren Niveau lag als im Jahresdurchschnitt, würde selbst bei keiner Veränderung im laufenden Jahr im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs der Arbeitslosen und somit ein Anstieg der Arbeitslosenquote im Vorjahresvergleich registriert.

¹² Mit der Lohndrift wird der Abstand zwischen den jährlichen Wachstumsraten der Effektiv- und der Tariflöhne bezeichnet.

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2020	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt ¹	-3,7	2,6	1,8	-0,2	1,5
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	44 914	44 980	45 573	45 948	46 052
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 695	2 613	2 418	2 573	2 550
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	5,9	5,8	5,3	5,6	5,5
Verbraucherpreise ⁴	0,5	3,1	6,9	5,9	2,5
Lohnstückkosten ⁵	2,8	0,6	3,3	-4,8	-0,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶					
in Prozent des nominalen BIP	-4,3	-3,7	-2,6	-2,4	-1,4
Leistungsbilanzsaldo					
in Milliarden Euro	238,7	265,0	145,1	214,8	229,5
in Prozent des nominalen BIP	7,0	7,4	3,7	5,3	5,4

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

In Tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	2021	2022	2023	2024
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	60 282	61 078	61 598	62 117
Erwerbstätige Inland	44 980	45 573	45 948	46 052
Arbeitnehmer*innen	41 022	41 665	42 076	42 212
darunter:				
SV Beschäftigte	33 922	34 526	34 818	34 934
Geringfügig Beschäftigte	4 100	4 128	4 204	4 221
Selbstständige	3 958	3 908	3 873	3 840
Pendler*innensaldo	-114	-139	-140	-141
Erwerbstätige Inländer*innen	44 866	45 434	45 809	45 911
Arbeitslose	2 613	2 418	2 573	2 550
Arbeitslosenquote BA ¹ (in Prozent)	5,7	5,3	5,6	5,5
Erwerbslose ²	1 538	1 343	1 305	1 281
Erwerbslosenquote ³ (in Prozent)	3,3	2,9	2,8	2,7

¹ Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

² Definition der ILO.

³ Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer*innen plus Erwerbslose).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

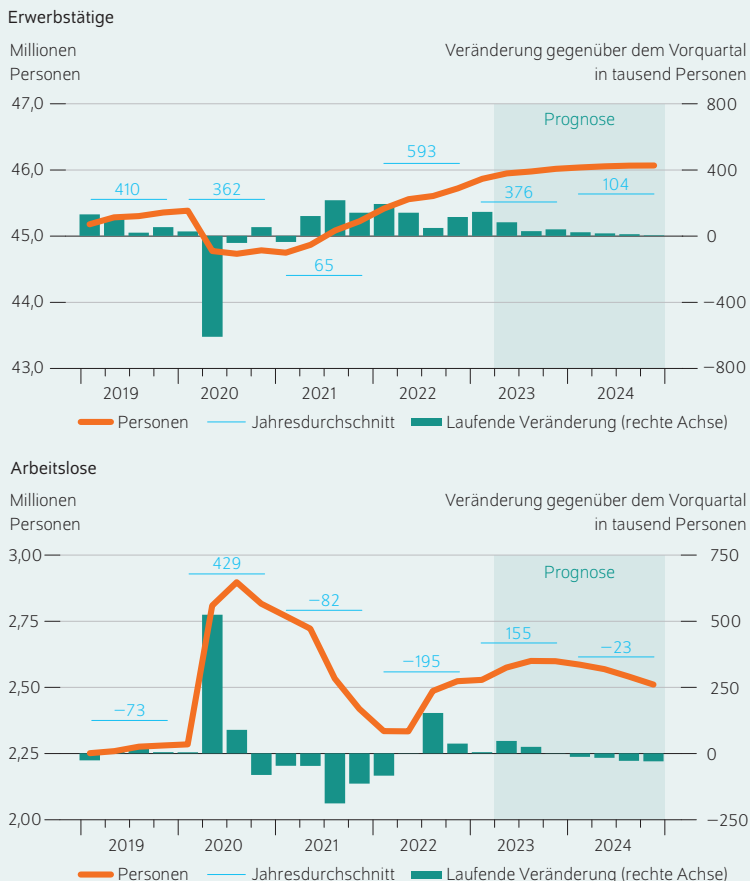
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

rechnen. Insgesamt wird für die Jahre 2023 und 2024 ein Tariflohnzuwachs von 4,9 beziehungsweise 4,6 Prozent und eine Steigerung der Effektivverdienste um 6,3 beziehungsweise 4,8 Prozent erwartet (Tabelle 6). Die höheren Raten für das laufende Jahr ergeben sich dadurch, dass der Wachstumseffekt der Inflationsausgleichsprämien vornehmlich in diesem Jahr zu Buche schlägt. Die Reallöhne dürften damit in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres erstmals seit

Abbildung 13

Erwerbstätige und Arbeitslose in Deutschland Zahl der Personen (saisonbereinigt)



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Arbeitslosenzahl wird nach einem vorübergehenden Anstieg im weiteren Prognoseverlauf wieder sinken.

2019 wieder steigen. Die unterstellte positive Lohndrift im Jahr 2024 hat ihren Ursprung vornehmlich in der weiterhin hohen Arbeitskräfteknappheit.

Inflationsrate geht spürbar zurück

Die Verbraucherpreisinflation in Deutschland ist zuletzt spürbar zurückgegangen. Mit den starken Preisanstiegen vor allem bei Energie, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, war die Teuerungsrate bis auf 8,8 Prozent im Oktober vergangenen Jahres gestiegen und ist auch zu Beginn des Jahres 2023 hartnäckig hoch geblieben (Abbildung 14). Seitdem haben sich die Beiträge der Energiekomponente zur Inflation verringert, sodass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland zuletzt langsamer verlief und im Mai bei 6,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat lag. Neben den Energiepreisen haben auch die Nahrungsmittelpreise seit dem Krieg in der Ukraine wesentlich zu den hohen

Inflationsraten beigetragen. Am aktuellen Rand deutet sich eine Entspannung an. Der Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel war im April und Mai zum ersten Mal seit fast zwei Jahren (zuletzt im Juni 2021) im Vergleich zum Vormonat rückläufig. Teilweise hat sich der starke Preisauftrieb in den Dienstleistungsbereich verlagert, so dass die Dienstleistungskomponente zunehmend zur Inflationsrate beiträgt. Da auch die Güterpreise von Nicht-Energiegütern weiterhin positiv zur Inflation beitragen, lag die Kernrate der Inflation, die die Energiekomponente und Nahrungsmittel ausklammert, im Mai mit 5,4 Prozent weiterhin auf historisch hohem Niveau.

Auch wenn der Preisdruck noch hoch ist, dürften die Inflationsraten in den nächsten Monaten zunehmend geringer ausfallen, da insbesondere die Energiekomponente die Gesamtinflation sogar dämpfen wird. Vorlaufende Indizes wie Import-, Erzeuger- oder Großhandelspreise deuten an, dass über den Prognosehorizont auch die Güterkomponente für deutlich weniger Preisauftrieb sorgen dürfte, als dies im vergangenen Jahr der Fall war. Hinzu kommt die Politik der Europäischen Zentralbank, die der gestiegenen Inflation mit deutlichen Leitzinserhöhungen entgegentritt. Über den Prognosehorizont dürfte die restriktive Geldpolitik zunehmend Wirkung entfalten und die Preise industrieller Güter dämpfen. Es ist zu erwarten, dass aktuelle Tarifverhandlungen sowie vereinbarte und weitere Nominallohnzuwächse die Preise für Dienstleistungen ansteigen lassen und somit der Rückbildung der Kernrate entgegenwirken. Die Verbraucherpreisinflation insgesamt dürfte zum Ende des Prognosezeitraums wieder zum geldpolitischen Ziel der EZB von rund zwei Prozent zurückkehren.

Alles in allem werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr noch um voraussichtlich 5,9 Prozent steigen und im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,5 Prozent, vor allem aufgrund der dann negativen Beiträge der Energiekomponente (Tabelle 4). Die Kernrate wird sich wegen der steigenden Löhne und höherer Nachfrage entsprechend langsamer verringern und auch Ende 2024 noch leicht erhöht bleiben. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie im Jahr 2023 bei 5,6 Prozent und im Jahr 2024 bei 2,8 Prozent liegen.

Privater Konsum erholt sich mühsam

Trotz der infolge des Krieges in der Ukraine gestiegenen Energiepreise bestimmten im vergangenen Jahr zunächst pandemiebedingte Nachholeffekte den privaten Konsum. Zum Jahresende ließen dann aber die merklichen Kaufkraftverluste durch die Rekordinflation sowie Rezessionsängste die Konsumausgaben einbrechen (Abbildung 11). Zwar zeichnete sich Ende letzten Jahres ab, dass die Rezession deutlich milder verlaufen würde als zunächst befürchtet. Doch die stark gestiegenen Verbraucherpreise und die Unsicherheit über deren weiteren Verlauf sowie über die zu erwartenden Lohnsteigerungen belasteten den privaten Konsum auch Anfang dieses Jahres immer noch sehr stark. Die finanzpolitischen Maßnahmen, die zur Abfederung der Energiepreiskrise getroffen wurden, konnten die Belastung

der Verbraucher*innen allenfalls abmildern (Kasten 5). Der private Konsum ging im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal erneut deutlich um 1,2 Prozent zurück und zog die gesamte deutsche Wirtschaft ins Minus. Diese Entwicklung war maßgeblich getrieben durch einen Rückgang bei den Ausgaben für langlebige Konsumgüter. Da die Ausgaben für Konsumgüter des täglichen Bedarfs, allen voran Lebensmittel, stark gestiegen sind, haben viele Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ihre Ausgaben für langlebige Konsumgüter eingeschränkt, um den Konsum von Gütern des täglichen Bedarfs aufrecht zu erhalten, beziehungsweise weniger gespart, um diesen nicht zu sehr einschränken zu müssen. Hingegen haben diejenigen Haushalte, denen es aufgrund ihrer höheren Einkommen möglich war, wohl Vorsichtersparnisse wegen der hohen Ausgaben- und Lohnunsicherheit gebildet. Im Mittel sank die Sparquote daher leicht um 0,1 Prozentpunkte und lag im ersten Quartal 2023 bei 11,2 Prozent.

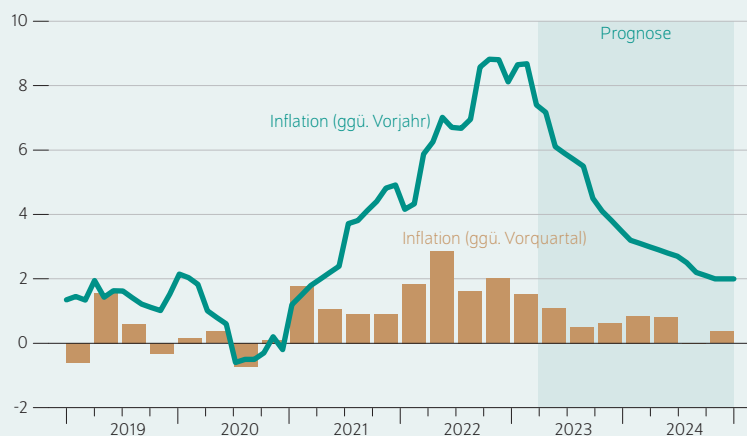
Gleichwohl deutet sich ab dem laufenden Quartal eine zunächst schleppende, aber robuste Erholung des privaten Konsums an. Für eine leichte Erholung sprechen auch die Umsätze im Einzelhandel im April, die zuletzt im Monatsvergleich zulegen konnten (Abbildung 12). Diese Entwicklung wird maßgeblich gestützt von den deutlichen Rückgängen bei der Verbraucherpreisinflation. Zusammen mit den kräftigen Lohnzuwächsen zum Jahresauftakt reduzieren sich damit auch die Unsicherheiten über die Inflations- und Lohnentwicklung substanziell. In Kombination mit weiterhin merklich steigenden Löhnen und Gehältern – auch durch die gezahlten Inflationsausgleichsprämien – dürfte dies dazu führen, dass die Reallöhne ihren Abwärtskurs der vergangenen drei Jahren beenden und ab der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich zunehmen. In der Folge dürften auch die realen verfügbaren Einkommen und damit die Kaufkraft der privaten Haushalte zunächst schleppend, aber ab der zweiten Jahreshälfte mit zunehmendem Tempo zulegen.

Im Laufe des Jahres dürften die privaten Konsumausgaben dann mit zurückgehenden Inflationsraten, steigenden Real-einkommen und der sich belebenden Binnenkonjunktur etwas stärker zulegen. Zudem dürften die ergriffenen staatlichen Maßnahmen wie die Strom- und Gaspreisbremse die Sorgen der Haushalte über die Kosten zukünftiger Anstiege der Energie- und Strompreise deutlich verringert haben. Damit wird sich die Sparquote dem Durchschnittswert des Vorpandemiejahres 2019 von 10,8 Prozent wohl weiter graduell annähern. Insgesamt dürften die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr wegen des sehr schwachen Jahresauftakts noch um deutliche 1,2 Prozent zurückgehen,¹³ bevor sie im nächsten Jahr dann wohl kräftig um 2,7 Prozent ausgeweitet werden (Tabelle 2).

¹³ Da das letzte Quartal 2022 von einem deutlich niedrigeren privaten Konsumniveau geprägt war als der Jahresdurchschnitt des gleichen Jahres, entsteht ein statistischer Überhang: Demnach würde sich selbst bei gleichbleibendem Konsum in allen Quartalen des Jahres 2023 eine negative Wachstumsrate im Vorjahresvergleich ergeben – allein aufgrund des niedrigeren Ausgangsniveaus, des negativen Überhangs aus 2022.

Abbildung 14

Verbraucherpreisinflation in Deutschland In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Die Verbraucherpreisinflation hat ihren Höhepunkt hinter sich gelassen.

Tabelle 6

Entwicklung der Löhne¹ in Deutschland In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr)

	2020	2021	2022	2023	2024
Durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-3,88	1,61	0,01	0,02	0,61
Verdienst je Arbeitnehmer*in	-0,09	3,27	4,12	6,27	4,80
Verdienst je Stunde der Arbeitnehmer*innen	3,35	1,56	4,27	5,45	3,99
Lohnrifi (Arbeitnehmer*in)	-2,25	1,95	1,94	1,41	0,20
Tariflohn (Monat)	2,15	1,32	2,18	4,86	4,60

¹ Inlandskonzept.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Der Staatskonsum ist im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen. Maßgeblich verantwortlich dafür ist das Auslaufen vieler Maßnahmen, die im Zuge der Corona-Pandemie aufgesetzt wurden, zur Jahresmitte 2022. Durch das Zurückfahren weiterer pandemiebezogener Programme wird der Staatskonsum im laufenden Jahr insgesamt gegenüber 2022 sinken und im Jahr 2024 wieder auf seinen langfristigen Wachstumstrend zurückkehren.

Ausrüstungsinvestitionen: Starke Dynamik nicht aufrechtzuerhalten

Nach einem Dämpfer zum Jahresende 2022 (minus 3,6 Prozent) machten die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen im ersten Quartal einen deutlichen Sprung nach oben und stiegen um 3,2 Prozent. Sie konnten die deutsche Wirtschaft zum Jahresende somit zumindest teilweise stützen. Grund dafür dürfte vor allem die merkliche Entspannung der Lieferketten gewesen sein, die zu einem Nachholeffekt bei der Produktion führte: Im Durchschnitt stieg die Investitionsgüterherstellung im Vergleich zum vierten Quartal um 1,7 Prozent. Die schwache Auslandsnachfrage setzte darüber hinaus Kapazitäten für die Abarbeitung heimischer Aufträge frei. Dabei wurde die Dynamik von den privaten Investor*innen bestimmt, die ihre Anschaffungen um fünf Prozent ausweiteten und damit erstmals wieder knapp das vorpandemische Level erreichten. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen gingen dagegen um gut 18 Prozent zurück.

Die insgesamt starke Dynamik dürfte sich im laufenden Quartal aber schon wieder abschwächen. Zwar sind die Auftragsbestände mit einer Reichweite von gut sieben Monaten weiterhin hoch, allerdings ging die Investitionsgüterproduktion im April im Monatsvergleich bereits zum zweiten Mal in Folge zurück. Auch Neuaufräge und Stimmungsbild waren zuletzt gedämpft; Investitionsgüterhersteller klagten laut aktueller Umfragen des ifo-Instituts im Mai vor allem über die schlechte Auftragslage und sinkende Produktion – viele Unternehmen beschränken sich in Anbetracht des sich nur allmählich erholenden weltwirtschaftlichen Umfelds darauf, ihre Maschinen instandzuhalten und wo nötig zu ersetzen. Eine Ausweitung der Kapazitäten steht aber vielerorts derzeit nicht auf dem Plan. Auch die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie die stark gestiegenen Zinsen dämpfen die Investitionsfreude. Somit dürften die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal leicht sinken.

Über den weiteren Prognosezeitraum ist mit einem erneuten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Im Zuge der welt- und binnenwirtschaftlichen Erholung dürften Unternehmen zumindest einige aufgeschobene Projekte in Auftrag geben. Zudem stützen weiter nachlassende Lieferengpässe die Produktion. Ein starker Investitionsschub ist dabei zunächst jedoch nicht zu erwarten, denn auch wenn der Höhepunkt der Zinsentwicklung wohl bald erreicht ist, dürften die hohen Zinsen weiterhin bremsend auf die Investitionstätigkeit wirken. Positive Impulse dürften ab der zweiten Jahreshälfte von den Militärausgaben der öffentlichen Hand kommen.

Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr dank des starken Jahresauftakts um voraussichtlich 2,9 Prozent zunehmen. Für das kommende Jahr ist mit einem Wachstum von 2,3 Prozent zu rechnen (Tabelle 7).

Kasten 5

Verteilungswirkung der Entlastungspakete im Zusammenhang mit der Energiekrise

Im Zuge des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrise hat die Bundesregierung seit dem Frühjahr 2022 umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen beschlossen. Da höhere Energie- und Strompreise vor allem Haushalte mit geringeren Einkommen belasten und den privaten Konsum dieser Haushalte besonders drosseln, ist es aus konjunktureller und verteilungspolitischer Sicht besonders wichtig, dass die beschlossenen Maßnahmen der ungleichen Haushaltsbelastung Rechnung tragen. Im Folgenden werden Ergebnisse der Wirkungssimulationen der Entlastungspakete und des wirtschaftlichen Abwehrschirms auf den privaten Verbrauch verschiedener Einkommensquintile anhand eines Heterogenen-Agenten-Modells vorgestellt. Die Berechnungen sind Teilergebnisse des vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) beauftragten und unter anderem von der Abteilung Makroökonomie des DIW Berlin erstellten Kurzgutachtens „Makroökonomische Effekte der finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Entlastungspakete I – III sowie des wirtschaftlichen Abwehrschirms“. Zur Analyse der Auswirkung der Energiekrise und zur Bewertung der makroökonomischen Wirkung der Maßnahmen wird ein sogenanntes Zwei-Länder-Dynamisch-Stochastisches-Gleichgewichts-Modell des Euroraums mit heterogenen Agenten und Energiesektor herangezogen.

Der Großteil der Maßnahmen ist in den drei Entlastungspaketen und dem wirtschaftlichen Abwehrschirm enthalten. Die drei Entlastungspakete (ohne Strom- und Gaspreisbremse) umfassen in den Jahren 2022 bis 2025 rund 279 Milliarden Euro und der wirtschaftliche Abwehrschirm (inklusive Finanzierung der Gas- und Strompreisbremse) rund 195 Milliarden Euro. Dabei entfallen 45 Prozent der Gesamtausgaben auf die Jahre 2022 und 2023 (Tabelle). Steuerentlastungsmaßnahmen haben einen Anteil von rund 50 Prozent an den Gesamtausgaben und die Gas- und Strompreisbremse einen Anteil von rund 22 Prozent.

Um die Wirkungsweise der vielfältigen Maßnahmen der Entlastungspakete und des Abwehrschirms zu modellieren, werden die Maßnahmen in fünf Kategorien eingeordnet: steuerliche Entlastungsmaßnahmen (143,5 Milliarden Euro), Transferzahlungen für den Gas- und Energieverbrauch (118 Milliarden Euro), soziale Transfers (72 Milliarden Euro), Stabilisierung

Bauinvestitionen: Schwierige Lage verfestigt sich trotz Zwischenhoch

In Zeiten einer sehr angespannten Lage am Bau brachte das erste Quartal ein kurzes Zwischenhoch: In allen Sparten wurden die Investitionen deutlich ausgeweitet. Vor allem der Wohnungs- (plus 4,2 Prozent) sowie der öffentliche Bau (plus

Tabelle

Maßnahmen der Bundesregierung zum Umgang mit den hohen Energiekosten

In Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025	2026	Gesamt
Entlastungspakete 1–3 (ohne Strom- und Gaspreisbremse)	44,6	58,6	63,5	58,9	53,6	279,2
Wirtschaftlicher Abwehrschirm	35,1	121,2	25	7	7	195,3

Anmerkung: Für das Jahr 2023 ist der Stand des Haushaltsgesetz 2023, für die restlichen Jahre handelt es sich um technische Annahmen.

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

des Gasmarktes (48,1 Milliarden Euro) sowie Subvention des Gas- und Energieverbrauchs (32,1 Milliarden Euro).

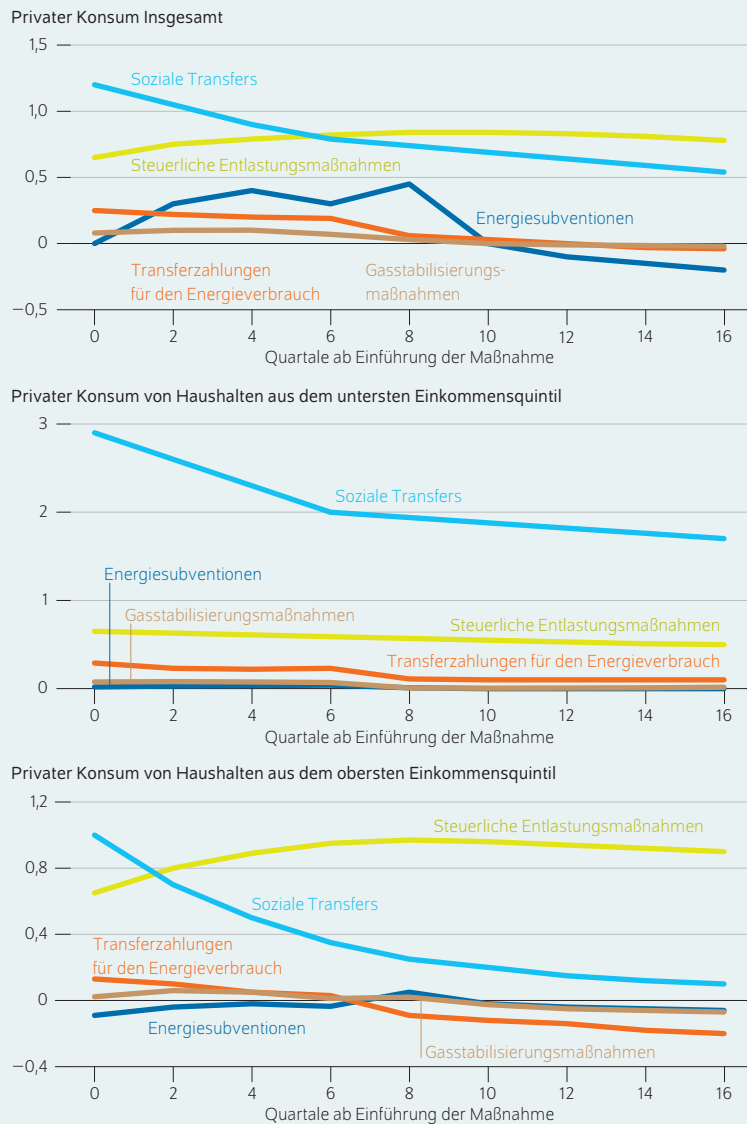
Bei Betrachtung der aggregierten Auswirkungen der Maßnahmen auf den privaten Verbrauch zeigt sich, dass die steuerlichen Maßnahmen sowie die sozialen Transfers den größten Effekt haben, gefolgt von den Transferzahlungen für Energieverbrauch (Abbildung). In der Summe stützen die fiskalpolitischen Maßnahmen den Konsum im ersten Wirkungsjahr um 2,3 Prozentpunkte.

Zudem lässt sich die Wirkung der fünf Maßnahmenkategorien auf den privaten Verbrauch entlang der Einkommensverteilung analysieren: Vor allem die sozialen Transferleistungen, die Transferzahlungen für den Energieverbrauch und die Maßnahmen zur Stabilisierung des Gasangebots können die Unwucht der Belastung ausgleichen und stützen den privaten Verbrauch der Haushalte in den unteren Quintilen der Einkommensverteilung deutlich mehr als den der Haushalte mit höherem Einkommen. Die Energiesubventionen haben zwar auch eine umverteilende Wirkung, sind aber weniger bedeutend für den privaten Verbrauch. Die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen sind hingegen wirkungsstark, aber begünstigen die Haushalte mit höherem Einkommen etwas mehr.

Abbildung

Reaktion des privaten Konsums auf die Einführung fiskalpolitischer Maßnahmen zur Abmilderung der Energiekrise

In Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Die steuerlichen Maßnahmen und sozialen Transfers haben den größten Effekt auf den privaten Konsum..

4,5 Prozent) konnten kräftige Zuwächse verzeichnen. Dabei profitierte insbesondere das Ausbaugewerbe, das seine Produktion im ersten Quartal um knapp acht Prozent gegenüber dem Vorquartal ausweiten konnte. Nach einem schwachen Jahr 2022 blieben die Bauinvestitionen dennoch deutlich hinter den Höchstwerten der Jahre 2020 und 2021 zurück. Im laufenden Quartal dürfte das Zwischenhoch bereits wieder

beendet sein und sich der Abwärtstrend des vergangenen Jahres fortsetzen.

Besonders im Wohnungsbau ist die Lage kritisch. Baugenehmigungen und Auftragseingänge sind seit Anfang 2022 auf Talfahrt und konnten sich zwischenzeitlich nur leicht erholen, sodass das Auftragspolster immer weiter schrumpft:

Tabelle 7

Reale Investitionen

In Prozent (konstante Preise)

	2023	2020	2021	2022	2023	2024
	Anteile in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,6	4,6	0,6	-2,1	-2,5	-0,7
Nichtwohnungsbau	38,4	2,8	-0,9	-1,3	-0,7	0,9
Gewerblicher Bau	26,3	0,8	0,1	-1,9	-0,9	0,7
Öffentlicher Bau	12,1	7,2	-2,9	0,2	-0,2	1,1
Bauinvestitionen	100,0	3,9	0,0	-1,8	-1,9	-0,1
Ausrüstungen		-11,0	3,5	3,3	2,9	2,3

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 8

Indikatoren zur Außenwirtschaft

In Prozent bzw. Milliarden Euro

	2022	2023	2024
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
Exporte, preisbereinigt	3,4	0,9	3,2
Waren	1,8	0,2	3,0
Dienstleistungen	10,1	3,4	3,9
Importe, preisbereinigt	6,9	-0,2	3,9
Waren	3,3	-2,5	4,0
Dienstleistungen	19,6	7,6	3,7
Terms-of-Trade	-4,6	2,5	1,0
	In Milliarden Euro		
Außenbeitrag, nominal	75,9	143,1	154,3

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Enorm gestiegene Baupreise, striktere Auflagen für Förderprogramme und die rapide gestiegenen Zinsen fordern ihren Tribut, Haushalte zögern Bauprojekte hinaus oder können sich diese schlicht nicht mehr leisten – selbst wenn sie bereits genehmigt sind. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften daher im Jahresverlauf zurückgehen. Dabei wird wohl zumindest ein Teil des Rückgangs durch Zuwächse im Ausbaugewerbe aufgefangen werden, da Gebäudesanierungen und Energieeffizienzmaßnahmen zunehmend an Bedeutung gewinnen und Neubaumaßnahmen ersetzen. So entwickelte sich die Produktion hier auch im April stärker als in allen anderen Sparten. Wegen des enormen Bedarfs an Wohnraum, einer sinkenden Baupreisinfation und der Schaffung neuer Förderprogramme¹⁴ dürfte die Talfahrt des

¹⁴ So trat beispielsweise das Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“ der KfW, das Familien mit Kindern beim Neubau unterstützt, zum 1. Juni in Kraft.

Wohnungsbaus aber bald stoppen: Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich nur noch leicht sinken und dabei vor allem ab der zweiten Jahreshälfte wieder etwas Fahrt aufnehmen.

Im Wirtschaftsbau wird der Rückgang in diesem Jahr wohl weniger deutlich ausfallen. Erstens war das Wachstum hier zu Jahresbeginn geringer, sodass eine weniger starke Gegenbewegung im aktuellen Quartal zu erwarten ist. Zweitens waren vor allem im Tiefbau zuletzt wieder stärkere Auftragsgänge und ein steigender Auftragsbestand zu verzeichnen. Zwar machen die gestiegenen Zinsen die Finanzierung von Neubauprojekten für Unternehmen teurer, die Baupreisentwicklung dürfte sich aber in diesem Jahr beruhigen und für eine bessere Planbarkeit von Kosten sorgen. Im Jahresverlauf dürften sich die Investitionen im Wirtschaftsbau daher weniger schwach entwickeln als im Wohnungsbau und mit dem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung im kommenden Jahr wieder etwas anziehen. Spürbare Impulse sind dann auch von den öffentlichen Auftraggebern zu erwarten, wenn die angelegten Mittel insbesondere für den Infrastrukturausbau (Bundesverkehrswegeplan und Breitbandausbau) vermehrt in Projekte umgesetzt werden (Tabelle 7).

Nach zwei Jahren extremer Preisanstiege zeichnete sich auf den Materialmärkten in den vergangenen Monaten zumindest teilweise eine leichte Beruhigung ab. Zwar stiegen die Preise für Bitumen aufgrund von Produktionsengpässen zuletzt wieder an, gleichzeitig gingen die Preise für Holz und Stahl aber deutlich zurück. Der enorme Preisauftrieb dürfte sich somit über den Prognoseverlauf – wenn auch langsam – abschwächen. So meldeten etwa 80 Prozent der befragten Unternehmen in der Frühjahrsumfrage des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, dass sie nur noch leicht steigende oder gleichbleibende Einkaufspreise erwarteten. Nichtsdestotrotz dürfte die Baupreisinfation, weil die Materialkosten hoch bleiben und Bauunternehmen diese erst nach und nach an ihre Auftraggeber*innen weitergeben können, auch in diesem Jahr noch kräftig ausfallen und sich erst im kommenden Jahr normalisieren.

Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr um voraussichtlich 1,9 Prozent zurückgehen und im kommenden Jahr erneut sinken, wenngleich nur noch leicht um 0,1 Prozent (Tabelle 7).

Außenhandel: Optimismus noch verhalten

Die verhaltene Entwicklung der globalen Konjunktur wirkt nach wie vor dämpfend auf den deutschen Außenhandel. Nach einem schwungvollen Jahresauftakt brachen die Ausfuhren im März ein, sodass sich für das erste Quartal insgesamt ein Wachstum von nur 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal ergibt. Während die Dienstleistungsexporte kräftig zulegten, gaben die Warenexporte leicht nach. Dabei waren insbesondere chemische Erzeugnisse, deren Erholung trotz sinkender Rohstoffpreise noch auf sich warten lässt, sowie die Automobilindustrie von einem starken Rückgang betroffen. Die Maschinen-, Metall- und Kunststoffexporte verzeichneten dagegen ein starkes erstes Quartal.

Kasten 6

Impulse der finanzpolitischen Maßnahmen auf privaten Konsum und Bruttoinlandsprodukt

Die finanzpolitischen Maßnahmen werden im Jahr 2023 in Summe leicht expansiv sein und um voraussichtlich 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im kommenden Jahr hingegen werden die finanzpolitischen Maßnahmen mit einem Rückgang von voraussichtlich 0,4 Prozent des BIP etwas restriktiver als im Vorjahr sein.

Viele der fiskalischen Maßnahmen beider Jahre betreffen private Haushalte. Um die Impulse für den privaten Konsum und das Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung ihrer Verteilungswirkungen abzuschätzen, kommt ein DSGE-Modell mit zwei verschiedenen Haushaltstypen zum Einsatz (TANK-Modell). Dazu wird zunächst unterschieden, in welchem Umfang die Maßnahmen die einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte betreffen und wie die übrigen Haushalte profitieren oder belastet werden.

Die einkommensschwächsten 40 Prozent beziehen ungefähr 20 Prozent des verfügbaren Einkommens. Diese Haushalte unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Einkommenshöhe vom Rest der Haushalte, sondern – mit einer Sparquote von Null – auch in ihrem Sparverhalten. Diese Haushalte werden als liquiditätsbeschränkte (LC) Haushalte bezeichnet. Gemäß ihrer Wirkung auf die beiden Haushaltstypen werden die finanzpolitischen Maßnahmen in vier Kategorien eingeteilt:

- Maßnahmen, die nur LC-Haushalte betreffen
- Maßnahmen, die alle Haushalte pro Kopf betreffen
- Maßnahmen, die alle Haushalte proportional zu ihrem Einkommen betreffen
- Maßnahmen, die nur die einkommensstarken Haushalte betreffen

Aufgrund des unterschiedlichen Konsumverhaltens der beiden Haushaltstypen wird der Konsumeffekt in der ersten Kategorie am höchsten sein und über die weiteren drei Maßnahmenkategorien abnehmen. Zu den Maßnahmen, die vornehmlich die einkommensschwachen Haushalte entlasten, zählen die BAföG-Anpassung sowie die Einführung des Bürgergeldes. Das Auslaufen des dritten Entlastungspaketes (mit Zahlungen für Rentner*innen und Student*innen) reduziert das Einkommen der LC-Haushalte über den Prognosezeitraum. Für 2024 ergibt sich eine Erhöhung hauptsächlich durch die Preissenkung im Personennahverkehr.

Zu den Maßnahmen, die beide Haushaltstypen pro Kopf entlasten, gehört die Anhebung des Kindergeldes. Das Auslaufen von Pflege-

Tabelle

Effekte der fiskalpolitischen Maßnahmen in den Jahren 2023 und 2024

In Milliarden Euro

	Entlastung 2023 zu 2022		Entlastung 2024 zu 2022	
	Alle Haushalte	LC-Haushalte	Alle Haushalte	LC-Haushalte
Kategorie				
1	2,9	2,9	1,2	1,2
2	12,3	4,9	-1,5	-0,6
3	1,4	0,3	-18,2	-3,6
4	13,9	0	16,2	0

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

und Kinderbonus reduziert das Einkommen. Die Strom- und Gaspreisbremse wird Haushalte entsprechend ihrer Energiekosten und somit ihres Einkommens im Jahr 2023 entlasten. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus Erhöhungen der Beiträge für die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, sodass sich insgesamt nur eine geringe Nettoentlastung ergibt. Diese werden auch zu einer Erhöhung der Belastung im Jahr 2024 beitragen. Weitere Belastungen, zum Beispiel aus der CO₂-Bepreisung und dem Wegfall der temporären Umsatzsteuersenkung, werden im kommenden Jahr hinzukommen. Haushalte mit höherem Einkommen werden sowohl 2023 als auch 2024 durch das Inflationsausgleichsgesetz entlastet.

Insgesamt werden die fiskalpolitischen Maßnahmen 2023 das Einkommen der privaten Haushalte um 0,76 Prozent des BIP erhöhen und 2024 um 0,06 Prozent des BIP gegenüber 2022 senken (Tabelle). Die einkommensschwachen Haushalte werden um etwa 0,2 Prozent des BIP entlastet, während die höheren Einkommensgruppen um circa 0,5 Prozent des BIP entlastet werden. Die Maßnahmen erhöhen den privaten Konsum um etwas mehr als 0,3 Prozent, hauptsächlich durch den fiskalischen Impuls für die einkommensschwachen Haushalte. Haushalte mit höherem Einkommen erhöhen ihren Konsum infolge der Senkung des Einkommensteuertarifs leicht. Positive Rückwirkungen ergeben sich aus einem leichten Anstieg der Beschäftigung und des realen Lohnneinkommens. Der Anstieg des BIP liegt unter 0,1 Prozent.

Für das laufende zweite Quartal deuten die Frühindikatoren auf ein weiterhin verhaltenes Wachstum hin: Die ifo-Exporterwartungen sind im Mai gegenüber dem Vormonat merklich gesunken und zeichnen somit ein trüberes Bild als noch zu Beginn des Frühjahrs. Ebenso haben die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Ausland zuletzt erneut abgenommen und verharren auf niedrigem Niveau. Die saisonbereinigten Exporte stiegen dank

eines kräftigen Zuwachses der Ausfuhren in die Europäische Union im April gegenüber dem Vormonat leicht an. Gleichzeitig zeigten sich insbesondere die Exporte in die Vereinigten Staaten und nach China zuletzt volatil. Die deutsche Exportwirtschaft profitiert aktuell nur teilweise von der wirtschaftlichen Erholung Chinas, da diese – anders als in früheren Aufschwungphasen – eher konsum- als investitionsseitig getragen wird. Daher bleibt die investitionsgüterorientierte

Tabelle 9

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts

In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Jahressteuersatz 2022	–3,1	0,8
Inflationsausgleichsgesetz (Änderungen Einkommensteuertarif)	–13,4	–13,7
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–1,2
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	–5,9	4,6
Viertes Corona-Steuerhilfegesetz (degressive AfA, Home-Office-Pauschale etc.)	–3,3	–1,1
Zweites Corona-Steuerhilfegesetz (Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie)	0	3,0
Energiesteuersenkungsgesetz (Tankrabatt)	3,15	0
Anhebung CO ₂ -Abgabe 2024	1,5	2,3
Erhöhung Lkw-Maut	0,6	0
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	13,5	12,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,5	3,5
Erhöhung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung	3,3	3,3
Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung	2,6	0
Erhöhung der Midijobgrenze	–1,0	0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Inflationsausgleichsgesetz (Anhebung Kindergeld)	–6,3	0
Strom- und Gaspreisbremse	–34,2	25,2
Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	25,0	1,0
Energiepreispauschale (Rentner*innen, Arbeitnehmer*innen, Student*innen und Fachschüler*innen)	13,3	1,3
Kinderbonus 2022	1,7	0
Ausgaben Klima- und Transformationsfonds	–7,4	–8,0
Auslaufende Corona-Maßnahmen	12,0	1,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–6,0	–6,0
Heizkostenzuschüsse	0	0,5
Dezember-Soforthilfe	8,5	0
Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz	0,6	0
Wohngeld-Plus-Gesetz	–2,5	–1,1
Bürgergeld-Gesetz	–4,8	–0,3
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr (9-Euro-/49-Euro-Ticket)	1,5	–1,0
Pflegebonusgesetz	1,0	0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen	–4,5	4,5
27. BAföG-Änderungsgesetz	–0,5	0
Integration und Unterstützung Ukrainegeflüchtete	–3,0	0
Aufstockung Gasreserve	1,5	0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,7	0
Anpassung Rente Ost	–0,5	–0,5
Maßnahmen im Bereich Pflege	–0,8	0
Insgesamt	1,7	30,3
Insgesamt ohne Progressionseffekt	–11,9	18,1
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,3	0,4

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzbericht 2023); DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

deutsche Exportindustrie vorerst außen vor. Ebenso lässt die infolge der geldpolitischen Straffung erwartete Abkühlung der US-amerikanischen Konjunktur auf durchwachsende Exportaussichten schließen.

Der verhaltene Wachstumskurs dürfte sich aufgrund der noch schwachen Auslandsnachfrage somit im laufenden Quartal zunächst fortsetzen. Mit einer weiteren Stabilisierung der internationalen Lieferketten und einer wieder anziehenden Weltnachfrage dürften die Exporte vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2023 und im kommenden Jahr aber wieder stärkere Zuwachsraten verzeichnen. Insgesamt ist mit einem Exportwachstum von 0,9 Prozent für dieses und 3,2 Prozent für kommendes Jahr zu rechnen (Tabelle 8).

Die Importe verzeichneten einen schwachen Jahresauftakt 2023: Sie sanken im Vergleich zum Schlussquartal 2022 um 0,9 Prozent. Dabei waren sowohl die Einfuhren aus europäischen Ländern als auch jene aus Asien und den Vereinigten Staaten rückläufig. Während Dienstleistungsimporte aufgrund höherer Reiseausgaben kräftig stiegen, gingen die Warenimporte merklich zurück. Maßgeblich verantwortlich dafür waren die infolge des Kriegs in der Ukraine deutlich reduzierten Energieimporte, aber auch Rückgänge bei der Einfuhr chemischer Produkte.

Anders als die Exporte sind die Importe mit einem Minus in das aktuelle Quartal gestartet. Von den Rückgängen waren insbesondere die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich, Russland und dem Euroraum betroffen, während die Einfuhren aus China sowie den USA gegenüber dem Vormonat leicht stiegen. Im laufenden Quartal ist deshalb nur mit einer schwach positiven Wachstumsrate zu rechnen, bevor die Importe im Laufe des weiteren Prognosezeitraums im Einklang mit den Exporten und einer wachsenden Binnenachfrage wieder stärker zulegen dürften. Während für das laufende Jahr aufgrund des schwachen ersten Quartals ein Rückgang um 0,2 Prozent prognostiziert wird, werden die Importe im Jahr 2024 um voraussichtlich 3,9 Prozent zulegen (Tabelle 8).

Bei den Außenhandelspreisen setzt sich der im Herbst begonnene Abwärtstrend weiter fort. Durch den kontinuierlichen Rückgang der Energiepreise sanken die Importpreise im Auftaktquartal 2023 um 1,9 Prozent. Aufgrund weiterer Preisrückgänge bei den importierten Energieträgern, insbesondere bei Erdgas, wird diese Entwicklung auch im laufenden Quartal anhalten, wenngleich mit schwächerem Tempo. Wenn sich die Rohstoffpreise stabilisieren und die globale Konjunktur erholt, dürften die preistreibenden Impulse anderer Gütergruppen ab Ende des Jahres 2023 wieder dominieren und die Importpreise folglich leicht anziehen.

Auch die Exportpreise sind im ersten Quartal 2023 gesunken, wenn auch weniger stark als die Importpreise. Insbesondere bei der Ausfuhr energieintensiver Produkte wie chemischer Erzeugnisse waren als Reaktion auf sinkende Produktionskosten noch deutliche Preisrückgänge zu verzeichnen. Im

Tabelle 10

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Staats- schuldenquote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	75,1
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72,2
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69,6
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	4,4	65,3
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	3,9	62,3
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	3,3	60,1
2020	46,1	22,7	17,9	50,4	0,6	2,7	-4,3	2,8	66,8
2021	47,5	24,4	17,6	51,3	0,6	2,6	-3,7	2,4	67,6
2022	47,0	24,5	17,2	49,8	0,7	2,7	-2,6	2,8	65,6
2023	47,2	24,3	17,5	49,6	0,9	2,7	-2,4	3,7	62,7
2024	48,9	25,2	18,1	50,3	1,0	2,9	-1,4	3,9	61,6
2024/2021	47,7	24,6	17,6	50,2	0,8	2,7	-2,6	3,2	64,4

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Einklang mit den Importpreisen ist für das laufende Quartal mit einem leichten Rückgang der Exportpreise zu rechnen, bevor sich diese im weiteren Jahresverlauf ebenfalls stabilisieren und wieder etwas steigen dürften.

Die Terms-of-Trade verbesserten sich somit im ersten Quartal 2023 erneut deutlich. Da auch im zweiten Quartal die Importpreise noch stärker sinken dürften als die Exportpreise, ist mit einer weiteren Verbesserung der Terms-of-Trade zu rechnen. Im Laufe des weiteren Prognosehorizonts werden diesbezüglich aber nur noch kleinere Veränderungen erwartet.

Öffentliche Finanzen: Finanzpolitische Maßnahmen weniger expansiv

Die öffentlichen Haushalte wurden durch die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise stark beansprucht; expansive finanzpolitische Maßnahmen haben die Konjunktur stimuliert (Kasten 6). Diese Maßnahmen behalten ihren expansiven Charakter im aktuellen Jahr bei, jedoch in geringerem Maße als 2022. Zu Mindereinnahmen und Mehrausgaben trugen die Anpassungen im Einkommensteuertarif, die Erhöhung monetärer Sozialleistungen wie des Kindergeldes und die Einführung des Bürgergeldes, diverse Hilfen im Zuge der Strom- und Gaspreisbremsen, steigenden Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds sowie steigende Verteidigungsausgaben bei (Tabelle 9).

Entlastet wird das öffentliche Budget durch den Wegfall pandemiebedingter Ausgaben und einmaliger Stützungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise. Zudem führt der starke Rückgang der Energiepreise zu Minderausgaben gegenüber den im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsstabilisierungsfonds Energie (WSF-Energie) veranschlagten Kosten bei bereits eingeleiteten Maßnahmen.¹⁵ Darüber hinaus werden Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Beitragssatzerhöhungen in der Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, dem ausgelaufenen Tankrabbat sowie durch die Erhöhung der Lkw-Maut erzielt. Per saldo dürften 2023 Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Wert von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überwiegen.

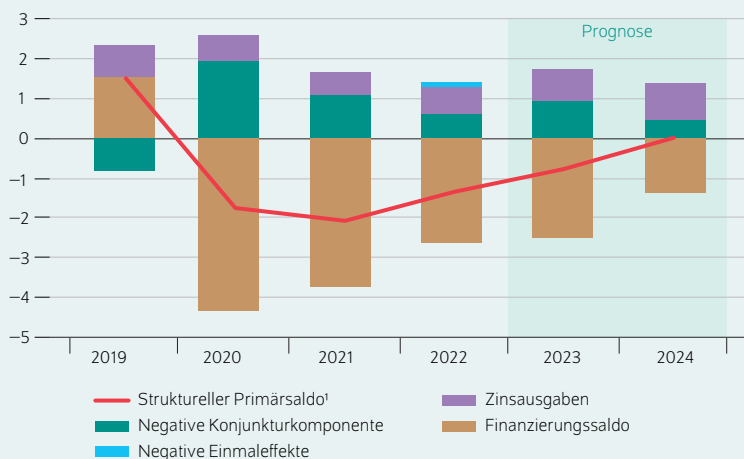
Im Jahr 2024 dürften die finanzpolitischen Maßnahmen restriktiver sein. Zwar wird es wiederum spürbare Mindereinnahmen durch die Änderungen im Einkommensteuertarif geben. Jedoch überwiegen die Mehreinnahmen unter anderem wegen des Wegfalls der temporären Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie zum 1. Januar und auf Erdgas zum 1. April 2024 sowie aufgrund der Anhebung des CO₂-Preises. Zudem werden Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreise kaum noch Mittel in einer relevanten

¹⁵ Im September 2022 hatte die Bundesregierung für stabilisierende Maßnahmen im Zuge der Energiekrise (zum Beispiel die Gas- und Strompreisbremse) bis zu 200 Milliarden Euro veranschlagt, die über den WSF-Energie ausgeschüttet werden können. Jedoch weißt auch der Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums von Mai 2023 schon auf eine potenziell geringere Mittelnutzung, als im Wirtschaftsplan des WSF vorgesehen, hin.

Abbildung 15

Struktureller Primärsaldo

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

© DIW Berlin 2023

Der strukturelle Primärsaldo verbessert sich im Prognosezeitraum deutlich.

Größenordnung beanspruchen. Insgesamt dürften im Jahr 2024 den Staatshaushalt entlastende Maßnahmen (Mehreinnahmen und Minderausgaben) im Wert von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überwiegen. Weitere Mehreinnahmen, die bisher noch nicht berücksichtigt werden, sind im Jahr 2024 durch die Einführung der globalen Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne (OECD, Pillar II) zu erwarten. Mehrausgaben könnten durch weitere Maßnahmen im Zuge des Klimaschutzes entstehen.

Öffentliches Defizit: Staatsfinanzen entwickeln sich solide

Nachdem die Steuereinnahmen im laufenden Jahr etwas zurückgehen dürften, werden sie im kommenden Jahr voraussichtlich wieder leicht Fahrt aufnehmen. Zwar steigen die nominalen Arbeitseinkommen dieses und nächsten Jahr kräftig. Allerdings ist ein Großteil des diesjährigen Anstiegs der steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie geschuldet. Deshalb schlagen sich die kräftigen Zuwächse des nominalen Bruttoinlandsprodukts 2023 nur bedingt in den Steuereinnahmen nieder. Zudem dämpfen die Änderungen im Einkommensteuertarif die Steuereinnahmen zusätzlich. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer und der Gewerbe- und Körperschaftsteuer dürften angesichts der deutlichen Abkühlung des privaten Verbrauchs und der Bauinvestitionen in diesem Jahr nur wenig zulegen. Insgesamt werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr um voraussichtlich 4,0 Prozent und im nächsten Jahr um 5,3 Prozent wachsen und sich zum Ende des Jahres 2024 auf 1037 Milliarden Euro belaufen. Die Steuerquote sinkt

2023 voraussichtlich auf 24,3 Prozent und steigt im folgenden Jahr wieder auf 25,2 Prozent.

Bei den Einnahmen aus Sozialbeiträgen ist im Prognosezeitraum mit kräftigen Zuwächsen zu rechnen. In diesem Jahr führen beschlossene Beitragssatzerhöhungen, wie die Anhebung der Beitragssätze zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sowie die Anhebung des Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung, zu deutlichen Zuwächsen der Sozialbeiträge. Für das Jahr 2024 rechnen die Krankenkassen und das Gesundheitsministerium mit erneuten Anhebungen der Beitragssätze. Die Verkäufe des Staates dürften in den kommenden Jahren mit der Preiserhöhung angesichts der Inflation etwas zulegen. Auch die Vermögenseinnahmen des Staates werden wohl aufgrund des höheren Zinsniveaus etwas steigen.

Alles in allem werden die Staatseinnahmen, durch steigende Bruttolöhne und den zunehmenden nominalen Konsum, solide wachsen, im laufenden Jahr um 4,9 Prozent auf 1909 Milliarden Euro und im kommenden Jahr um 5,6 Prozent auf 2017 Milliarden Euro. Damit liegt die Staatseinnahmenquote in den Jahren 2023 und 2024 bei 47,2 beziehungsweise 48,9 Prozent (Tabelle 10).

Die Staatsausgaben werden über den Prognosezeitraum moderater als im Vorjahr zulegen. Dies liegt unter anderem im planmäßigen Auslaufen pandemiebedingter Programme zur Stabilisierung der Wirtschaft begründet. Weiterhin fallen einige einmalige Stützungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise, wie die Energiepreispauschale, die Dezember-Soforthilfe oder die Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg, weg. Im ersten Quartal haben trotzdem insbesondere Ausgaben für die Strom- und Gaspreisbremse die öffentlichen Haushalte weiterhin stark belastet. Jedoch werden mit dem deutlichen Rückgang der Energiepreise die stabilisierenden Maßnahmen mit weniger staatlichen Mitteln auskommen und die öffentlichen Haushalte geringer belasten als im Wirtschaftsplan des WSF-Energie eingeplant.

Die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden nominal sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr stark steigen. Der Anstieg wird aufgrund der Tarifvertragslaufzeiten für Landesbeschäftigte in diesem Jahr voraussichtlich etwas moderater sein; 2024 dürfte er dann stärker ausfallen. Im aktuellen Jahr wird es zudem eine deutliche Steigerung der monetären Sozialleistungen geben, unter anderem durch die Erhöhung der gesetzlichen Renten und des Kindergeldes, die Einführung des Bürgergeldes und die Ausweitung des Wohngeldes. Auch die Integration und Unterstützung der Ukraine-Geflüchteten trägt zu diesem Anstieg bei. Im Jahr 2024 wird das Wachstum der monetären Sozialleistungen moderater ausfallen. Die nominalen Vorleistungsverkäufe werden im Jahr 2023 aufgrund der hohen Inflation steigen. Im kommenden Jahr wird der Anstieg dann aufgrund der rückläufigen Inflation moderater sein.

Die Bruttoinvestitionen dürften in diesem und nächstem Jahr weiter steigen, insbesondere aufgrund der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen in Waffensysteme mithilfe des Sondervermögens Bundeswehr. Die Bauinvestitionen nehmen vor allem aufgrund der hohen Preisdynamik zu.

Die Subventionen werden im laufenden Jahr voraussichtlich ebenfalls deutlich zulegen. Insbesondere die Gütersubventionen haben im ersten Quartal 2023 aufgrund der Gas- und Strompreisbremse spürbar zugenommen, während die sonstigen Subventionen mit dem Wegfall der Corona-Hilfen zurückgehen. Im weiteren Prognoseverlauf werden die Subventionen aufgrund des Auslaufens der Preisbremsen und sinkender Energiepreise unter das Unterstützungsniveau voraussichtlich sinken.

Die sonstigen laufenden Transfers nehmen im Jahr 2023 erheblich ab, da Einmalzahlungen an Haushalte wie die

Energiepreispauschale im Vergleich zum Vorjahr wegfallen. Im Jahr 2024 ist mit einer Rückkehr zum langfristigen preisbereinigten Trend zu rechnen. Die Zinsausgaben des Staates hingegen werden aufgrund der Zinswende im Prognosezeitraum voraussichtlich deutlich steigen.

Insgesamt dürften die Ausgaben des Staates im Jahr 2023 nominal um 4,1 Prozent und im Jahr 2024 um 3,3 Prozent steigen. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr zunächst leicht auf 2,4 Prozent und im Jahr 2024 voraussichtlich auf 1,4 Prozent schrumpfen. Der strukturelle Primärsaldo nach modifizierter EU-Methode verbessert sich von -1,4 Prozent im Jahr 2022 auf 0,1 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial im Jahr 2024 (Abbildung 15). Der Maastricht-Bruttoschuldenstand wird im Prognosezeitraum voraussichtlich auf 61,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen.

Timm Bönke ist Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tboenke@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist Co-Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Guido Baldi ist Experte für die USA und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Hella Engerer ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | hengerer@diw.de

Pia Hüttl ist Leiterin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | phuettl@diw.de

Konstantin Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und Produktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kholodilin@diw.de

Frederik Kurcz ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | fkurcz@diw.de

Theresa Neef ist Expertin für öffentliche Finanzen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tneef@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Werner Roeger ist Experte für die Potenzialschätzung und makroökonomische Modellierung und Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | wroeger@diw.de

Marie Rulhière ist Expertin für den Euroraum und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | mrulhiere@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Leiter der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für den Euroraum und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwittich@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2023:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW

„Die Inflation dürfte vor allem nächstes Jahr deutlich zurückgehen“



Geraldine Dany-Knedlik ist Co-Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin



Timm Bönke ist Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin

1. **Frau Dany-Knedlik, die Corona-Pandemie ist vorerst in den Hintergrund getreten, im Vordergrund steht jetzt der Krieg in der Ukraine. Wie behauptet sich die deutsche Wirtschaft angesichts der daraus resultierenden Probleme?** *Dany-Knedlik:* Die deutsche Wirtschaft ist etwas angeschlagen, angesichts der noch im Herbst drohenden Szenarien aber doch mit einem blauen Auge aus der Energiekrise herausgekommen. Die Wirtschaft ist im Winterhalbjahr leicht geschrumpft und damit in eine technische Rezession gerutscht.
2. **Herr Bönke, mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** *Bönke:* Wir gehen davon aus, dass die zweite Jahreshälfte erheblich besser laufen wird. Insgesamt rechnen wir für das Gesamtjahr trotzdem damit, dass die Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent sinken wird. Für nächstes Jahr prognostizieren wir ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent.
3. **Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise in Deutschland und wie ist die Lage beim privaten Konsum?** *Dany-Knedlik:* Die Verbraucherpreise sind aufgrund des starken Anstiegs der Energiepreise ebenfalls gestiegen, mit Höchstständen von bis zu knapp neun Prozent im Jahresvergleich. Das hat den privaten Konsum deutlich belastet, weil die Löhne nicht ebenso stark angestiegen sind. Dadurch sind die realen Einkommen weiter gesunken.
4. **Wie sieht es bei der Inflation aus?** *Dany-Knedlik:* Die Inflation dürfte im weiteren Jahresverlauf sinken. Die Energiepreise sind schon gesunken, das dürfte sich jetzt mit etwas Verzögerung auch auf die Inflation insgesamt auswirken. Gleichzeitig beginnen allerdings die Löhne deutlich stärker zu steigen, als das noch im Herbst der Fall war. Das dürfte den Rückgang der Inflationsrate etwas verzögern, sodass wir dieses Jahr im Durchschnitt noch bei einer Inflation von 5,9 Prozent, aber nächstes Jahr im Durchschnitt schon bei nur noch 2,5 Prozent liegen werden.

5. **Das DIW Berlin hat ein neues Modell zur Bestimmung der Ungleichheit der Arbeitseinkommen, den sogenannten Inequality Nowcast, vorgestellt. Was ist das Besondere daran und warum wurde dieses neue Berechnungsmodell zusammen mit der Konjunkturprognose vorgestellt?** *Bönke:* Das Besondere daran ist, dass wir jetzt in der Lage sind, die Einkommensungleichheit am aktuellen Rand zu modellieren, und das ist für die Konjunkturprognose in vielerlei Hinsicht wichtig. Bislang standen uns die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), für das Haushalte befragt werden, immer mit einer Verzögerung von ungefähr anderthalb bis zwei Jahren zur Verfügung. Die Konjunkturprognose jedoch betrifft den aktuellen Rand und die Zukunft. In unserem Nowcast kombinieren wir die SOEP-Daten mit gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktvariablen und können uns so ansehen, wie sich die aktuelle und künftige wirtschaftliche Entwicklung in der Einkommensverteilung niederschlägt.
6. **Und wie hat sich die Ungleichheit der Arbeitseinkommen entwickelt?** *Bönke:* Unsere Basis ist das Jahr 2020 und wir prognostizieren, dass die Arbeitseinkommensungleichheit über den Prognosezeitraum leicht steigen wird.
7. **Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld?** *Dany-Knedlik:* Das weltwirtschaftliche Umfeld dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr erholen, wenngleich auch schleppend. Die Abkehr von der Null-Covid-Politik in China wird der Weltwirtschaft wieder etwas Schwung verleihen, aber natürlich lastet die hohe Inflation in sehr vielen Volkswirtschaften, zum Beispiel den USA oder im Vereinigten Königreich, auch dort auf der Wirtschaft, sodass sich die fortgeschrittenen Volkswirtschaften eher schleppend entwickeln werden, wohingegen die Schwellenländer solide wachsen dürften.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,8	0,2	1,5	1,1	0,9	0,7	0,3	0,1
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,1	0,8	0,9	-0,4	0,7	-0,2	1,8	0,9	0,9
Arbeitstage	-0,2	-0,8	-0,2	0,8	-1,1	0,0	-1,6	-0,5	0,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	0,9	0,8	1,9	0,7	0,7	1,0	0,8	0,9
Produktivität¹	0,5	-1,0	0,7	1,0	0,0	-1,1	-1,0	0,7	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,2	1,5	2,9	0,8	-0,4	0,0	1,5	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2832,0	2946,2	3045,7	1370,1	1461,9	1429,0	1517,2	1490,6	1555,1
Private Haushalte²	1982,7	2076,6	2181,7	955,6	1027,0	1013,6	1063,0	1068,0	1113,7
Staat	849,3	869,6	864,0	414,5	434,9	415,4	454,2	422,6	441,4
Anlageinvestitionen	872,4	931,9	960,8	418,3	454,2	454,3	477,7	463,4	497,4
Ausrüstungen	253,7	273,6	282,0	118,0	135,7	131,5	142,1	135,1	146,9
Bauten	474,7	508,2	522,1	231,7	243,1	251,7	256,5	254,2	267,9
Sonstige Anlageinvestitionen	144,0	150,2	156,6	68,6	75,4	71,1	79,1	74,1	82,6
Vorratsveränderung³	89,5	68,5	92,8	47,3	42,2	37,4	31,1	53,7	39,1
Inländische Verwendung	3794,0	3946,7	4099,3	1835,7	1958,3	1920,7	2025,9	2007,7	2091,6
Außenbeitrag	75,9	143,1	154,3	55,2	20,7	80,9	62,1	88,8	65,6
Exporte	1954,6	1970,7	2063,6	949,3	1005,3	977,1	993,6	1015,4	1048,2
Importe	1878,7	1827,6	1909,2	894,1	984,6	896,1	931,5	926,7	982,6
Bruttoinlandsprodukt	3869,9	4089,7	4253,6	1890,9	1979,0	2001,6	2088,1	2096,5	2157,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	10,1	4,0	3,4	12,2	8,3	4,3	3,8	4,3	2,5
Private Haushalte²	11,8	4,7	5,1	14,2	9,6	6,1	3,5	5,4	4,8
Staat	6,5	2,4	-0,6	7,7	5,4	0,2	4,4	1,7	-2,8
Anlageinvestitionen	11,3	6,8	3,1	11,8	10,9	8,6	5,2	2,0	4,1
Ausrüstungen	10,6	7,8	3,1	6,9	14,0	11,5	4,7	2,7	3,4
Bauten	13,9	7,0	2,7	16,6	11,5	8,6	5,5	1,0	4,4
Sonstige Anlageinvestitionen	4,6	4,3	4,3	5,3	4,0	3,6	4,9	4,2	4,4
Inländische Verwendung	11,3	4,0	3,9	12,9	9,8	4,6	3,5	4,5	3,2
Exporte	15,4	0,8	4,7	16,8	14,1	2,9	-1,2	3,9	5,5
Importe	25,0	-2,7	4,5	27,9	22,6	0,2	-5,4	3,4	5,5
Bruttoinlandsprodukt	7,4	5,7	4,0	8,7	6,3	5,9	5,5	4,7	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2420,1	2380,3	2430,1	1196,1	1224,0	1167,1	1213,2	1195,3	1234,8
Private Haushalte²	1706,7	1685,6	1730,5	839,0	867,7	826,8	858,7	847,7	882,7
Staat	712,0	693,5	698,6	356,2	355,7	339,7	353,8	347,0	351,6
Anlageinvestitionen	675,0	676,4	683,6	330,1	345,0	331,5	345,0	330,5	353,0
Ausrüstungen	222,9	229,3	234,6	105,1	117,7	110,3	119,0	112,1	122,5
Bauten	322,8	316,8	316,3	162,6	160,2	158,2	158,5	154,8	161,6
Sonstige Anlageinvestitionen	129,2	132,2	135,9	61,4	67,9	62,9	69,3	64,6	71,3
Inländische Verwendung	3123,2	3099,9	3156,5	1537,1	1586,0	1525,6	1574,3	1552,5	1604,1
Exporte	1625,5	1639,6	1691,4	805,9	819,6	814,0	825,5	837,4	854,0
Importe	1492,0	1488,5	1546,8	726,1	765,9	729,5	759,1	754,9	791,9
Bruttoinlandsprodukt	3261,9	3256,0	3306,0	1618,9	1643,0	1613,0	1643,0	1637,0	1669,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	-1,6	2,1	6,3	1,3	-2,4	-0,9	2,4	1,8
Private Haushalte²	4,9	-1,2	2,7	8,3	1,8	-1,5	-1,0	2,5	2,8
Staat	1,2	-2,6	0,7	2,2	0,2	-4,6	-0,5	2,1	-0,6
Anlageinvestitionen	0,4	0,2	1,1	0,4	0,3	0,4	0,0	-0,3	2,3
Ausrüstungen	3,3	2,9	2,3	0,7	5,7	4,9	1,1	1,6	2,9
Bauten	-1,8	-1,9	-0,1	-0,2	-3,4	-2,7	-1,0	-2,2	1,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,3	2,8	1,7	2,5	2,5	2,1	2,7	2,9
Inländische Verwendung	3,3	-0,7	1,8	4,4	2,2	-0,7	-0,7	1,8	1,9
Exporte	3,4	0,9	3,2	3,9	2,8	1,0	0,7	2,9	3,4
Importe	6,9	-0,2	3,9	7,5	6,3	0,5	-0,9	3,5	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,2	1,5	2,9	0,8	-0,4	0,0	1,5	1,6

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben²	6,6	6,1	2,3	5,5	7,6	7,6	4,6	2,8	1,9
Konsumausgaben des Staates	5,2	5,1	−1,4	5,4	5,2	5,1	5,0	−0,4	−2,2
Anlageinvestitionen	10,9	6,6	2,0	11,3	10,6	8,1	5,2	2,3	1,7
Ausrüstungen	7,1	4,8	0,8	6,2	7,8	6,2	3,6	1,1	0,5
Bauten	16,0	9,1	2,9	16,8	15,4	11,6	6,6	3,3	2,5
Exporte	11,6	0,0	1,5	12,4	10,9	1,9	−1,9	1,0	2,0
Importe	17,0	−2,5	0,5	19,0	15,3	−0,2	−4,5	−0,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	5,5	5,9	2,4	5,6	5,5	6,2	5,5	3,2	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Milliarden Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2642,3	2782,2	2938,5	1292,8	1349,5	1388,3	1393,9	1468,4	1470,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber*innen	360,1	379,2	397,4	174,3	185,8	185,2	194,1	192,9	204,5
Bruttolöhne und -gehälter	1660,4	1764,7	1869,7	788,0	872,4	848,8	916,0	892,3	977,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	638,2	671,3	330,6	291,3	354,4	283,9	383,1	288,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,9	597,4	609,7	263,1	302,8	272,1	325,2	266,7	313,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3208,2	3379,5	3518,2	1556,0	1652,3	1637,9	1741,7	1718,5	1799,6
Abschreibungen	792,6	843,5	869,8	387,6	405,0	420,6	422,9	433,7	436,1
Bruttonationaleinkommen	4000,8	4223,1	4387,9	1943,6	2057,3	2058,5	2164,6	2152,2	2235,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2860,5	3106,9	3245,7	1377,2	1483,4	1503,8	1603,1	1584,6	1661,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	840,1	943,1	958,6	414,9	425,2	485,8	457,4	505,9	452,7
Arbeitnehmerentgelt	2020,5	2163,8	2287,1	962,3	1058,2	1018,0	1145,7	1078,8	1208,4

b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	7,2	5,3	5,6	8,0	6,4	7,4	3,3	5,8	5,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber*innen	3,6	5,3	4,8	3,6	3,7	6,2	4,5	4,2	5,4
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	6,3	5,9	6,6	4,9	7,7	5,0	5,1	6,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	13,7	-0,6	5,3	14,3	13,0	7,2	-2,6	8,1	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	5,6	2,1	5,3	-2,2	3,4	7,4	-2,0	-3,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,1	5,3	4,1	7,6	4,7	5,3	5,4	4,9	3,3
Abschreibungen	12,4	6,4	3,1	12,6	12,3	8,5	4,4	3,1	3,1
Bruttonationaleinkommen	7,3	5,6	3,9	8,5	6,1	5,9	5,2	4,6	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	4,3	8,6	4,5	4,7	3,9	9,2	8,1	5,4	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,8	12,3	1,6	1,6	2,0	17,1	7,6	4,1	-1,0
Arbeitnehmerentgelt	5,3	7,1	5,7	6,0	4,7	5,8	8,3	6,0	5,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Milliarden Euro

Masseneinkommen	1657,5	1762,3	1843,9	789,6	867,9	834,6	927,7	869,8	974,1
Nettolöhne- und -gehälter	1118,7	1199,2	1277,0	523,8	594,9	554,5	644,7	589,9	687,1
Monetäre Sozialleistungen	686,1	716,3	726,1	338,0	348,1	355,5	360,8	358,0	368,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	147,3	153,1	159,3	72,2	75,1	75,4	77,7	78,2	81,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	638,2	671,3	330,6	291,3	354,4	283,9	383,1	288,2
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-102,7	-129,1	-138,7	-58,0	-44,6	-64,7	-64,4	-76,0	-62,6
Verfügbares Einkommen	2176,8	2271,5	2376,6	1062,1	1114,6	1124,3	1147,2	1176,8	1199,8
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,4	59,7	28,6	30,4	28,7	30,7	28,9	30,9
Konsumausgaben	1982,7	2076,6	2181,7	955,6	1027,0	1013,6	1063,0	1068,0	1113,7
Sparen	253,1	254,2	254,6	135,1	117,9	139,3	114,9	137,7	117,0
Sparquote in Prozent ⁷	11,3	10,9	10,5	12,4	10,3	12,1	9,8	11,4	9,5

b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	6,3	4,6	2,8	4,9	5,7	6,9	4,2	5,0
Nettolöhne- und -gehälter	5,3	7,2	6,5	5,8	4,8	5,9	8,4	6,4	6,6
Monetäre Sozialleistungen	1,4	4,4	1,4	-1,9	4,9	5,2	3,6	0,7	2,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,5	4,0	4,0	0,5	4,5	4,4	3,5	3,7	4,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	13,7	2,6	5,2	14,3	13,0	7,2	-2,6	8,1	1,5
Verfügbares Einkommen	7,2	4,4	4,6	5,3	9,0	5,9	2,9	4,7	4,6
Konsumausgaben	11,8	4,7	5,1	14,2	9,6	6,1	3,5	5,4	4,8
Sparen	-19,9	0,4	0,2	-32,6	2,0	3,1	-2,6	-1,2	1,8

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2023.

Neues DIW-Modell kann Einkommensverteilung am aktuellen Rand vorhersagen – Ungleichheit dürfte in diesem Jahr leicht zunehmen

Von Timm Bönke, Geraldine Dany-Knedlik und Laura Pagenhardt

ABSTRACT

Die ungleiche Verteilung der Arbeitseinkommen in Deutschland ist regelmäßig ein heiß diskutiertes Thema in Politik und Gesellschaft. Das Problem dabei: Relevante Daten für deren Berechnung liegen meist erst mit großer zeitlicher Verzögerung von teilweise mehr als zwei Jahren vor. Entsprechend in die Vergangenheit gerichtet sind bisherige Studien. Wie sich die Einkommensverteilung am aktuellen Rand entwickelt und derzeitige wirtschaftspolitische Maßnahmen wirken, bleibt in der Regel im Dunkeln. An dieser Stelle setzt das DIW Berlin nun an: Ein neues Prognosemodell erlaubt es, Aussagen über den derzeitigen Stand der Ungleichheit der monatlichen Bruttoarbeitseinkommen abhängig Beschäftigter zu treffen. Dazu wird eine Vielzahl gesamtwirtschaftlicher Arbeitsmarktvariablen, etwa der Anteil von Menschen in Kurzarbeit sowie Bruttolöhne und -gehälter in diversen Wirtschaftssektoren, mit Haushaltsbefragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin kombiniert. Die Berechnungen in diesem Wochenbericht zeigen, dass das Modell eine hohe Prognosegüte hat. Somit lassen sich auch erstmals Erkenntnisse zu einem längeren Zeitraum nach der Corona-Pandemie gewinnen: Nachdem die Einkommensungleichheit bis 2021, vor allem in den Jahren 2010 bis 2020, abgenommen hat, sagt das neue DIW-Modell für die Jahre 2022 und 2023 eine Unterbrechung dieses Trends voraus. Insgesamt dürfte die Ungleichheit der Arbeitseinkommen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie sogar leicht zugenommen haben und auch in diesem Jahr noch etwas größer werden.

Die Corona-Pandemie hat die Entwicklung des Arbeitsmarkts und der Arbeitseinkommen der Haushalte in den vergangenen Jahren geprägt. Dabei waren Beschäftigte je nach Branche und Qualifizierungsgrad unterschiedlich stark betroffen, was deutliche Verschiebungen in der Verteilung der Arbeitseinkommen nach sich zog. So ist beispielsweise das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitseinkommen abhängig Beschäftigter in den unteren 40 Prozent der Verteilung im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 4,9 Prozent gestiegen. Das der oberen zehn Prozent nahm hingegen nur um 1,4 Prozent zu. Während der Corona-Pandemie haben sich die monatlichen Bruttoarbeitseinkommen insbesondere aufgrund von einkommensstabilisierenden Maßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld angeglichen.¹

Bislang fehlen Individual- und Haushaltsdaten darüber, wie sich die Ende 2020 einsetzende wirtschaftliche Normalisierung nach der Pandemie in der Bruttoarbeitseinkommensverteilung abhängig Beschäftigter niederschlägt. Die für die Berechnung notwendigen Mikrodaten aus Haushaltsbefragungen oder administrativen Datenquellen wie Arbeitsmarktdaten der Sozialversicherungen liegen erst mit einem Nachlauf von etwa eineinhalb Jahren vor. Die Verzögerung bei höher aggregierten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit oder der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung beträgt etwa ein Jahr. Eine zeitnahe Abschätzung der Arbeitseinkommensverteilung in Verbindung mit Haushaltsinformationen und weiteren sozioökonomischen Charakteristika ist nicht nur hilfreich, um die Auswirkungen aktueller Entwicklungen wie die Energiekrise und Rekordinflation einzuschätzen. Sie ist darüber hinaus auch notwendig, um wirtschaftspolitische Maßnahmen, beispielsweise die Höhe des Mindestlohns, steuerliche Entlastungen oder die Inflationsausgleichsprämie, zielgenau gestalten zu können.

Dieser Bericht präsentiert die Ergebnisse eines neuen Prognosemodells für die Verteilung monatlicher Bruttoarbeitseinkommen abhängig Beschäftigter anhand von

¹ Vgl. Geraldine Dany-Knedlik und Alexander Kriwoluzky (2021): Einkommensungleichheit in Deutschland sinkt in Krisenzeiten temporär. DIW Wochenbericht Nr. 46, 755–761 (online verfügbar, abgerufen am 7. Juni 2023). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

Abbildung 1

Verteilung der Einkommensgruppen auf die Wirtschaftszweige

Anteile in Prozent

	Land- und Forstwirtschaft, Bergbau	Produktion	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanzdienstleistungen	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleistungen	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Dienstleistungen
Top 10 Prozent	0,67	35,86	2,86	7,68	10,62	9,46	1,82	11,60	18,45	0,99
71. bis 90. Perzentil	0,84	32,02	6,87	12,90	7,08	4,98	1,24	8,20	24,64	1,23
41. bis 70. Perzentil	0,95	25,79	6,96	20,20	2,63	3,30	0,79	7,85	29,97	1,56
Untere 40 Prozent	1,53	14,38	3,52	28,62	2,26	1,48	1,02	11,87	30,70	4,61
	Sektoren									
	0–6 7–12 13–18 19–24 25–30 31–36									

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Ein großer Teil der Geringverdienenden arbeitet im Handel und Gastgewerbe sowie der öffentlichen Verwaltung.

vierteljährlichen und monatlichen makroökonomischen Indikatoren. Da sich die Struktur des Arbeitsmarkts nur langsam verschiebt, lässt sich annehmen, dass makroökonomische Indikatoren einen relevanten Erklärungsgehalt für die Entwicklung individueller Arbeitseinkommen haben. Dies ermöglicht die Prognose bis an den aktuellen Rand, also einen sogenannten Nowcast, und somit Aussagen über den derzeitigen Stand der Ungleichheit. Da dieser Nowcast zudem auf Mikrodaten basiert, kann die prognostizierte Einkommensentwicklung für unterschiedliche Analysen zur Verteilung des Bruttoinlandsprodukts, der Bewertung von Politikmaßnahmen oder auch zur Prognose des Steueraufkommens genutzt werden.

Im Folgenden wird zunächst die mikrofundierte Datengrundlage des Modells erläutert. Zudem wird die mikrofundierte Arbeitseinkommensverteilung in Zusammenhang mit der Beschäftigungsstruktur in Deutschland dargestellt. Anschließend wird das Prognosemodell präsentiert und die Prognosegüte aufgezeigt. Zuletzt werden die Ergebnisse der Prognose der Arbeitseinkommensverteilung und Implikationen für die Entwicklung der Arbeitseinkommen und ihrer Verteilung für die Jahre 2021, 2022 und 2023 gezeigt und diskutiert.

Einkommensdaten von Haushalten werden stark verzögert veröffentlicht

Die notwendige Basis für die Schätzung von Arbeitseinkommensverteilungen stellen mikroökonomische Daten (Mikrodaten) dar.² Potenzielle Quellen von Mikrodaten zu

Arbeitseinkommen in Deutschland sind Haushaltsbefragungen und administrative Daten, beispielsweise der Sozialversicherungen.

Als Grundlage für die Schätzung und Prognose der Arbeitseinkommensverteilung dienen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).³ Das SOEP ist eine repräsentative Befragung privater Haushalte in Deutschland, die seit 1984 jährlich durchgeführt wird. Aktuell werden jedes Jahr rund 30 000 Personen in etwa 15 000 Haushalten zu verschiedenen Themen befragt, darunter auch zu ihrem aktuellen Brutto-monatseinkommen, dem Erwerbsstatus und der beruflichen Situation. Anhand von Gewichtungsschemata können diese Angaben auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet werden. Allerdings steht das SOEP nur mit einer großen zeitlichen Verzögerung zur Verfügung: Die Daten zu den monatlichen Bruttoarbeitseinkommen werden für ein bestimmtes Jahr in der Regel erst im April oder Mai des übernächsten Jahres veröffentlicht, also mit einer Verzögerung von etwa 16 Monaten. Bei den Jahreseinkommen beträgt die Verzögerung sogar rund 28 Monate. Die aktuellsten SOEP-Daten (Welle v37), die für diesen Wochenbericht verwendet wurden, beziehen sich auf das Jahr 2020. Die vorliegende Analyse basiert auf dem aktuellen monatlichen Bruttoarbeitseinkommen und beschränkt sich dabei auf abhängig beschäftigte Arbeitnehmer*innen und Beamte*innen inklusive Auszubildenden und geringfügig Beschäftigte (Minijobber*innen). Selbstständige sind von der Analyse ausgenommen.

² Zusätzlich lassen sich Verteilungen auch aus höher aggregierten Daten, zum Beispiel nach Einkommensgruppen tabulierten Statistiken wie der Lohnstrukturerhebung, schätzen. Diese sind zwar schnell verfügbar, aber auf bestimmte Beschäftigungsverhältnisse (zum Beispiel sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer*innen in Vollzeit) beschränkt.

³ Alternative Mikrodaten wie die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem administrativen Prozess der Sozialversicherung stehen mit der gleichen zeitlichen Verzögerung zur Verfügung wie das SOEP. Zwar sind diese Daten in höherer (beispielsweise täglicher oder monatlicher) Frequenz berechenbar, sie geben jedoch keine Informationen zum sozioökonomischen Kontext, insbesondere der Größe des Haushalts, die für weiterführende Analysen wie die Bewertung fiskalpolitischer Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind.

Abbildung 2

Korrelation des mittleren Einkommens einer Einkommensgruppe mit der Beschäftigung in einem Wirtschaftszweig im Vorjahr¹

Zusammenhang der Variablen auf einer Skala von -1 bis 1^2

	Land- und Forstwirtschaft, Bergbau	Produktion	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanzdienstleistungen	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleistungen	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Dienstleistungen
Top 10 Prozent	-0,75	-0,69	-0,51	-0,40	0,39	0,79	0,81	0,29	-0,34	0,81
71. bis 90. Perzentil	-0,80	-0,70	-0,29	-0,34	0,30	0,68	0,82	0,09	-0,10	0,75
41. bis 70. Perzentil	-0,75	-0,61	-0,06	-0,20	0,30	0,49	0,74	-0,02	0,14	0,65
Untere 40 Prozent	-0,09	0,06	0,83	0,24	-0,14	-0,38	-0,15	-0,70	0,80	-0,32
	Sektoren									
	-0,90 bis -0,61 -0,60 bis -0,31 -0,30 bis 0 0 bis 0,30 0,31 bis 0,60 0,61 bis 0,90									

1 Preis- und trendbereinigte Daten. Grüne Felder implizieren einen negativen, rote Felder einen positiven Zusammenhang.

2 Je näher der Wert an 0, desto kleiner die Korrelation.

Lesebeispiel: Die Beschäftigung des Vorjahres im Baugewerbe korreliert stark positiv mit den Einkommen in der untersten Einkommensgruppe. Also: Je höher die Beschäftigung, desto höher das mittlere Einkommen in dieser Einkommensgruppe. Im Wirtschaftszweig Unternehmensdienstleistungen ist diese Korrelation bei den unteren 40 Prozent der Verteilung hingegen stark negativ. Also: Je höher die Beschäftigung, desto geringer das mittlere Einkommen in dieser Einkommensgruppe.

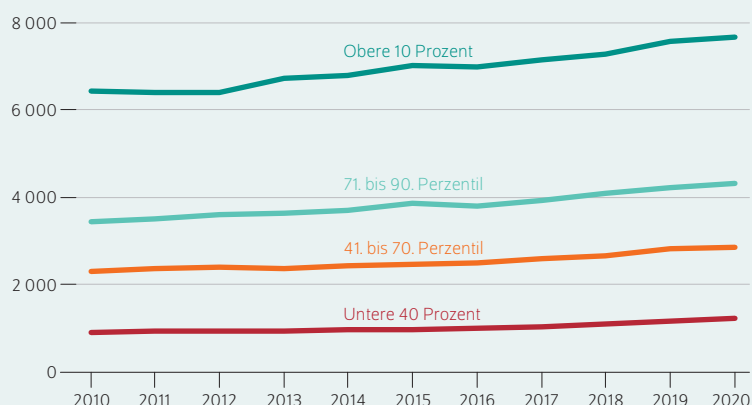
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Eine steigende Beschäftigung im Baugewerbe und der öffentlichen Verwaltung geht mit steigenden Einkommen in der untersten Einkommensgruppe einher.

Abbildung 3

Mittlere nominale Einkommen nach Einkommensgruppen In Euro pro Monat¹



1 Die Monatseinkommen werden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) nur einmal pro Jahr abgefragt.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Die Monatseinkommen sind in den vergangenen Jahren in allen Einkommensgruppen gestiegen.

Sektordaten haben besonderen Erklärungsgehalt

Um die Bruttoarbeitseinkommen abhängig Beschäftigter aus verschiedenen Bereichen der Verteilung vorherzusagen, wird eine Vielzahl von Indikatoren herangezogen. Grundlage für die Auswahl der Variablen bildet ein vor kurzem veröffentlichtes und sorgfältig validiertes Nowcasting-Modell für das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands. Dieses beinhaltet klassische gesamtwirtschaftliche Indikatoren, darunter die Industrieproduktion, Geschäfts- und Konsumklimaindizes sowie Kennzahlen des Außenhandels.⁴ Dieser Variablensatz wird zunächst durch gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktvariablen (unter anderem Anzahl der Menschen in Kurzarbeit, Bruttolöhne und -gehälter) ergänzt. Den Kern des Modells bildet die sektorspezifische Indikatorik: Verteilungsdaten aus dem SOEP zeigen, wie sich Angehörige der unterschiedlichen Einkommensgruppen auf die verschiedenen Sektoren der deutschen Wirtschaft verteilen (Abbildung 1). So arbeiten besonders viele der niedrigverdienenden Befragten im Handel und Gastgewerbe sowie der öffentlichen Verwaltung, während Topverdienende ihr Geld vermehrt im produzierenden Sektor und den Finanzdienstleistungen verdienen. Daher lässt sich annehmen, dass sektorspezifische Arbeitsmarktdaten, beispielsweise die Erwerbstätigkeit und gearbeitete Stunden pro Kopf je

⁴ Vgl. Paolo Andreini et al. (2023): Nowcasting German GDP: Foreign factors, financial markets, and model averaging. *International Journal of Forecasting*, 39(1), 298–313. Die Autor*innen vergleichen verschiedene etablierte Methoden für die Gegenwartsprognose sowie unterschiedliche Variablensätze, um das Modell mit der besten Prognosegüte beziehungsweise dem geringsten Prognosefehler zu etablieren.

Kasten 1

Rekonstruktion der Einkommensverteilung

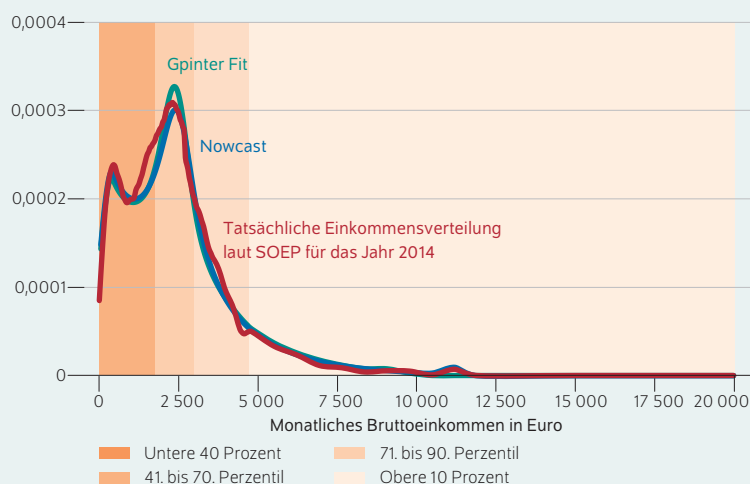
Einkommensverteilungen, insbesondere Arbeitseinkommensverteilungen, folgen häufig Gesetzmäßigkeiten. Diese können genutzt werden, um mit wenigen Informationen (zum Beispiel über durchschnittliche Einkommen in Dezilen) eine Verteilung der Einkommen auf Individual- oder Haushaltsebene wiederherzustellen.

Um eine sparsame Modellierung des Nowcast- und Forecast-Modells zu ermöglichen, wird versucht, die relevanten Informationen der Einkommensverteilung mit möglichst wenigen Parametern zu erfassen. Dazu wird die Verteilung in vier Bereiche eingeteilt: Die unteren 40 Prozent, die untere Mitte (41. bis 70. Perzentil), die obere Mitte (71. bis 90. Perzentil) und die oberen zehn Prozent. Unter der Annahme einer generalisierten Pareto-Verteilung, implementiert mit dem R-Package „Gpinter“¹, ist es möglich, anhand der Einkommensgrenzen und Durchschnittseinkommen den Verlauf der originalen Einkommensverteilung (SOEP) zu rekonstruieren. Wie gut die Rekonstruktion funktioniert, wird aus dem Vergleich dieser originalen Verteilung mit dem „Gpinter Fit“ deutlich (Abbildung). Auch der Nowcast der Parameter der Einkommensverteilung führt zu einem Ergebnis, das sich statistisch nicht von der Ursprungsverteilung im SOEP unterscheidet.

¹ Für eine ausführliche Dokumentation siehe Thomas Blanchet, Juliette Fournier und Thomas Piketty (2021): Generalized Pareto Curves: Theory and Applications. Review of Income and Wealth, 68(1), 263–288.

Abbildung

Rekonstruktion der Einkommensverteilung laut SOEP Dichte



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Der Nowcast ergibt eine Verteilung, die sich kaum von der tatsächlichen laut SOEP unterscheidet.

Sektor, einen relevanten Erklärungsgehalt für die verschiedenen Abschnitte der Einkommensverteilung haben. Korrelationsdaten bestärken diese Annahmen: Sie zeigen, dass die Beschäftigung in verschiedenen Sektoren unterschiedlich stark mit den Einkommensgruppen zusammenhängt (Abbildung 2). Eine steigende Beschäftigung im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor – dazu gehört auch der Bereich Gesundheit und Pflege – geht beispielsweise mit steigenden Einkommen in den unteren 40 Prozent der Einkommensverteilung einher: In diesen Sektoren werden oft verhältnismäßig niedrige Löhne gezahlt, sodass ein Anstieg der Beschäftigung hier die Verteilung nach unten verschiebt und Einkommen am oberen Ende im Mittel geringer ausfallen. Dagegen ist das Einkommen in den höheren Einkommensgruppen stärker mit der Beschäftigung im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in den Finanz- und sonstigen Dienstleistungen korreliert. Die vergleichsweise höheren Löhne, die Neueinstellungen in diesen Bereichen gezahlt werden, sorgen also für Einkommensanstiege der Mehrverdienenden.

Makroökonomische Indikatoren prognostizieren insbesondere mittlere Einkommen gut

Zur Vorhersage der Einkommensverteilung wird diese zunächst in vier größere Abschnitte geteilt: die unteren 40 Prozent, das 41. bis 70. Perzentil, das 71. bis 90. Perzentil sowie die oberen zehn Prozent (Abbildung 3). Diese

Vereinfachung ermöglicht eine sehr gute Annäherung an die gesamte Verteilung, die auf Basis aller vorhandenen Daten berechnet wird, und trägt einer möglichst sparsamen Modellierung Rechnung.⁵ Die Auswahl der Unterteilung spiegelt somit die Besonderheiten der Arbeitseinkommensverteilung wider (Kasten 1). Die unteren 40 Prozent sind durch geringfügige Beschäftigung, Teilzeit und Berufsanfänger*innen geprägt und konjunkturellen Schwankungen direkter ausgesetzt. Vollzeittätigkeiten in der Industrie und vergleichbare stabile Arbeitsverhältnisse konzentrieren sich in der Mitte der Verteilung. Der obere Rand entfaltet ebenfalls eine konjunkturelle Dynamik, die sich häufig von den anderen Einkommensgruppen absetzt, unter anderem durch eine flexiblere Ausgestaltung der Entlohnung.

Die aufgeführten Indikatoren, insgesamt 52 an der Zahl, werden gemeinsam mit der jeweiligen Zielvariable, also dem mittleren Einkommen eines bestimmten Teils der Verteilung, in ein Dynamisches Faktormodell (DFM) eingesetzt (Kasten 2). Mittels einer Pseudo-Echtzeit-Schätzung kann ermittelt werden, wie gut das Modell die verschiedenen Einkommen über die Zeit vorhersagen konnte. Die durchschnittliche Abweichung der Prognosen der Nowcast-Modelle von den durchschnittlichen Einkommen der jeweiligen

⁵ Zweck einer sparsamen Modellierung ist, gleichzeitig eine möglichst hohe Aussage- und Vorhersagekraft des Modells zu erreichen und eine übermäßige Rechenlast zu vermeiden.

Tabelle 1

Prognosegüte des Modells¹ nach Einkommensgruppen und Quartalen

Mittlerer absoluter Fehler in Prozent

	Untere 40 Prozent	41. bis 70. Perzentil	71. bis 90. Perzentil	Obere 10 Prozent
Gesamt	4,21	2,31	2,10	3,86
1. Quartal	4,77	3,36	2,62	5,56
2. Quartal	4,08	1,98	1,95	3,35
3. Quartal	3,99	1,93	1,90	3,21
4. Quartal	4,01	1,99	1,93	3,33

1 Mittels einer Pseudo-Echtzeit-Schätzung wurde ermittelt, wie gut das Modell die verschiedenen Einkommen über die Zeit vorhersagen konnte. Dazu wurde die durchschnittliche Abweichung der Prognosen der Nowcast-Modelle von den tatsächlichen durchschnittlichen Einkommen der jeweiligen Gruppen bestimmt.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 2

Entwicklung und Prognose der nominalen Bruttolöhne und -gehälter nach Einkommensgruppen

												Prognose		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Nominale Einkommen (in Euro)														
Untere 40 Prozent	891	944	951	943	956	986	1016	1038	1099	1179	1236	1325	1404	1440
41.bis 70. Perzentil	2290	2359	2389	2362	2420	2463	2509	2586	2654	2822	2860	3021	3225	3309
71. bis 90. Perzentil	3438	3513	3598	3629	3705	3853	3812	3944	4104	4238	4314	4573	4888	5018
Obere 10 Prozent	6436	6409	6406	6720	6795	7038	6987	7150	7298	7572	7678	8240	8804	9051
Veränderung in Prozent														
Untere 40 Prozent		5,97	0,73	-0,87	1,43	3,09	3,03	2,25	5,80	7,27	4,87	7,24	5,96	2,55
41. bis 70. Perzentil		3,00	1,26	-1,10	2,44	1,77	1,88	3,06	2,62	6,35	1,34	5,63	6,76	2,59
71. bis 90. Perzentil		2,17	2,43	0,84	2,10	4,00	-1,06	3,45	4,05	3,28	1,80	5,98	6,91	2,64
Obere 10 Prozent		-0,41	-0,05	4,90	1,12	3,57	-0,73	2,34	2,07	3,76	1,40	7,32	6,85	2,81

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Gruppen liegt bei maximal 5,6 Prozent (Tabelle 1). Im Vergleich der Prognosegüte über die Quartale fällt auf, dass die Vorhersagen ab dem zweiten Quartal deutlich besser getroffen werden können. Dies ist vor allem darin begründet, dass für die Prognose im ersten Quartal eines Jahres, zum Beispiel 2020, nur das drei Jahre zurückliegende durchschnittliche Bruttoarbeitseinkommen der Angestellten, also bis 2017, vorliegt. Ab dem zweiten Quartal steht dann auch das Einkommen des vorletzten Jahres, im Beispiel 2018, zur Verfügung. Für die Vorhersage der Verteilung von 2023 sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes nur Daten bis 2020 vorhanden.

Vergleicht man die Prognosegüte über die jeweiligen Einkommensgruppen hinweg, so fällt auf, dass besonders die mittleren Einkommen zwischen dem 41. und 90. Perzentil treffend prognostiziert werden. Im Durchschnitt über- oder unterschätzt das Modell die nominalen Bruttolöhne und -gehälter im mittleren Bereich hier nur um gut zwei Prozent. An den Rändern der Einkommensverteilung ist die

Vorhersage etwas weniger exakt: Die geschätzten Einkommen der Niedrig- und Topverdienenden weichen im Durchschnitt um etwa vier Prozent von der Realität ab.

Ungleichheit seit der Corona-Pandemie leicht gestiegen

Klar ist, dass die coronabedingten Änderungen der Arbeits-einkommen nach Wirtschaftszweig und Qualifizierungsgrad für die Arbeitnehmer*innen unterschiedlich stark ausfallen. So zeigt der Verlauf der Verteilungsdaten über die vergangenen Jahre, dass die nominalen Bruttolöhne und -gehälter seit 2010 insgesamt gestiegen sind, insbesondere bei den unteren 40 Prozent der Verteilung (Tabelle 2). Hier legten die nominalen Bruttoarbeitseinkommen in den Jahren 2010 bis 2020 um knapp 40 Prozent zu, während die mittleren Einkommensgruppen einen Anstieg von 25 Prozent und die Topverdienenden von 19 Prozent verzeichnen konnten. Allein im Jahr 2020 betrug das Wachstum der Bruttolöhne der Arbeitnehmer*innen der unteren 40 Prozent fast fünf Prozent. Das Wachstum des durchschnittlichen Gehalts der mittleren Gruppen sowie der oberen zehn Prozent der Verteilung lag hingegen nur bei bis zu rund zwei Prozent.

Dass die durchschnittlichen Gehälter im Jahr 2020 gestiegen sind, kann durch Entlassungen eines Teils der Arbeitnehmer*innen, insbesondere geringfügig Beschäftigter, begründet werden. Sie und damit ihre geringen Einkommen fielen aus der Gehaltsverteilung des Jahres 2020 heraus. Werden überwiegend Arbeitnehmer*innen im unteren Teil der Verteilung entlassen, hat das – bei unveränderten Gehältern der nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen – den Effekt, dass das Durchschnittseinkommen insgesamt, aber auch über die vier Einkommensgruppen hinweg, zunimmt. Da die Gruppen relativ definiert sind, steigen die ärmsten Individuen eines jeden Perzentils in das nächstuntere ab. Der stärkere Anstieg des durchschnittlichen Bruttogehalts der unteren 40 Prozent insbesondere im Jahr 2020 liegt neben dem Rückgang der geringfügig Beschäftigten wohl auch am Anstieg der Kurzarbeit von Personen, die vor der Pandemie in höheren Einkommenklassen waren.

Insgesamt hat die Einkommensungleichheit gemessen an den monatlichen realen Bruttoeinkommen abhängig Beschäftigter in den Jahren 2010 bis 2020 also deutlich abgenommen. Das zeigen auch die Ungleichheitsmaße, die sich aus der Verteilung berechnen lassen (Abbildung 4): So ist der Gini-Koeffizient zwischen 2010 und 2020 trotz eines vorübergehenden Anstiegs im Jahr 2013 von 0,39 auf 0,37 gesunken. Auch das Verhältnis zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) hat sich verkleinert. Gerade im Jahr 2020 verringerte sich die Ungleichheit noch einmal deutlich.

Während sich dieser Trend der abnehmenden Ungleichheit im Jahr 2021 noch fortgesetzt haben dürfte, sagt das Modell für die Jahre 2022 und 2023 eine Unterbrechung voraus, da die realen Einkommen in dieser Zeit vor allem am oberen

Ende der Verteilung gestiegen sein dürften. Insgesamt ist die Ungleichheit im Rahmen der postpandemischen Erholung wohl auf einem konstanten Level verblieben oder hat im Vergleich zum Jahr 2020 sogar wieder leicht zugenommen. Dies ist nicht unüblich in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, von dem Besserverdienende in der Regel stärker profitieren als Beschäftigte am unteren Ende der Verteilung, wogegen in Krisenzeiten üblicherweise der gegenteilige Effekt zu beobachten ist.⁶ Die hohe Inflation hat den Berechnungen zufolge darüber hinaus im vergangenen Jahr zu einem realen Rückgang bei den Einkommensschwachen geführt, während Topverdienende noch von leichten realen Einkommenszuwächsen profitiert haben dürften.

Fazit: Nowcast der Ungleichheit kann Zielgenauigkeit von Politikmaßnahmen erhöhen

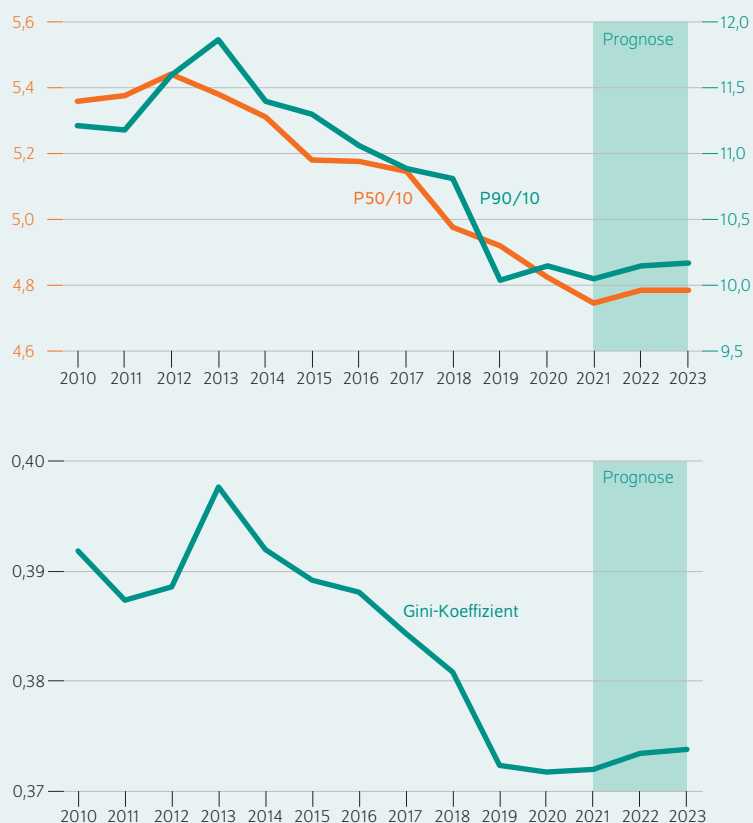
Eine zeitnahe Abschätzung (Nowcast) der Änderungen in der Verteilung von Bruttolöhnen und -gehältern von Arbeitnehmer*innen ist wichtig, um wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Mindestlohnhöhe oder die Inflationsausgleichsprämie zielgerichtet gestalten zu können. Problematisch ist, dass wichtige Daten zu Arbeitseinkommen erst mit einer Verzögerung von mindestens 16 Monaten zur Verfügung stehen und somit zumeist nur die Evaluierung der in der Vergangenheit getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen erlauben. Dieser Bericht zeigt, dass makroökonomische Indikatoren zur zeitnahen Vorhersage der Verteilung von Bruttolöhnen und -gehältern geeignet sind und genutzt werden können. So ist es beispielsweise möglich, die Effekte der Inflationsausgleichsprämie am aktuellen Rand zu evaluieren, vulnerable Haushalte zu identifizieren und bei Bedarf gezielt zu unterstützen.

Für die Jahre nach der Pandemie deuten die Vorhersagen auf einen leichten Anstieg der Arbeitseinkommensungleichheit hin. Dieser prognostizierte Anstieg ab 2021 dürfte die Wirkung der Energiekrise, die ohnehin vor allem ärmere Haushalte trifft, noch verstärken.

Die zeitnahe Vorhersage der aktuellen Arbeitseinkommensungleichheit kann ein wichtiger Bestandteil der Evaluation aktueller wirtschaftspolitischer Maßnahmen und der Gestaltung künftiger Maßnahmen sein. Dabei sollte die Prognosegüte beispielsweise anhand von oberen und unteren Vorhersagegrenzen unbedingt beachtet werden, um bei der Interpretation der prognostizierten Verteilung und der entsprechenden Ungleichheit der Unsicherheit einer punktuellen Vorhersage Rechnung zu tragen. Darüber hinaus kann der Verteilungsnocast auch verwendet werden, um die Verteilungseffekte der wirtschaftlichen Entwicklung zu simulieren oder Steuereinnahmen sowie Transferzahlungen besser abschätzen zu können. Das DIW Berlin plant, die Arbeitseinkommensverteilung bedingt auf die prognostizierten makroökonomischen Daten in die Zukunft fortzuschreiben und so die DIW-Konjunkturprognosen mit Blick

Abbildung 4

Maße für Einkommensungleichheit Perzentilverhältnisse¹ und Gini-Koeffizient²



- 1 Das Perzentilverhltnis 90/10 vergleicht eine Person aus dem oberen Bereich der Einkommensverteilung (nur zehn Prozent der Personen haben ein höheres Einkommen) mit einer Person aus dem unteren Bereich der Verteilung (nur zehn Prozent der Personen haben ein geringeres Einkommen). Dementsprechend vergleicht das Perzentilverhltnis 50/10 eine Person aus der Mitte der Einkommensverteilung mit einer Person aus dem unteren Bereich der Verteilung.
- 2 Der Gini-Koeffizient bewegt sich zwischen 0 und 1. Je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Die Einkommensungleichheit hat bis zum Beginn der Corona-Pandemie deutlich abgenommen.

auf den Arbeitsmarkt in Deutschland und die Finanzpolitik zu verbessern. Darüber hinaus sollen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um die Implikationen der Arbeitseinkommensverteilung als Nachhaltigkeitsindikator ergänzt werden.

⁶ Vgl. Fatih Guvenen, Serdar Ozkan und Jae Song (2014): The Nature of Countercyclical Income Risk. Journal of Political Economy, 621–660.

Kasten 2

Methode zur Prognose der Einkommen

Für die Prognose der mittleren Einkommen, die als Grundlage für die Verteilungsrechnung dienen, wird ein Dynamisches Faktormodell (DFM) verwendet.¹ Dabei wird eine große Anzahl an Indikatoren in wenigen gemeinsamen Komponenten (Faktoren) zusammengefasst:

$$y_t = \Lambda f_t + \epsilon_t$$

y_t ist ein n-dimensionaler Vektor aus Indikatoren, wobei n die Anzahl der Indikatoren beschreibt. f_t ist der Faktorvektor und die Matrix Λ enthält die Faktorladungen – sie beschreibt also, wie die Indikatoren mit den Faktoren zusammenhängen. ϵ_t bezeichnet die idiosynkratische Komponente.

¹ Nach Vorbild des Modells von Marta Bańbura und Michele Modugno (2014): Maximum likelihood estimation of factor models on datasets with arbitrary pattern of missing data. Journal of Applied Econometrics, 29(1), 133–160.

Die Anzahl der Faktoren wird so gewählt, dass das Modell einerseits sparsam bleibt und die Faktoren andererseits möglichst viel Varianz des Datensatzes erklären. In der vorliegenden Prognose wird ein Modell mit zwei Faktoren geschätzt. Die Faktoren selbst folgen einem autoregressiven Prozess der Ordnung 1. Das bedeutet, dass ein Faktorwert von den letzten Vorgängerwerten aller Faktoren, inklusive seines eigenen, beeinflusst werden kann.

$$f_t = A f_{t-1} + u_t$$

Die Matrix A enthält die autoregressiven Koeffizienten, der Fehler u_t ist normalverteilt.

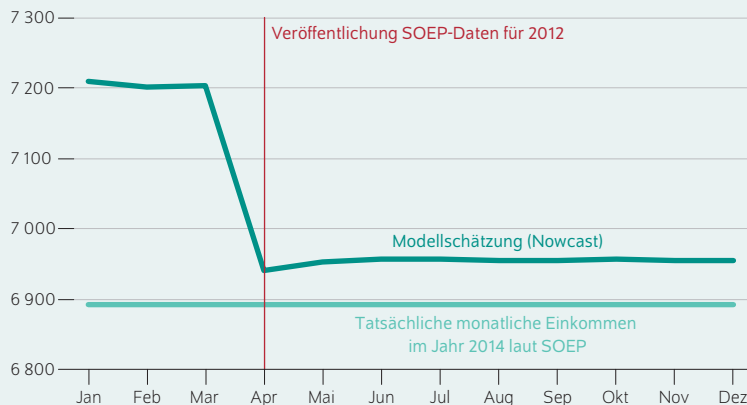
Um das Modell schätzen zu können, müssen alle enthaltenen Variablen stationär, also frei von Trends, sein. Abhängig von den Eigenschaften der jeweiligen Reihen werden dafür verschiedene Methoden, wie Differenzbildung und die Berechnung von Wachstumsraten, herangezogen. So fließen beispielsweise die mittleren Einkommen in Wachstumsraten in das Modell ein. Das DFM wird in einem Erwartungs-Maximierungs-Prozess geschätzt. Dieser erlaubt dank des Einsatzes eines Kalman-Filters unter anderem Lücken in den verwendeten Reihen und so genannte „zackige Ränder“, also Zeitreihen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten beginnen und enden. Somit ist es auch möglich, Zeitreihen unterschiedlicher Frequenzen (wie an dieser Stelle Quartals- und Jahresreihen) im selben Modell zu verwenden.

Um die Prognosegüte des Modells zu ermitteln, wird mit Pseudo-Echtzeit-Daten gearbeitet. Dabei wird für jeden Monat seit Januar 2010 ein Datensatz erstellt, der die Datenlage zum Ende des jeweiligen Monats simuliert, und ein Nowcast für das jeweilige Jahr geschätzt. Anhand des Vergleichs mit den realisierten Einkommen kann dann ermittelt werden, wie gut das Modell die Zielvariable über die Zeit vorhersagen konnte. Beispielsweise enthält der Datensatz im Dezember 2014 Daten zur Industrieproduktion bis Oktober und das Bruttoinlandsprodukt bis zum dritten Quartal 2014. Mit diesem Datensatz wird ein Nowcast für die mittleren Einkommen im Jahr 2014 geschätzt, der dann mit den mittlerweile bekannten realisierten Einkommen im Jahr 2014 verglichen werden kann. Die durchschnittliche Prognosegüte des Modells verbessert sich, je mehr Daten vorliegen. Dies wird besonders deutlich bei Schätzungen im zweiten Quartal, wenn in der Regel neue SOEP-Daten veröffentlicht werden (Abbildung).

Abbildung

Entwicklung der Prognosegüte im Laufe eines Jahres am Beispiel 2014

Monatliche Einkommen der Top 10 Prozent der Verteilung in Euro



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2023

Mit der Veröffentlichung neuer SOEP-Daten – selbst für das vorvergangene Jahr – verbessert sich die Schätzung für die Einkommen am aktuellen Rand (Nowcast) deutlich.

Timm Bönke ist Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tboenke@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist Co-Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

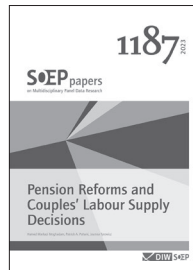
Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E17, D31, E66

Keywords: Nowcast, income distribution, inequality

SOEP Papers Nr. 1187

2023 | Hamed Markazi Moghadam, Patrick A. Puhani, Joanna Tyrowicz



Pension Reforms and Couples' Labour Supply Decisions

To determine how wives' and husbands' retirement options affect their spouses' (and their own) labour supply decisions, we exploit (early) retirement cutoffs by way of a regression discontinuity design. Several German pension reforms since the early 1990s have gradually raised women's retirement age from 60 to 65, but also increased ages for several early retirement pathways affecting both sexes. We use German Socio-Economic Panel data for a sample of couples aged 50 to 69 whose retirement eligibility occurred (i) prior to the reforms, (ii) during the transition years, and (iii) after the major set of reforms. We find that, prior to the reforms, when several retirement options were available to both husbands and

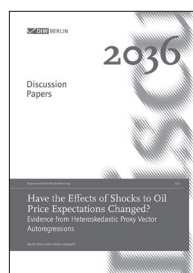
wives, both react almost symmetrically to their spouse reaching an early retirement age, that is both husband and wife decrease their labour supply by about 5 percentage points when the spouse reaches age 60). This speaks in favour of leisure complementarities. However, after the set of reforms, when retiring early was much more difficult, we find no more significant labour supply reaction to the spouse reaching a retirement age, whereas reaching one's own retirement age still triggers a significant reaction in labour supply. Our results may explain some of the diverse findings in the literature on asymmetric reactions between husbands and wives to their spouse reaching a retirement age: such reactions may in large parts depend on how flexibly workers are able to retire.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2036

2023 | Martin Bruns, Helmut Lütkepohl



Have the Effects of Shocks to Oil Price Expectations Changed? Evidence from Heteroskedastic Proxy Vector Autoregressions

Studies of the crude oil market based on structural vector autoregressive (VAR) models typically assume a time-invariant model and transmission of shocks or they consider a time-varying model and shock transmission. We assume a heteroskedastic reduced-form VAR model with time-invariant slope coefficients and test for time-varying impulse responses in a model for the global crude oil market that includes key macroeconomic variables. We find evidence for changes in the transmission of shocks to oil price expectations during the last decades which can be attributed to heteroskedasticity.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





JOHANNES GEYER

Erwerbsminderungsrente: Nach der Reform ist vor der Reform

Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter
der Abteilung Staat im DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Der Verlust der Erwerbsfähigkeit ist ein doppeltes Pech: Die Menschen müssen nicht nur mit den gesundheitlichen Einschränkungen leben, sondern auch mit den gravierenden finanziellen Folgen. Viele Betroffene verlieren ihre wichtigste Einkommensquelle, nämlich ihren Lohn. Einspringen soll an dieser Stelle die Erwerbsminderungsrente. Etwa 160 000 Personen nehmen diese jährlich neu in Anspruch. Insgesamt beziehen derzeit 1,8 Millionen Menschen Erwerbsminderungsrente, hinzu kommen geschätzt 2,7 Millionen Menschen, die inzwischen eine Altersrente beziehen. Bezogen auf alle Alters- und Erwerbsminderungsrenten liegt der Anteil der ursprünglich Erwerbsgeminderten bei immerhin 22 Prozent.

Von den Erwerbsgeminderten, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, gilt etwa ein Drittel als armutsgefährdet, die Grundsicherungsquote (bei unbefristeten Renten) liegt aktuell bei 15 Prozent, der Bezug von Sozialhilfe oder anderer Transfers dürfte ebenfalls überdurchschnittlich ausfallen. Zwar gab es in den Jahren 2014, 2018 und 2019 Reformen. Allerdings bezogen sich bisher alle Verbesserungen auf neu zugehende Erwerbsminderungsrenten, nicht den Rentenbestand. Das wird nun bis zum Juli 2024 nachgeholt. Dann werden die Renten pauschal um 7,5 Prozent (Rentenzugänge zwischen Januar 2001 und Juni 2014) beziehungsweise 4,5 Prozent (Rentenzugänge zwischen Juli 2014 und Dezember 2018) angehoben.

Doch auch nach der Reform werden Armutsrisiko und Grundsicherungsquote deutlich überdurchschnittlich ausfallen. Eine aktuelle Studie des DIW Berlin schätzt, dass die Reform das Armutsrisiko nur um etwa zwei Prozentpunkte senken kann. Die Reform kommt zudem reichlich spät, wenn sie heute noch die Bezüge von Rentner*innen aufwertet, die teilweise vor 23 Jahren in Rente gegangen sind. Bei befristeten Renten wird es zudem keine Rückrechnung geben und bei Gestorbenen allenfalls eine höhere Hinterbliebenenrente. Viele dieser frühen Zugangskohorten werden also nicht in den Genuss der Aufwertung kommen. Der Zuschlag ist zudem sehr sparsam kalkuliert: Rechnerisch entspricht die Anhebung ungefähr 50 Prozent dessen, was die Reformen 2014 und 2019 für neu zugehende

Erwerbsminderungsrenten vorsahen. Die Bundesregierung schätzt die zusätzlichen jährlichen Ausgaben der Rentenversicherung auf etwa 2,6 Milliarden – mit abnehmender Tendenz. Man könnte überrascht sein, dass diese Reform – bei so einem überschaubaren Finanzvolumen – nicht früher umgesetzt wurde.

Wie sollte etwa das Armutsrisiko substanziell gesenkt werden? Eine weitere Anhebung der Erwerbsminderungsrenten wäre zwar möglich, würde aber das Problem vergrößern, dass die Erwerbsminderungsrente bereits heute für ältere Personen attraktiver sein kann als eine Altersrente mit Abschlägen. Besser wäre es, Leistungsverbesserungen in beiden Systemen vorzunehmen. Das ist angesichts der finanziellen Spielräume der Rentenversicherung aber unrealistisch. Ein Kompromiss könnte sein, die Grundrente weiter zu entwickeln: Bisher zählen die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente nicht zu den Grundrentenzeiten, so dass sich viele Erwerbsgeminderte nicht für den Grundrentenzuschlag qualifizieren können.

Ein weiterer wichtiger Punkt wäre eine Erhöhung der Reaktivierungsquote. Eine aktuelle Studie der Rentenversicherung zeigt für den Zugang 2011, dass im Laufe von neun Jahren nach Renteneintritt gerade ein Prozent zurück in den Arbeitsmarkt gefunden hat. Bei so geringen Abgangsrate kann man die Frage stellen, ob Erwerbsminderungsrenten nicht grundsätzlich unbefristet gewährt werden sollten. Völlig unterbelichtet ist bisher, wie das Risiko der Erwerbsminderung im Mehrsäulensystem versichert werden soll. Ein exemplarisches Beispiel dafür ist die Riesterrente: Bei dieser staatlich geförderten Versicherung ist das Risiko der Erwerbsminderung in der Regel nicht versichert, stattdessen gelten voll Erwerbsgeminderte als unmittelbar zugabenberechtigt. Bei der betrieblichen Altersvorsorge gibt es häufiger Versicherungsschutz, allerdings ist ihre Verbreitung ungleich verteilt, so dass viele Menschen, die eine Absicherung brauchen, keinen Zugang zum Versicherungsschutz haben.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version zuerst im Wirtschaftsdienst Nr. 5/2023 erschienen.